

MEMORIAL

Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg



MEMORIAL

Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxemburg

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 2419

28 décembre 2006

SOMMAIRE

Accessio, Sicav, Luxemburg-Munsbach	116066
aeris Private Investments S.A., Sicar, Luxembourg	116081
euroscript International S.A., Bertrange	116104
Fortis Bank Reinsurance Luxembourg S.A., Luxembourg	116110
I.F. International Franchising Holding S.A., Luxembourg	116080
I.F. International Franchising Holding S.A., Luxembourg	116080
Lusis S.A., Strassen	116065
Sideral Holding & Cie S.C.A., Luxembourg	116109
Van Lanschot Trust Company (Luxembourg) S.A., Mamer	116111
Wellington Luxembourg II S.A., Luxembourg	116095

LUSIS S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-8011 Strassen, 321, route d'Arlon.
R. C. Luxembourg B 23.955.

Constituée suivant acte reçu par Maître Frank Baden, notaire de résidence à L-Luxembourg, en date du 12 février 1986, publié au Mémorial, Recueil Spécial C n° 120 du 13 mai 1986, modifiés suivant acte reçu par Maître Alex Weber, notaire de résidence à L-Bascharage, en date du 12 octobre 1986, publié au Mémorial, Recueil Spécial C n° 302 du 25 mai 2001, modifiés suivant acte reçu par Gérard Lecuit, notaire de résidence à L-Hesperange, en date du 22 avril 2002, publié au Mémorial, Recueil Spécial C n° 1108 du 19 juillet 2002; modifiés suivant acte reçu par Maître Gérard Lecuit, notaire de résidence à L-Luxembourg, en date du 31 janvier 2006, publié au Mémorial, Recueil Spécial C n° 859 du 2 mai 2006.

Il résulte du procès-verbal du Conseil d'Administration du 1^{er} septembre 2006 que les décisions suivantes ont été prises à l'unanimité des voix:

1) Le Conseil accepte la démission avec effet immédiat de Monsieur Philippe Preval, demeurant à F-75009 Paris au 6, rue de Maubeuge, de son poste d'administrateur-délégué.

Il conserve toutefois son mandat d'administrateur au sein de la société.

2) Le Conseil nomme comme nouvel administrateur-délégué Monsieur Briec Boucher, demeurant à F-92130 Nogent-sur-Marne au 86, rue Victor Recourat.

Il terminera le mandat de son prédécesseur.

Luxembourg, le 1^{er} septembre 2006.

Pour la société

FIDUCIAIRE V. LA MENDOLA, S.à r.l.

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 7 novembre 2006, réf. LSO-BW01329. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(128825.3//27) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 28 novembre 2006.

ACCESSIO, Investmentgesellschaft mit variablem Kapital.
Gesellschaftssitz: L-5365 Luxemburg-Munsbach, 1B, Parc d'Activité Syrdall.
H. R. Luxemburg B 122.190.

—
STATUTEN

Im Jahre zweitausendundsechs, am sechsten Dezember,
Vor dem unterzeichneten Notar Henri Hellinckx, mit Amtswohnsitz in Mersch, Luxemburg,

Sind erschienen:

1) WERTPAPIERHANDELSHAUS DRIVER & BENGSCHE AG, Aktiengesellschaft mit Sitz in D-25524 Itzehoe, Fraunhoferstrasse,

hier vertreten durch Herrn Roman Mertes, Privatangestellter, mit beruflicher Adresse in L-5365 Munsbach, 1B, Parc d'Activité Syrdall, auf Grund einer Vollmacht unter Privatschrift ausgestellt am 4. Dezember 2006.

2) Herr Roman Mertes, Privatangestellter, mit beruflicher Adresse in L-5365 Munsbach, 1B, Parc d'Activité Syrdall, in eigenem Namen.

Die erteilte Vollmacht, nach ne varietur Paraphierung durch den Erschienenen und den unterzeichneten Notar, bleiben gegenwärtiger Urkunde als Anlage beigefügt um mit derselben einregistriert zu werden.

Die erschienenen Parteien in der Eigenschaft, in der sie hier handeln, haben den Notar gebeten, die folgende Satzung einer Aktiengesellschaft in der Form einer Investmentgesellschaft mit variablem Kapital (société d'investissement à capital variable) (SICAV) festzulegen, die von ihnen errichtet wird.

Titel I. Name - Sitz - Dauer - Zweck

Art. 1. Name. Zwischen den gegenwärtigen Zeichnern von Aktien und den nachfolgenden Eigentümern zukünftig auszubehender Aktien besteht eine Aktiengesellschaft in der Form einer Investmentgesellschaft mit variablem Kapital (société d'investissement à capital variable) (SICAV) unter dem Namen ACCESSIO.

Art. 2. Sitz. Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in Munsbach, Großherzogtum Luxemburg. Filialen oder sonstige Büros können durch einfachen Beschluß des Verwaltungsrates sowohl im Großherzogtum Luxemburg als auch im Ausland (jedoch nicht in den Vereinigten Staaten von Amerika, deren Territorien und Besitztümern) errichtet werden.

Sollten nach Ansicht des Verwaltungsrates außergewöhnliche politische oder militärische Ereignisse vorliegen oder bevorstehen, welche die normale Geschäftstätigkeit der Gesellschaft an ihrem Sitz oder die ungestörte Kommunikation mit diesem Sitz oder zwischen dem Sitz und dem Ausland beeinträchtigen, so kann bis zur vollständigen Behebung dieser anormalen Umstände der Sitz zeitweilig ins Ausland verlegt werden; diese provisorische Maßnahme hat jedoch keine Auswirkung auf die Staatsangehörigkeit der Gesellschaft, die ungeachtet einer solchen zeitweiligen Sitzverlegung eine luxemburgische Gesellschaft bleibt.

Art. 3. Dauer. Die Gesellschaft wurde auf unbestimmte Zeit errichtet.

Art. 4. Zweck. Ausschließlicher Zweck der Gesellschaft ist die Anlage der ihr verfügbaren Gelder in Wertpapieren und anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerten mit dem Ziel der Beteiligung ihrer Aktionäre an den Erträgen aus der Verwaltung ihres Vermögens und unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung.

Die Gesellschaft kann im weitesten Sinne und im Rahmen des Teil 1 des Luxemburger Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über die Organismen für gemeinsame Anlagen (nachfolgend «Gesetz vom 20. Dezember 2002» genannt) alle Maßnahmen ergreifen und alle Geschäfte durchführen, die sie im Rahmen der Erfüllung und Entwicklung ihres Gesellschaftszweckes für angebracht erachtet. Sie kann ihre Tätigkeit als selbstverwaltete, in Wertpapieren anlegende Investmentgesellschaft («SIAG») ausüben oder der Verwaltungsrat kann gemäß Artikel 15 eine Verwaltungsgesellschaft mit der Übernahme der Verwaltungsfunktion vertraglich beauftragen.

Titel II. Gesellschaftskapital - Aktien - Netto-Inventarwert

Art. 5. Kapital - Aktienkategorien. Das Aktienkapital der Gesellschaft wird durch voll einbezahlte Aktien ohne Nennwert verkörpert und entspricht jederzeit dem Gesamtwert der Netto-Aktiva der Gesellschaft gemäß nachfolgendem Artikel 11.

Das Mindestkapital beträgt gemäß den gesetzlichen Vorschriften eine Million zwei hundert fünfzig Tausend EURO (1.250.000,-). Das Anfangskapital beträgt EUR 31.000,- (einunddreißigtausend Euro) eingeteilt in 310 (dreihundertzehn) voll einbezahlte Aktien ohne Nennwert. Das Mindestkapital der Gesellschaft muß innerhalb von sechs Monaten nach Zulassung der Gesellschaft als Organismus für gemeinsame Anlagen gemäß den Bestimmungen des luxemburgischen Rechts erreicht werden.

Die gemäß den Bestimmungen in nachfolgend Artikel 7 ausgegebenen Aktien können nach Wahl des Verwaltungsrates unterschiedlichen Kategorien angehören, die sich insbesondere durch ihre Dividendenpolitik, Kostenstruktur etc. unterscheiden können. Der Erlös aus der Ausgabe von Aktien einer Aktienkategorie wird in Wertpapieren und anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerten entsprechend der vom Verwaltungsrat für jeden Teilfonds (wie nachfolgend definiert) festgelegten Anlagepolitik unter Berücksichtigung der gesetzlich vorgesehenen oder vom Verwaltungsrat festgelegten Anlagebeschränkungen angelegt.

Der Verwaltungsrat entscheidet über die Bildung gesonderter Vermögen («Teilfonds») im Sinne von Artikel 133 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002, deren jedes einer oder mehrerer Aktienkategorien im Sinne von nachstehend Artikel 11 entspricht. Im Verhältnis der Aktionäre untereinander werden diese Vermögen ausschließlich der/den Aktienkategorie(n) zugeteilt, die an dem jeweiligen Teilfonds ausgegeben werden.

Zur Bestimmung der Kapitals der Gesellschaft werden die Netto-Aktiva, welche den betreffenden Aktienkategorien zuzuordnen sind in EURO konvertiert, sofern sie nicht bereits auf EURO lauten und das Kapital insgesamt entspricht der Summe der Netto-Aktiva aller Aktienkategorien.

Art. 6. Form der Aktien

(1) Der Verwaltungsrat bestimmt, ob die Gesellschaft Inhaber- und/oder Namensaktien ausgibt. Wenn Zertifikate über Inhaberaktien ausgegeben werden, so wird diese Ausgabe in der Form erfolgen, wie sie vom Verwaltungsrat vorgegeben wird; die Zertifikate werden auf ihrer Vorderseite den Vermerk enthalten, daß sie nicht an eine Person aus oder mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten von Amerika oder an amerikanische Staatsbürger oder an eine Juristische Person, welche von oder für eine Person aus den Vereinigten Staaten von Amerika errichtet ist (entsprechend der Definition in Artikel 10 dieser Satzung), übertragen werden können.

Alle von der Gesellschaft ausgegebenen Namensaktien werden im Aktionärsregister eingeschrieben, welches von der Gesellschaft selbst oder von der Gesellschaft damit beauftragten Personen geführt wird; die Eintragung muß den Namen jedes Eigentümers von Namensaktien, seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder gewählten Wohnsitz, wie der Gesellschaft mitgeteilt und die Zahl der von ihm gehaltenen Namensaktien enthalten.

Das Eigentum an Namensaktien wird durch den Eintrag im Aktionärsregister begründet. Falls der Verwaltungsrat beschließt, daß die Eigner von Namensanteilen keine Zertifikate erhalten oder wenn ein Anteilinhaber keine Zertifikate zu erhalten wünscht, wird dem Anleger stattdessen eine Bestätigung seines Anteilsbesitzes zugestellt. Sofern ein Anleger die Ausstellung und Zusendung von Anteilszertifikaten oder eine Bestätigung seines Anteilsbesitzes wünscht, werden ihm die üblichen Gebühren belastet.

Im Falle der Ausgabe von Inhaberaktien können, auf Antrag des Eigentümers der jeweiligen Aktien, Namensaktien in Inhaberaktien und Inhaberaktien in Namensaktien getauscht werden. Der Umtausch von Namensaktien in Inhaberaktien erfolgt durch die Annullierung gegebenenfalls ausgegebener Urkunden über die Namensaktien und die Ausgabe eines oder mehrerer Aktienzertifikate über die Inhaberaktien an ihrer Stelle sowie durch einen entsprechenden Eintrag im Aktionärsregister, welcher die Annullierung feststellt.

Der Umtausch von Inhaberaktien in Namensaktien erfolgt durch die Annullierung der Zertifikate über die Inhaberaktien und gegebenenfalls durch die Ausgabe von Zertifikaten über Namensaktien an ihrer Stelle sowie durch einen entsprechenden Eintrag im Aktionärsregister, der diese Ausgabe feststellt. Die Kosten für einen Umtausch können durch Beschluß des Verwaltungsrates dem Aktionär belastet werden.

Vor der Ausgabe von Inhaberaktien und dem Umtausch von Namens- in Inhaberaktien kann die Gesellschaft dem Verwaltungsrat Garantien verlangen, damit diese Ausgabe oder dieser Umtausch nicht den Besitz der Aktien durch «U. S.-Personen» im Sinne der Definition in nachstehend Artikel 10 zur Folge hat.

Aktienzertifikate werden von zwei Verwaltungsratsmitgliedern unterzeichnet. Beide Unterschriften können handschriftlich, per Eindruck oder als Faksimile erfolgen. Eine der beiden Unterschriften kann von einer zu diesem Zweck vom Verwaltungsrat bestimmten Person stammen; in diesem Fall muß die Unterschrift handschriftlich erfolgen. Die Gesellschaft kann vorläufige Zertifikate in der vom Verwaltungsrat zu bestimmenden Form ausgeben.

(2) Soweit Inhaberaktien ausgegeben werden, erfolgt deren Übertragung durch Übergabe des entsprechenden Aktienzertifikates. Die Übertragung von Namensaktien erfolgt

(i) soweit Aktienzertifikate ausgegeben wurden, durch die Rückgabe des oder der Zertifikate über die Namensaktien und aller anderer von der Gesellschaft angeforderter Übertragungsunterlagen bzw.

(ii) soweit keine Zertifikate ausgegeben wurden, durch Eintragung einer schriftlichen Übertragungserklärung im Aktionärsregister, die durch den Übertragenden und den Empfänger oder ordnungsgemäß hierzu Bevollmächtigten datiert und unterzeichnet sein muß. Jede Übertragung von Namensaktien wird im Aktionärsregister eingetragen und diese Eintragung muß von einem oder mehreren Verwaltungsratsmitgliedern oder Generalbevollmächtigten der Gesellschaft oder von einer oder mehreren hierzu von dem Verwaltungsrat ermächtigten Personen unterzeichnet sein.

(3) Jeder Aktionär, der ein Zertifikat über Namensaktien erhalten möchte, muß der Gesellschaft eine Adresse angeben, an welche alle Mitteilungen und Informationen versandt werden können. Diese Adresse wird ihrerseits im Aktionärsregister vermerkt.

Soweit ein Aktionär der Gesellschaft keine Adresse angibt, erfolgt ein entsprechender Vermerk im Aktionärsregister und der Gesellschaftssitz oder eine andere, von der Gesellschaft festgelegte Adresse wird als Adresse des Aktionärs angenommen bis der Gesellschaft von dem Aktionär eine andere Adresse mitgeteilt wird. Der Aktionär kann die im Aktionärsregister eingetragene Adresse jederzeit durch schriftliche Erklärung an den Sitz der Gesellschaft oder an jede andere, von der Gesellschaft festgelegte Adresse ändern.

(4) Sofern ein Aktionär der Gesellschaft gegenüber darlegen kann, daß sein Aktienzertifikat verloren, beschädigt oder zerstört wurde, kann auf Antrag und zu den Bedingungen und unter den Garantien, welche die Gesellschaft bestimmt und die insbesondere den Abschluß einer Versicherung einschließen können, ohne daß dies jedoch die Forderung anderer Garantien durch die Gesellschaft ausschließen würde, ein Duplikat ausgegeben werden. Mit Ausgabe des neuen Zertifikates, auf dem dessen Charakter als Duplikat erwähnt ist, verliert das ursprüngliche Aktienzertifikat seinen Wert.

Beschädigte Zertifikate können von der Gesellschaft annulliert und durch neue Zertifikate ersetzt werden.

Die Gesellschaft kann nach Ermessen dem Aktionär die Kosten eines Duplikates oder eines neuen Zertifikates auferlegen sowie alle anderen zu Lasten der Gesellschaft im Zusammenhang mit der Ausgabe des Ersatzzertifikates und seiner Eintragung im Aktionärsregister oder im Zusammenhang mit der Vernichtung des alten Zertifikates angefallenen angemessenen Auslagen verlangen.

(5) Die Gesellschaft erkennt lediglich einen einzigen Eigentümer pro Aktie an. Wenn das Eigentum an einer Aktie zur gesamten Hand besteht, geteilt oder strittig ist, so müssen die Personen, welche ein Recht an der Aktie behaupten, einen einzigen Vertreter bestellen, welcher die Rechte an der Aktie gegenüber der Gesellschaft wahrnimmt. Die Gesellschaft kann die Ausübung aller Rechte an der Aktie suspendieren, bis ein solcher Vertreter bestellt ist.

(6) Bei Namensaktien werden Bruchteile ausgegeben, welche auf zwei Stellen hinter dem Komma auf- oder abgerundet werden. Bei Inhaberanteilen werden keine Bruchteile ausgegeben. Der Bruchteil einer Aktie verleiht kein Stimmrecht, gibt jedoch ein Recht auf einen entsprechenden Bruchteil an dem der betreffende Aktienklasse zuzuordnenden Nettovermögenswert.

Art. 7. Ausgabe von Aktien. Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, zu jeder Zeit und ohne Einschränkung neue, voll einbezahlte Aktien auszugeben, ohne den bestehenden Aktionären ein Vorzugsrecht im Hinblick auf die auszugebenden Aktien zu verleihen. Der Verwaltungsrat kann die Häufigkeit der Ausgabe der Aktien an einem Teilfonds einschränken; der Verwaltungsrat kann insbesondere beschließen, daß Aktien an einem Teilfonds lediglich während eines oder mehrerer bestimmter Zeiträume oder in jeglichem anderen Rhythmus entsprechend den Bestimmungen in den Verkaufsunterlagen für die Aktien ausgegeben werden.

Im Rahmen des Zeichnungsangebotes der Aktien an der Gesellschaft entspricht der Preis pro angebotener Aktie dem Netto-Inventarwert pro Aktie der betreffenden Aktienkategorie, wie dieser entsprechend den Bestimmungen in nachstehend Artikel 11 zum Bewertungstag (gemäß der Definition in nachstehend Artikel 12) nach den vom Verwaltungsrat festgelegten Bedingungen und Modalitäten ermittelt wird. Dieser Preis kann um einen Prozentsatz, welcher die von der Gesellschaft veranschlagten Kosten und Auslagen im Zusammenhang mit der Anlage des Ertrages aus der Ausgabe der Aktien abdeckt, sowie um die vom Verwaltungsrat von Zeit zu Zeit festgelegte Verkaufsprovision erhöht werden. Der so bestimmte Verkaufspreis wird innerhalb einer vom Verwaltungsrat bestimmten Frist, die fünf Bankarbeitstage ab dem einschlägigen Bewertungstag nicht überschreitet, zu entrichten sein.

Der Verwaltungsrat kann jedem Verwaltungsratsmitglied, jedem Direktor oder Generalbevollmächtigten sowie jedem anderen ordnungsgemäß hierzu Ermächtigten die Aufgabe übertragen, Zeichnungsanträge und Zahlungen auf den Aktienpreis neu auszugebender Aktien entgegenzunehmen sowie die Aktien an die entsprechenden Zeichner auszuliefern. Die Gesellschaft kann Aktien gegen Naturaleinlagen von Wertpapieren und anderen gesetzlich zulässigen Vermögenswerten, die im Einklang mit der Anlagepolitik des betreffenden Teilfonds stehen müssen, ausgeben, wobei die vom Luxemburger Recht aufgestellten Bedingungen und insbesondere die Verpflichtung zur Erstellung eines Wertgutachtens durch einen von der Gesellschaft bestellten Wirtschaftsprüfers zu beachten sind.

Art. 8. Rücknahme von Aktien. Jeder Aktionär kann von der Gesellschaft entsprechend den vom Verwaltungsrat festgelegten Modalitäten und nach dem vom Verwaltungsrat aufgestellten Verfahren, wie diese Modalitäten und dieses Verfahren in den Verkaufsunterlagen der Aktien aufgeführt sind, sowie innerhalb der gesetzlichen Grenzen und der Grenzen dieser Satzung, die Rücknahme aller oder eines Teils seiner Aktien verlangen.

Der Rücknahmepreis entspricht dem Netto-Inventarwert pro Aktie der entsprechenden Aktienkategorie, wie dieser gemäß nachfolgend Artikel 11 ermittelt wird, abzüglich der Kosten und (gegebenenfalls) Provisionen zu dem in den Verkaufsunterlagen der Aktien festgelegten Satz. Dieser Rücknahmepreis kann entsprechend der Bestimmung durch den Verwaltungsrat auf die nächste Einheit der entsprechenden Währung auf- oder abgerundet werden.

Der Rücknahmepreis wird innerhalb der vom Verwaltungsrat entsprechend den in den Verkaufsunterlagen der Aktien aufgeführten Bedingungen und Modalitäten bestimmten Frist, die fünf Bankarbeitstage ab dem jeweiligen Bewertungstag nicht überschreiten darf, ausbezahlt, vorausgesetzt, daß die Aktienzertifikate (soweit ausgegeben) und die Übertragungsunterlagen, unbeschadet der Bestimmung in Artikel 12 dieser Satzung, bei der Gesellschaft eingegangen sind.

Sofern ein Rücknahmeantrag zur Folge hätte, daß die Zahl oder der gesamte Netto-Inventarwert der von einem Aktionär in einer Aktienkategorie gehaltenen Aktien unter eine Zahl oder einen Wert fiele, welche(n) der Verwaltungsrat festgelegt hat, kann die Gesellschaft diesen Aktionär dazu verpflichten, alle der entsprechenden Kategorie zugehörigen Aktien zur Rücknahme anzubieten.

Darüber hinaus kann der Verwaltungsrat dann, wenn an einem bestimmten Bewertungstag die entsprechend den Bestimmungen dieses Artikels eingereichten Rücknahmeanträge und die entsprechend den Bestimmungen des nachstehenden Artikels 9 eingereichten

Umtauschanträge eine bestimmte, im Hinblick auf die Zahl der im Umlauf befindlichen Aktien einer Aktienkategorie vom Verwaltungsrat festgelegte Schwelle überschreiten, beschließen, daß die Rücknahme oder der Umtausch aller oder eines Teils dieser Aktien für eine vom Verwaltungsrat festgelegte Frist und zu vom Verwaltungsrat unter Berücksichtigung der Interessen der Gesellschaft festgelegten Bedingungen verschoben wird. Diese Anträge auf Rücknahme oder Umtausch von Aktien werden an dem, dieser Frist folgenden Bewertungstag vorrangig gegenüber den später an diesem Bewertungstag eingereichten Anträgen behandelt.

Alle zurückgenommenen Aktien werden annulliert.

Art. 9. Umtausch von Aktien. Jeder Aktionär kann den Umtausch der von ihm an einer Aktienkategorie gehaltenen Aktien in Aktien einer anderen Aktienkategorie beantragen, wobei der Verwaltungsrat Einschränkungen insbesondere im Hinblick auf die Häufigkeit, die Modalitäten und die Bedingungen solcher Umtauschanträge erlassen und sie insbesondere der Zahlung von Kosten und Lasten, deren Betrag er festlegt, unterwerfen kann. Die Bedingungen, Einschränkungen, Kosten und Lasten im Hinblick auf solche Umtauschanträge werden in den Verkaufsunterlagen der Aktien aufgeführt.

Der Preis für den Umtausch von Aktien an einer Aktienkategorie in Aktien einer anderen Aktienkategorie wird unter Bezugnahme auf den jeweiligen Netto-Inventarwert der beiden betroffenen Aktienkategorien auf der Grundlage der am nämlichen Bewertungstag erfolgten Berechnungen ermittelt.

Sofern ein Umtausch von Aktien zur Folge hätte, daß die Zahl oder der gesamte Netto-Inventarwert der von einem Aktionär in einer Aktienkategorie gehaltenen Aktien unter eine Zahl oder einen Wert fiele, welche(n) der Verwaltungsrat festgelegt hat, kann die Gesellschaft diesen Aktionär dazu verpflichten, alle der entsprechenden Kategorie zugehörigen Aktien zum Umtausch anzubieten.

Aktien, deren Umtausch in Aktien einer anderen Aktienkategorie durchgeführt wurde, werden annulliert.

Art. 10. Einschränkungen in Bezug auf das Eigentum an Aktien. Die Gesellschaft kann den Besitz ihrer Aktien im Hinblick auf jede Person, Firma oder Gesellschaft einschränken oder untersagen, wenn nach Ansicht der Gesellschaft ein solcher Besitz für die Gesellschaft schädlich sein könnte, wenn ein solcher Besitz eine Verletzung luxemburgischer oder ausländischer Rechts- oder Verwaltungsvorschriften zur Folge hätte

oder wenn deren Anteilsbesitz nach Meinung des Verwaltungsrates dazu führt, daß die Gesellschaft Steuerverbindlichkeiten bzw. andere finanzielle Nachteile erleidet, die sie ansonsten nicht erlitten hätte oder erleiden würde.

Insbesondere, jedoch ohne Beschränkung hierauf, kann sie das Eigentum von Angehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika entsprechend der in diesem Artikel vorgenommenen Definition einschränken oder untersagen und sie kann zu diesem Zweck,

A. die Ausgabe von Aktien und die Eintragung einer Aktienübertragung verweigern, sofern diese Ausgabe oder diese Übertragung offenbar zur Folge hätten, daß die Aktie in das Eigentum eines Angehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika übergeht; und

B. von jeder im Register der Namensaktien eingetragenen Person oder von jeder anderen Person, welche ihre Eintragung beantragt, verlangen, daß diese Person der Gesellschaft sämtliche von der Gesellschaft für notwendig erachteten Informationen und Urkunden liefert und eventuell durch eine eidestättliche Versicherung unterlegt, welche Schlußfolgerungen darauf zulassen, ob die Aktien einem Angehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika wirtschaftlich zuzuordnen sind oder in dessen wirtschaftliches Eigentum gelangen; und

C. auf jeder Generalversammlung jedem Angehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika das Stimmrecht verweigern; und

D. einen Aktionär zum Verkauf seiner Aktien veranlassen und den Nachweis verlangen, daß dieser Verkauf 30 Tage nach der Veranlassung auch durchgeführt wurde, sofern die Gesellschaft den Eindruck hat, daß ein Angehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika allein oder zusammen mit anderen Personen wirtschaftlicher Eigentümer der Aktien an der Gesellschaft ist. Sofern der betreffende Aktionär dieser Verpflichtung nicht nachkommt, kann die Gesellschaft die Gesamtheit der von diesem Aktionär gehaltenen Aktien zwangsweise zurückkaufen oder diesen Rückkauf veranlassen, wobei das nachfolgende Verfahren eingehalten wird:

(1) Die Gesellschaft leitet dem Aktionär, welcher die Titel besitzt oder im Register der Namensaktien als Eigentümer der Aktien erscheint, eine Mitteilung («Rückkaufmitteilung») zu; die Rückkaufmitteilung spezifiziert die zurückzukaufenden Wertpapiere, das Verfahren, nach dem der Rückkaufspreis bestimmt wird und den Namen des Käufers.

Die Rückkaufmitteilung wird an den Aktionär per Einschreiben erfolgen, der an die letzte bekannte oder im Register der Namensaktien eingetragene Adresse des Aktionärs adressiert wird. Der betreffende Aktionär ist verpflichtet, unverzüglich das oder die Zertifikat(e), welche(s) die in der Rückkaufmitteilung bezeichneten Aktien vertritt oder vertreten, einzureichen.

Unmittelbar nach Geschäftsschluß des Tages, welcher in der Rückkaufmitteilung bezeichnet wird, ist der betreffende Aktionär nicht mehr Eigentümer der in der Rückkaufmitteilung bezeichneten Aktien; sofern es sich um Namensaktien handelt, wird sein Name aus dem Register getilgt; sofern es sich um Inhaberaktien handelt, werden die Zertifikate, welche diese Aktien vertreten, in den Büchern der Gesellschaft für ungültig erklärt.

(2) Der Preis, zu welchem die in der Rückkaufmitteilung bezeichneten Aktien zurückgekauft werden («Rückkaufpreis») wird auf der Grundlage des Netto-Inventarwertes pro Aktie der betreffenden Aktienkategorie zu dem vom Verwaltungsrat für den Rückkauf der Aktien bestimmten Bewertungstag, welcher unmittelbar dem Datum der Rückkaufmitteilung vorangeht oder unmittelbar die Einreichung der Zertifikate über die bezeichneten Aktien nachfolgt, berechnet, wobei unter Berücksichtigung der in vorstehend Artikel 8 aufgeführten Grundsätze der niedrigere Preis zugrundegelegt wird und ein Abzug der ebenfalls vorgesehenen Provisionen erfolgt.

(3) Die Zahlung des Rückkaufpreises an den ehemaligen Aktionär erfolgt in einer Währung, welche der Verwaltungsrat für die Zahlung des Rückkaufpreises der Aktien der betreffenden Aktienkategorie bestimmt; der Preis wird von der Gesellschaft bei einer Bank in Luxemburg oder im Ausland (entsprechend den Angaben in der Rückkaufmitteilung) hinterlegt, nach Bestimmung des definitiven Rückkaufpreises und Einreichung des oder der in der Rückkaufmitteilung angegebenen Aktienzertifikat(e) einschließlich der noch nicht fälligen Ertragsscheine. Unmittelbar ab Bekanntgabe der Rückkaufmitteilung kann der ehemalige Eigentümer der in der Rückkaufmitteilung aufgeführten Aktien kein Recht an seinen Aktien oder einen Anspruch gegen die Gesellschaft oder ihre Vermögenswerte mehr geltend machen, mit Ausnahme des Rechtes des als Eigentümer der Aktien erscheinenden Aktionärs, den hinterlegten Preis (zinslos) bei der Bank nach tatsächlicher Rückgabe des oder der Zertifikates/Zertifikate zu erhalten. Sofern der Rückkaufpreis nicht innerhalb von fünf Jahren nach dem in der Rückkaufmitteilung bezeichneten Datum beansprucht wurde, kann der Preis nicht mehr eingefordert werden und verfällt zugunsten des für die betreffende(n) Aktienkategorie(n) errichteten Teilfonds. Der Verwaltungsrat ist in vollem Umfang berechtigt, in regelmäßigen Abständen die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen um im Namen der Gesellschaft sämtliche Handlungen zu genehmigen, die diesen Verfall gewährleisten.

(4) Die Ausübung der in vorliegendem Artikel übertragenen Befugnisse durch die Gesellschaft kann in keinem Falle mit der Begründung, daß das Eigentum an den Aktien im Zusammenhang mit einer bestimmten Person nicht ausreichend nachgewiesen worden sei, oder daß einer anderen Person die Aktie zustünde, die durch die Rückkaufmitteilung seitens der Gesellschaft nicht zugelassen worden sei, in Frage gestellt oder unwirksam gemacht werden, vorausgesetzt, daß die Gesellschaft ihre Befugnisse nach Treu und Glauben ausübt.

Der Begriff «Angehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika» gemäß den Bestimmungen dieser Satzung bezeichnet jeden Bürger oder Einwohner der Vereinigten Staaten von Amerika sowie jede Gesellschaft oder Vereinigung, welche nach den Gesetzen eines Staates, Staatenbundes, Gebietes oder eines Besitztums der Vereinigten Staaten von Amerika

organisiert oder gegründet wurde sowie Rechtsnachfolgemeinschaften oder Trusts deren Einkunftsquelle außerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika für das gesamte, der amerikanischen Steuer auf die von dieser Rechtsnachfolgemeinschaft oder diesem Trust zahlbaren amerikanischen Einkommenssteuer mit zugrunde gelegt wird, sowie jede Firma, Gesellschaft oder andere Unternehmenseinheit, sofern das Eigentum daran, unabhängig von Staatszugehörigkeit, dem Wohnort, der Lage oder dem Aufenthalt nach den geltenden Bestimmungen des Einkommensteuerrechts der Vereinigten Staaten von Amerika einem oder mehreren Angehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika oder sonstigen Personen, welche als Angehörige der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß «Regulation S» des «United States Securities Act» von 1933 oder gemäß den Bestimmungen des «United States Internal Revenue Code» von 1986 einschließlich nachfolgender Änderungen und Ergänzungen zugeordnet werden kann.

Der Begriff «Angehörige der Vereinigten Staaten von Amerika» gemäß der Verwendung in dieser Satzung ist nicht auf die Zeichner von Aktien in einer Gesellschaft im Zusammenhang mit ihrer Gründung anzuwenden, vorausgesetzt, daß dieser Zeichner die Aktien mit dem Ziel des Wiederverkaufs hält.

Art. 11. Berechnung des Netto-Inventarwertes pro Aktie. Der Netto-Inventarwert pro Aktie einer jeden Aktienkategorie wird in der Fondswährung des Teilfonds (entsprechend der Festlegung in den Verkaufsunterlagen der Aktien) bestimmt und durch Division der Netto-Vermögenswerte der Gesellschaft, welche jeder Aktienkategorie zuzuordnen sind und welche durch den Abzug der, der jeweiligen Aktienkategorie am betreffenden Bewertungstag zuzuordnenden Verbindlichkeiten von den dieser Aktienkategorie zuzuordnenden Vermögenswerten bestimmt werden, durch die Zahl der zu diesem Zeitpunkt im Umlauf befindlichen Aktien dieser Aktienkategorie am Bewertungstag unter Berücksichtigung der nachstehend beschriebenen Bewertungsregeln ermittelt.

Der so ermittelte Netto-Inventarwert pro Aktie wird zu der nächsten Einheit der betreffenden Währung entsprechend der Bestimmung durch den Verwaltungsrat auf- oder abgerundet. Wenn seit dem Zeitpunkt der Bestimmung des Netto-Inventarwertes eine wesentliche Änderung der Kurse auf den Märkten, auf welchen ein wesentlicher Teil der Anlagen der Gesellschaft, die der betreffenden Aktienkategorie zuzuordnen sind, gehandelt oder notiert wird, erfolgt, kann die Gesellschaft die erste Bewertung annullieren und eine zweite Bewertung im Interesse der Gesamtheit der Aktionäre der Gesellschaft vornehmen.

Die Bewertung des Nettovermögens der jeweiligen Teilfonds erfolgt nach dem folgenden Verfahren.

I. Die Vermögenswerte der Gesellschaft umfassen:

1. Alle Kassenbestände und Termingelder einschließlich fälliger oder aufgelaufener Zinsen;
2. Sichtwechsel, und Sichtforderungen (einschließlich der Erträge aus dem Verkauf von Wertpapieren, deren Preis noch nicht erhalten wurde);
3. sämtliche Wertpapiere, Anteile, Aktien, Geldmarktinstrumente, Fondsanteile, Anleihen, Options- oder Zeichnungsrechte und sonstige Anlagen in Wertpapieren, welche im Eigentum der Gesellschaft stehen oder von der Gesellschaft eingegangen wurden (wobei die Gesellschaft Anpassungen vornehmen kann, die nicht im Widerspruch zu nachfolgend (a) stehen dürfen, um Marktschwankungen der Wertpapiere durch Handelspraktiken wie Ex-Dividende, Ex-Recht oder ähnliche Praktiken gerecht zu werden);
4. sämtliche zu Gunsten der Gesellschaft noch ausstehenden Bar- oder Naturaldividenden und Barausschüttungen soweit die Gesellschaft hiervon zumutbarerweise Kenntnis haben konnte;
5. sämtliche fälligen oder aufgelaufenen Zinsen auf Wertpapiere, welche im Eigentum der Gesellschaft stehen, es sei denn, daß diese Zinsen im Hauptbetrag des entsprechenden Wertpapiers enthalten sind;
6. Gründungskosten der Gesellschaft einschließlich der Kosten der Aktienaussgabe, soweit diese nicht abgeschrieben sind;
7. der Liquidationswert aller offenen Terminkontrakte, Kauf- oder Verkaufsoptionen der Gesellschaft;
8. sonstige Vermögenswerte jeglicher Art, einschließlich vorausbezahlter Auslagen.

Der Wert dieser Vermögenswerte wird wie folgt bestimmt:

(a) Barguthaben und Termingelder, Sichtwechsel, und Sichtforderungen, im voraus bezahlte Auslagen, erklärte oder fällige und noch nicht eingeforderte Dividenden oder Zinsen werden zum jeweiligen Nominalwert bewertet.

Sofern es sich als unwahrscheinlich erweist, daß dieser Wert vollständig erhalten werden kann, wird der Wert unter Berücksichtigung eines Abschlages bestimmt, wie ihn die Gesellschaft für angemessen hält, um den tatsächlichen Wert der entsprechenden Vermögenswerte widerzuspiegeln;

(b) der Wert aller Wertpapiere, welche an einer Börse gehandelt oder notiert werden, bestimmt sich nach dem anwendbaren Schlußkurs am entsprechenden Bewertungstag;

(c) der Wert aller Wertpapiere, welche auf einem anderen geregelten Markt, dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, der anerkannt und für das Publikum offen ist («geregelte Markt»), gehandelt werden, bestimmt sich nach dem letzten Preis am entsprechenden Bewertungstag;

(d) soweit Wertpapiere am Bewertungstag nicht an einer Börse oder auf einem anderen geregelten Markt notiert oder gehandelt werden oder soweit für Wertpapiere, welche an einer Börse oder einem anderen geregelten Markt notiert oder gehandelt werden, der gemäß den Bestimmungen unter vorstehend (b) oder (c) ermittelte Preis den wahren Wert dieser Wertpapiere nicht widerspiegelt, werden diese Wertpapiere auf der Grundlage des wahrscheinlichen Verkaufswertes bewertet, wie er gewissenhaft und nach Treu und Glauben geschätzt wird;

(e) der Liquidationswert von Terminkontrakten und Optionen, welche nicht an Börsen gehandelt werden, wird nach den vom Verwaltungsrat festgelegten Regeln, welche einheitliche Kriterien für jede Kontraktkategorie aufstellen, bestimmt. Der Liquidationswert von an Börsen gehandelten Terminkontrakten und Optionen wird auf der Grundlage des Schlußkurses, wie er von den Börsen, an welchen die Gesellschaft die fraglichen Verträge einging, veröffentlicht wird, festgestellt. Wenn ein Terminkontrakt nicht zum betreffenden Bewertungstag liquidiert werden konnte, werden die Bewertungskriterien im Hinblick auf den Liquidationswert eines solchen Terminkontraktes vom Verwaltungsrat gewis-

senhaft und nach bestem Wissen und Gewissen festgelegt. Zinsswaps werden auf der Grundlage ihres an der Zinskurve gemessenen Wertes bewertet;

(f) alle sonstigen Vermögenswerte und Vermögensgegenstände werden zu ihrem voraussichtlichen Realisierungswert, wie er gewissenhaft und nach bestem Wissen und Gewissen nach den vom Verwaltungsrat aufgestellten Verfahren bestimmt wird, bewertet.

Der Wert aller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, welche nicht auf die Währung des entsprechenden Teilfonds lauten, wird in die Währung dieses Teilfonds zum geltenden Marktkurs entsprechend der Festlegung durch die Depotbank umgerechnet. Wenn solche Kurse nicht verfügbar sind, wird der Umrechnungskurs gewissenhaft und nach bestem Wissen und Gewissen entsprechend dem vom Verwaltungsrat aufgestellten Verfahren bestimmt.

Der Verwaltungsrat kann nach freiem Ermessen jegliche anderen Bewertungsmethode anwenden, wenn er der Ansicht ist, daß eine solche Bewertung den voraussichtlichen Realisierungswert eines von der Gesellschaft gehaltenen Vermögenswertes besser widerspiegelt.

II. Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft umfassen:

- (1) Sämtliche Kredite, fällige Wechsel und Kontoverbindlichkeiten;
- (2) alle aufgelaufenen Zinsen auf von der Gesellschaft gegebene Anleihen (einschließlich Gebühren und Kosten im Zusammenhang mit diesen Anlagen);
- (3) alle aufgelaufenen oder zahlbaren Kosten (einschließlich Verwaltungskosten, Managementgebühren, einschließlich eventuelle Performance Fees, Depotbankgebühren, sowie der Gebühren für Vertreter der Gesellschaft);
- (4) sämtliche bekannten fälligen oder nicht fälligen Verbindlichkeiten, einschließlich fällige vertragliche Verbindlichkeiten auf Barzahlung oder Naturalleistung, einschließlich des Betrages der von der Gesellschaft erklärten aber noch nicht gezahlten Dividenden;
- (5) eine angemessene Rückstellung für Steuern auf das Kapital und den Ertrag bis zum Bewertungstag gemäß der Festsetzung durch den Verwaltungsrat und gegebenenfalls sämtliche anderen vom Verwaltungsrat zugelassenen oder gebilligten Rückstellungen sowie gegebenenfalls ein Betrag, welchen der Verwaltungsrat als ausreichende Rückstellung betrachtet, um jeglichen Haftungsforderungen gegen die Gesellschaft gerecht werden zu können;
- (6) sämtliche sonstigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft, gleich welcher Herkunft entsprechend der allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen. Für die Bewertung des Betrages dieser sonstigen Verbindlichkeiten berücksichtigt die Gesellschaft alle von ihr zu tragenden Ausgaben, einschließlich, jedoch nicht abschließend, der Gründungskosten und der Kosten für spätere Satzungsänderungen, zahlbarer Gebühren zu Gunsten der Manager unter Einschluß eventueller Performance Fees, Kosten der Wirtschaftsprüfer und Buchhalter, der Depotbank und ihrer Korrespondenzbanken, der Domiziliarstellen, der Verwaltungsstellen, der beauftragten Verwaltungsgesellschaft, der Transferstellen, aller Zahlstellen der Registerstellen, der Platzierungs- und Notierungsstellen (so erforderlich) sowie ständiger Vertreter an Orten, an welchen die Gesellschaft einer Registrierungspflicht unterliegt, Vergütungen aller anderen Angestellten der Gesellschaft, Vergütungen der Verwaltungsratsmitglieder sowie deren angemessene Spesen, deren Versicherungs- und angemessene Reisekosten und Kosten im Zusammenhang mit der Rechtsberatung und der Prüfung der Jahreskonten der Gesellschaft, Kosten für Anträge auf Registrierung bei Behörden und Börsen in Luxemburg und im Ausland, Kosten für die Vorbereitung und den Druck des Verkaufsprospektes, von Informationsunterlagen und regelmäßigen Berichten, Kosten von Berichten an die Aktionäre, Steuern und ähnliche Abgaben, Kosten im Zusammenhang mit dem Kauf und dem Verkauf von Vermögenswerten, Kosten für Finanz- und Bankdienstleistungen sowie Maklergebühren, Kosten für Post, Telefon und Telex und sämtliche sonstigen Verwaltungskosten. Zum Zwecke der Bewertung des Betrages dieser Verbindlichkeiten kann die Gesellschaft Verwaltungskosten und sonstige regelmäßige oder periodische Kosten auf der Grundlage eines Schätzwertes für ein Jahr oder eine sonstige Periode berücksichtigen.

III. Die Vermögenswerte werden wie folgt zugeteilt (Teilfondsbildung):

Der Verwaltungsrat bildet einen Teilfonds für eine Aktienkategorie und kann ein Teilfonds für zwei oder mehrere Aktienkategorien in der folgenden Art und Weise bilden:

- (a) wenn zwei Aktienkategorien an einem bestimmten Teilfonds gebildet werden, so gibt eine dieser Aktienkategorien das Recht auf Ausschüttungen wohingegen die andere kein Recht auf Ausschüttungen verkörpert, sondern einen Anspruch auf den Wertzuwachs der anteiligen Netto-Vermögenswerte des Teilfonds, welche dieser Aktienkategorie zuzuordnen sind, wobei die nachstehenden Bestimmungen entsprechend auf jede dieser Aktienkategorien anzuwenden sind, sofern ein Teilfonds für zwei Aktienkategorien gebildet wird;
- (b) der Ertrag aus der Ausgabe von Aktien einer Aktienkategorie wird in den Büchern der Gesellschaft dem für diese Kategorie gebildeten Teilfonds zugeordnet, wobei dann, wenn an diesem Teilfonds zwei Aktienkategorien ausgegeben wurden und im Umlauf befindlich sind, der Betrag der Gegenleistung den Anteil der entsprechenden Aktienkategorie an dem Nettovermögen des Teilfonds proportional erhöht;
- (c) Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, Einkünfte und Kosten im Zusammenhang mit einem Teilfonds werden der oder den Aktienkategorie(n), welche an diesem Teilfonds besteht/bestehen, zugeordnet;
- (d) Vermögenswerte, welche sich von anderen Vermögenswerten ableiten, werden in den Büchern demselben Teilfonds zugeordnet, dem der ursprüngliche Vermögenswert zuzuordnen ist, und bei jeder Neubewertung eines Vermögenswertes wird der Zuwachs oder die Verminderung im Wert dieses Vermögenswertes dem entsprechenden Teilfonds zugeordnet;
- (e) sofern die Gesellschaft eine Verbindlichkeit eingeht, welche einem Vermögenswert eines bestimmten Teilfonds zuzuordnen ist oder ein Geschäft im Zusammenhang mit einem Vermögenswert eines bestimmten Teilfonds vornimmt, so wird diese Verbindlichkeit diesem Teilfonds zugeordnet. Die Haftung der Teilfonds richtet sich nach Art. 133 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002; gegenüber Dritten und insbesondere gegenüber Gläubigern haftet jeder Teilfonds nur für seine eigenen Verpflichtungen.

(f) sofern ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit der Gesellschaft nicht einem bestimmten Teilfonds zuzuordnen sind, wird dieser Vermögenswert oder die Verbindlichkeit allen Teilfonds im Verhältnis des Anteils am Netto-Inventarwert der betreffenden Kategorien zugeordnet oder auf eine andere Weise, wie sie der Verwaltungsrat umsichtig und nach bestem Wissen und Gewissen bestimmt, wobei alle Verbindlichkeiten unabhängig von dem Teilfonds, dem sie zuzuordnen sind, die Gesellschaft insgesamt binden, sofern nichts gesetzlich abweichend bestimmt oder anderes mit den Gläubigern vereinbart wurde;

(g) im Folge von Ausschüttungen an die Inhaber von Aktien einer Aktienkategorie wird der Nettowert der entsprechenden Aktienkategorie um den Betrag dieser Ausschüttungen vermindert.

Alle vorerwähnten Bewertungsregeln und Bestimmungen werden im Einklang mit den allgemein anerkannten Grundsätzen der Buchführung interpretiert.

Sofern nicht Vorsatz, grobe Fahrlässigkeit oder eine offenkundiger Irrtum vorliegt, ist jede Entscheidung im Zusammenhang mit der Berechnung des Netto-Inventarwertes, welche vom Verwaltungsrat oder einer Bank, Gesellschaft oder einer sonstigen vom Verwaltungsrat dazu bestimmten Person vorgenommen wird, endgültig und für die Gesellschaft, die bestehenden, ehemaligen und zukünftigen Aktionäre bindend.

IV. Für die Zwecke dieses Artikels gilt folgendes:

1. Jede Aktie der Gesellschaft, welche gemäß Artikel 8 dieser Satzung zurückgekauft werden soll, wird bis zu dem Zeitpunkt des Bewertungstages, welcher vom Verwaltungsrat im Hinblick auf die Bewertung festgesetzt ist, als ausgegebene und bestehende Aktie behandelt und ihr Preis wird ab diesem Zeitpunkt und bis zur Zahlung des Preises als Verbindlichkeit der Gesellschaft betrachtet;

2. jede von der Gesellschaft aufgrund von eingegangenen Zeichnungsanträgen auszugebende Aktie wird dem Zeitpunkt des Bewertungstages, welcher vom Verwaltungsrat für die Bewertung festgesetzt wurde, als ausgegeben betrachtet und ihr Preis wird bis zum Zahlungseingang als Forderung der Gesellschaft behandelt;

3. sämtliche Vermögensanlagen, Barguthaben und andere Vermögenswerte eines Teilfonds, welche in einer anderen Währung als derjenigen, auf die der Teilfonds lautet, ausgedrückt sind, werden unter Berücksichtigung der geltenden Wechselkurse zu dem Datum und zur Stunde der Bestimmung des Netto-Inventarwertes pro Aktie bewertet; und

Sofern die Gesellschaft an einem Bewertungstag einen Vertrag abgeschlossen hat mit dem Ziel:

- einen Vermögenswert zu erwerben, so werden der für diesen Vermögenswert zu zahlende Betrag als Verbindlichkeit der Gesellschaft, der Wert des Vermögenswertes dagegen als Vermögenswert der Gesellschaft behandelt;

- einen Vermögenswert zu veräußern, so wird der für diesen Vermögenswert zu erhaltende Betrag als Vermögenswert der Gesellschaft betrachtet und der zu liefernde Vermögenswert wird nicht mehr in den Aktiva der Gesellschaft bilanziert;

- wobei der Wert von der Gesellschaft geschätzt wird, soweit oder die genaue Art der Gegenleistung oder des entsprechenden Vermögenswertes zum Bewertungstag nicht bekannt sind.

Art. 12. Häufigkeit und Zeitweilige Aussetzung der Berechnung des Netto-Inventarwertes pro Aktie sowie der Ausgabe, Rücknahme und des Umtauschs von Aktien. Der Netto-Inventarwert pro Aktie einer jeden Aktienkategorie sowie Ausgabe-, Rücknahme- und Umtauschpreis werden von der Gesellschaft oder von einem von ihr dazu Beauftragten regelmäßig, mindestens jedoch zweimal pro Monat in dem vom Verwaltungsrat zu bestimmenden Rhythmus ermittelt, wobei der Tag oder Moment der Berechnung des Netto-Inventarwertes pro Aktie in dieser Satzung als «Bewertungstag» bezeichnet wird.

Die Gesellschaft kann die Berechnung des Netto-Inventarwertes pro Aktie sowie die Ausgabe, die Rücknahme und den Umtausch von Aktien einer Aktienkategorie in eine andere Aktienkategorie unter den nachfolgend beschriebenen Umständen aussetzen:

(a) Wenn eine oder mehrere Börsen oder andere Märkte, auf welche ein wesentlicher Teil des der betreffenden Aktienkategorie zuzurechnenden Vermögens der Gesellschaft regelmäßig notiert oder gehandelt wird, aus anderen Gründen als aufgrund allgemeiner Feiertage geschlossen sind oder wenn die Transaktionen dort ausgesetzt oder Beschränkungen unterworfen wurden vorausgesetzt, daß diese Schließung, Einschränkung oder Aussetzung die Bewertung der dort notierten oder gehandelten Vermögenswerte der Gesellschaft beeinträchtigt;

(b) wenn nach Ansicht des Verwaltungsrates eine Notlage vorliegt, aufgrund welcher die Gesellschaft über Vermögensanlagen, die einer bestimmten Aktienkategorie zuzuordnen sind, nicht verfügen oder diese Vermögensanlagen nicht bewerten kann; oder

(c) wenn Kommunikations- oder Berechnungsmittel, die zur Bestimmung vom Preis oder Wert der einer Aktienkategorie zuzuordnenden Vermögensanlage oder die Kurse einer Börse oder anderer Märkte außer Funktion sind; oder

(d) solange die Gesellschaft nicht in ausreichendem Umfang Gelder zur Zahlung auf Rücknahmen der Aktien einer Kategorie aufbringen kann oder solange der Übertrag der betreffenden Gelder im Zusammenhang mit dem Erwerb von Vermögensanlage oder der Zahlung auf die Rücknahme von Aktien nach Ansicht des Verwaltungsrates nicht zu üblichen Wechselkursen erfolgen kann; oder

(e) wenn der Wert einer Vermögensanlage der Gesellschaft aus irgendeinem anderen Grund nicht mit der notwendigen Geschwindigkeit oder Genauigkeit ermittelt oder bestimmt werden kann; oder

(f) mit Veröffentlichung der Einberufung einer Generalversammlung, welche über die Auflösung der Gesellschaft entscheiden soll.

Eine solche Aussetzung wird von der Gesellschaft, wenn sie dies für angemessen hält, veröffentlicht und den Aktionären, die einen Zeichnungs-, Rücknahme- oder Umtauschantrag im Hinblick auf Aktien, deren Netto-Inventarwertberechnung ausgesetzt wurde, gestellt haben, mitgeteilt.

Während der Aussetzung der Netto-Inventarwertberechnung können Anträge auf Zeichnung, Rücknahme oder Umtausch von Aktien widerrufen werden, sofern ein derartiger Widerruf bei der Gesellschaft vor Ablauf dieser Aussetzungsfrist eingeht.

Die Aussetzung im Hinblick auf eine Aktienkategorie hat keine Auswirkung auf die Berechnung des Netto-Inventarwertes, des Ausgabe-, Rücknahme- oder Umtauschpreises der anderen Aktienkategorien.

Titel III. Verwaltung und Aufsicht

Art. 13. Verwaltungsratsmitglieder. Die Gesellschaft wird von einem Verwaltungsrat verwaltet, der sich aus mindestens drei Mitgliedern, die keine Aktionäre sein müssen, zusammensetzt. Die Amtszeit der Verwaltungsratsmitglieder beträgt höchstens 6 Jahre.

Die Verwaltungsratsmitglieder werden von den Aktionären auf ihrer Generalversammlung gewählt, welche auch die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder sowie deren Vergütungen festlegt.

Die Verwaltungsratsmitglieder werden mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden oder vertretenen Aktien gewählt.

Jedes Verwaltungsratsmitglied kann jederzeit auf Beschluß der Generalversammlung abberufen oder ersetzt werden.

Im Falle eines freigewordenen Verwaltungsratsmandates können die übrigen Verwaltungsratsmitglieder diese Stelle zeitweilig besetzen; die Aktionäre fassen auf der nachfolgenden Generalversammlung einen endgültigen Beschluß über diese Bestellung.

Art. 14. Verwaltungsratsitzungen. Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und gegebenenfalls einen oder mehrere stellvertretende(n) Vorsitzende(n). Er kann einen Sekretär wählen, der kein Verwaltungsratsmitglied sein muß und der die Protokolle der Verwaltungsratsitzungen und Generalversammlungen der Aktionäre erstellt. Der Verwaltungsrat tritt auf Einberufung des Vorsitzenden oder zweier Verwaltungsratsmitglieder an dem in der Einberufung angegebenen Ort zusammen.

Der Verwaltungsratsvorsitzende leitet die Verwaltungsratsitzungen und die Hauptversammlungen der Aktionäre. In seiner Abwesenheit bestimmt die Generalversammlung oder der Verwaltungsrat mehrheitlich ein anderes Verwaltungsratsmitglied oder, im Falle der Generalversammlung, eine andere Person, um diese Versammlungen oder Sitzungen zu leiten.

Der Verwaltungsrat kann Direktoren oder andere Generalbevollmächtigte, wie sie für die erfolgreiche Geschäftsführung der Gesellschaft für notwendig erachtet werden, ernennen. Derartige Ernennungen können vom Verwaltungsrat jederzeit widerrufen werden. Direktoren und Generalbevollmächtigte müssen nicht Verwaltungsratsmitglieder oder Aktionäre der Gesellschaft sein. Die Direktoren und Generalbevollmächtigten verfügen über die ihnen vom Verwaltungsrat erteilten Befugnisse und erfüllen die ihnen vom Verwaltungsrat zugewiesenen Aufgaben, soweit diese Satzung keine anderweitigen Bestimmungen trifft.

Die Einberufung einer Verwaltungsratsitzung erfolgt schriftlich an alle Verwaltungsratsmitglieder mindestens vierundzwanzig Stunden vor dem vorgesehenen Sitzungstermin, außer im Falle einer Dringlichkeit, in welchem Falle Natur und Gründe für diese Dringlichkeit in der Einberufung aufgeführt werden. Die Einberufung ist entbehrlich, wenn jedes Verwaltungsratsmitglied dem schriftlich durch Kabel, Telex, Telefax oder ein ähnliches Kommunikationsmittel zugestimmt hat. Eine individuelle Einberufung ist entbehrlich im Hinblick auf Verwaltungsratsitzungen, die zu einer Zeit und an einem Ort abgehalten werden, wie dies in einem zuvor bereits getroffenen Verwaltungsratsbeschluß festgelegt wurde.

Jedes Verwaltungsratsmitglied kann ein anderes Verwaltungsratsmitglied schriftlich, per Telegramm oder per Telex zu seinem Stellvertreter auf einer Verwaltungsratsitzung bestellen. Ein Verwaltungsratsmitglied kann mehrere seiner Kollegen vertreten.

Jedes Verwaltungsratsmitglied kann an einer Verwaltungsratsitzung im Rahmen einer Telephonkonferenz oder vermittels anderer Kommunikationsmittel, die sicherstellen, daß alle an einer solchen Sitzung teilnehmenden Personen die jeweils anderen Personen hören können, teilnehmen. Die Teilnahme an einer Sitzung in dem vorbezeichneten Weg steht der physischen Teilnahme an einer Sitzung gleich.

Die Verwaltungsratsmitglieder können Handlungen nur im Rahmen ordnungsgemäß einberufener Verwaltungsratsitzungen vornehmen. Die Verwaltungsratsmitglieder können die Gesellschaft nicht durch ihre individuelle Unterschrift verpflichten, sofern sie nicht durch einen Verwaltungsratsbeschluß hierzu ermächtigt wurden.

Der Verwaltungsrat kann rechtswirksam nur Beschlüsse treffen und Handlungen vornehmen, wenn wenigstens die Mehrheit der Verwaltungsratsmitglieder oder eine andere vom Verwaltungsrat festgelegte Zahl an Verwaltungsratsmitgliedern anwesend oder vertreten sind.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden protokolliert und die entsprechenden Protokolle werden durch den Leiter der Verwaltungsratsitzung unterzeichnet. Abschriften der Auszüge solcher Protokolle, die vor Gericht oder anderweitig vorgelegt werden müssen, werden durch den Leiter der Verwaltungsratsitzung oder durch zwei Verwaltungsratsmitglieder rechtswirksam unterzeichnet.

Beschlüsse werden durch Mehrheitsbeschluß der anwesenden oder vertretenen Verwaltungsratsmitglieder gefaßt. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Der Verwaltungsrat kann einstimmige Entscheidungen im Wege eines Umlaufbeschlusses treffen, wobei die Zustimmung auf einem oder mehreren Schriftstück(en) sowie durch Kabel, Telegramm, Telex, Telefax oder anderer, insbesondere elektronischer Kommunikationsmittel, deren Inhalt allerdings schriftlich zu bestätigen ist, erfolgen kann; die Gesamtheit der Unterlagen bildet das Protokoll zum Nachweis des getroffenen Beschlusses.

Art. 15. Befugnisse des Verwaltungsrates. Der Verwaltungsrat verfügt über die weitestgehenden Vollmachten, um die Geschäftstätigkeiten auszurichten und zu führen sowie um Verfügungs- und Verwaltungshandlungen im Rahmen des Gesellschaftszweckes vorzunehmen, vorbehaltlich der Beachtung der Anlagepolitik gemäß nachfolgend Artikel 21.

Sämtliche nicht ausdrücklich durch das Gesetz oder diese Satzung der Generalversammlung zugewiesenen Aufgaben sind dem Verwaltungsrat übertragen.

Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, eine Verwaltungsgesellschaft, einen Fondsmanager, Anlageberater sowie Anlageausschüsse für die jeweiligen Teilfonds zu ernennen und deren Befugnisse festzulegen.

Art. 16. Verwaltungsgesellschaft. Der Verwaltungsrat der Investmentgesellschaft kann unter eigener Verantwortung eine Verwaltungsgesellschaft mit der Anlageverwaltung, der Administration sowie dem Vertrieb der Aktien der Investmentgesellschaft betrauen.

Die Verwaltungsgesellschaft ist für die Verwaltung und Geschäftsführung der Investmentgesellschaft verantwortlich. Sie darf für Rechnung der Investmentgesellschaft alle Geschäftsführungs- und Verwaltungsmaßnahmen und alle unmittelbar oder mittelbar mit dem Fondsvermögen bzw. dem Teilfondsvermögen verbundenen Rechte ausüben, insbesondere ihre Aufgaben an qualifizierte Dritte ganz oder teilweise auf eigene Kosten, übertragen.

Sofern die Verwaltungsgesellschaft die Anlageverwaltung auf einen Dritten auslagert, so darf nur ein Unternehmen benannt werden, das für die Ausübung der Vermögensverwaltung zugelassen oder eingetragen ist und einer Aufsicht unterliegt.

Die Verwaltungsgesellschaft erfüllt ihre Verpflichtungen mit der Sorgfalt eines bezahlten Bevollmächtigten.

Die Verwaltungsgesellschaft zieht im Zusammenhang mit der Verwaltung der Aktiva des jeweiligen Teilfonds unter eigener Verantwortung und Kontrolle einen Anlageberater oder Fondsmanagers hinzu. Alle etwaigen Fondsmanager und Anlageberater sowie die übrigen Dienstleister werden direkt aus dem Vermögen der Investmentgesellschaft entlohnt.

Die Anlageentscheidung und die Ordererteilung sind ausschließlich der Verwaltungsgesellschaft vorbehalten, sofern diese keinen Fondsmanager mit dem Fondsmanagement betraut hat.

Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, unter Wahrung ihrer eigenen Verantwortung und Kontrolle einen Dritten zur Ordererteilung zu bevollmächtigen.

Die Übertragung der Aufgaben darf die Wirksamkeit der Beaufsichtigung durch die Verwaltungsgesellschaft in keiner Weise beeinträchtigen. Insbesondere darf die Verwaltungsgesellschaft durch die Übertragung der Aufgaben nicht daran gehindert werden, im Interesse der Aktionäre zu handeln und dafür zu sorgen, dass die Investmentgesellschaft im besten Interesse der Aktionäre verwaltet wird.

Art. 17. Fondsmanager. Aufgabe des Fondsmanagers ist insbesondere die tägliche Umsetzung der Anlagepolitik des jeweiligen Teilfondsvermögens und die Führung der Tagesgeschäfte der Vermögensverwaltung unter der Aufsicht, Verantwortung und Kontrolle der Verwaltungsgesellschaft sowie andere damit verbundene Dienstleistungen zu erbringen. Die Erfüllung dieser Aufgaben erfolgt unter Beachtung der Grundsätze der Anlagepolitik und der Anlagebeschränkungen des jeweiligen Teilfonds, wie sie in diesem Verkaufsprospekt (nebst Anhängen) und in der Satzung beschrieben sind, sowie der gesetzlichen Anlagebeschränkungen.

Der Fondsmanager muss über eine Zulassung zur Vermögensverwaltung verfügen und einer Aufsicht unterliegen. Die Anlageentscheidung und die Ordererteilung obliegen dem Fondsmanager. Der Fondsmanager hat das Recht, sich auf eigene Kosten und Verantwortung von Dritten, insbesondere von verschiedenen Anlageberatern, beraten zu lassen.

Es ist dem Fondsmanager gestattet, seine Aufgaben mit Genehmigung der Verwaltungsgesellschaft ganz oder teilweise an Dritte, deren Vergütung ganz zu seinen Lasten geht, auszulagern.

Der Fondsmanager trägt alle Aufwendungen, die ihm in Verbindung mit den von ihm für die Investmentgesellschaft geleisteten Dienstleistungen entstehen. Maklerprovisionen, Transaktionsgebühren und andere im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögenswerten anfallende Geschäftskosten werden von dem jeweiligen Teilfonds getragen.

Art. 18. Anlageberater und Anlageausschuss. Der Fondsmanager kann unter eigener Verantwortung und auf eigene Kosten Anlageberater hinzuziehen, insbesondere sich durch einen Anlageausschuss beraten lassen.

Der Anlageberater hat das Recht, sich auf eigene Kosten und Verantwortung von Dritten beraten zu lassen. Er ist jedoch nicht berechtigt, ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft, die Erfüllung seiner Aufgaben einem Dritten zu übertragen. Sofern der Anlageberater seine Aufgaben mit vorheriger Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft einem Dritten übertragen hat, so hat der Anlageberater die dafür entstehenden Kosten selbst zu tragen. In diesem Fall wird der Verkaufsprospekt entsprechend angepasst.

Art. 19. Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber Dritten. Gegenüber Dritten wird die Gesellschaft rechtswirksam durch die gemeinsame Unterschrift zweier Verwaltungsratsmitglieder oder durch die alleinige oder gemeinsame Unterschrift der vom Verwaltungsrat hierzu ermächtigten Person(en) verpflichtet.

Art. 20. Übertragung von Befugnissen. Der Verwaltungsrat der Gesellschaft kann seine Befugnisse im Rahmen der täglichen Geschäftsführung im Zusammenhang mit den Vermögensanlagen der Gesellschaft (einschließlich der Unterschriftsbefugnis) sowie die Vertretung der Gesellschaft im Zusammenhang mit dieser Geschäftsführung auf ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder oder auf eine oder mehrere natürliche oder juristische Person(en), die keine Verwaltungsratsmitglieder sein müssen und die die vom Verwaltungsrat bestimmten Befugnisse haben und diese, vorbehaltlich der Ermächtigung des Verwaltungsrates weiterdelegieren können, übertragen.

Der Verwaltungsrat kann auch durch notarielle oder privatschriftliche Urkunde Sondervollmachten gewähren.

Art. 21. Anlagepolitik und Anlagebeschränkungen. Der Verwaltungsrat ist befugt, auf der Grundlage des Prinzips der Risikosteuerung, die Anlagepolitik, die für jeden Teilfonds der Gesellschaft zu beachtenden Anlagestrategien sowie die Richtlinien der Verwaltung und Geschäftsführung unter Beachtung der in den geltenden Gesetzen und Vorschriften vorgesehenen oder vom Verwaltungsrat festgesetzten Anlagebeschränkungen zu bestimmen.

Die Investmentgesellschaft erlaubt keine «Market Timing Praktiken», d.h. z. Bsp. das illegale Ausnutzen von Preisdifferenzen in unterschiedlichen Zeitzonen. Sollte ein Verdacht hinsichtlich dieser Praktiken bestehen, wird die Investmentgesellschaft die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Anleger vor nachteiligen Auswirkungen zu schützen.

Dies vorausgesetzt, kann der Verwaltungsrat bestimmen, daß sich die Anlagen der Gesellschaft in nachfolgend beschriebener Weise zusammensetzen aus:

(a) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, die an einem geregelten Markt notiert oder gehandelt werden, der für das Publikum offen und ordnungsgemäß funktioniert («geregelter Markt») innerhalb der Kontinente von Europa, Nord- und Südamerika, Australien (mit Ozeanien), Afrika oder Asien und/oder

(b) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, die auf einem anderen Markt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union («EU») gehandelt werden, sofern dieser Markt anerkannt, für das Publikum offen und seine Funktionsweise ordnungsgemäß ist und/ oder

(c) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, die an einer Wertpapierbörse eines Drittstaates amtlich notiert oder an einem anderen geregelten Markt eines Drittlandes, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden,

(d) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten aus Neuemissionen, sofern:

- deren Ausgabebedingungen die Verpflichtung zu einer amtlichen Notiz an einer Wertpapierbörse oder zum Handel auf einem anderen geregelten Markt gemäß vorstehend (b) und (c) enthalten

- sie spätestens ein Jahr nach Emission dort zum amtlichen Handel zugelassen werden und/oder

(e) Anteilen von nach der Richtlinie 85/611/EWG zugelassenen OGAW und/oder anderen Organismen für gemeinsame Anlagen im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 erster und zweiter Gedankenstrich der Richtlinie 85/611/EWG mit Sitz in einem Mitgliedstaat oder einem Drittstaat, sofern:

- diese anderen Organismen für gemeinsame Anlagen nach Rechtsvorschriften zugelassen wurden, die sie einer Aufsicht unterstellen, welche nach Auffassung der CSSF derjenigen nach dem Gemeinschaftsrecht gleichwertig ist, und ausreichende Gewähr für die Zusammenarbeit zwischen den Behörden besteht,

- das Schutzniveau der Anteilseigner der anderen Organismen für gemeinsame Anlagen dem Schutzniveau der Anteilseigner eines OGAW gleichwertig ist und insbesondere die Vorschriften für die getrennte Verwahrung des Sondervermögens, die Kreditaufnahme, die Kreditgewährung und Leerverkäufe von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten den Anforderungen der Richtlinie 85/611/EWG gleichwertig sind,

- die Geschäftstätigkeit der anderen Organismen für gemeinsame Anlagen Gegenstand von Halbjahres- und Jahresberichten ist, die es erlauben, sich ein Urteil über das Vermögen und die Verbindlichkeiten, die Erträge und die Transaktionen im Berichtszeitraum zu bilden,

- der OGAW oder der anderen Organismen für gemeinsame Anlagen, dessen Anteile erworben werden sollen, nach seiner Satzung insgesamt 10% seines Sondervermögens in Anteilen anderer OGAW oder Organismen für gemeinsame Anlagen anlegen darf und/oder

(f) Sichteinlagen oder kündbare Einlagen mit einer Laufzeit von höchstens 12 Monaten bei Kreditinstituten, sofern das betreffende Kreditinstitut seinen Sitz in einem Mitgliedstaat der EU hat oder - falls der Sitz des Kreditinstituts sich in einem Drittstaat befindet - es Aufsichtsbestimmungen unterliegt, die nach Auffassung der CSSF denjenigen des Gemeinschaftsrechts gleichwertig sind und/oder

(g) abgeleiteten Finanzinstrumenten («Derivaten»), einschliesslich gleichwertiger bar abgerechneter Instrumente, die an einem der unter den Buchstaben a), b) und c) bezeichneten geregelten Märkten gehandelt werden, und/oder abgeleiteten Finanzinstrumenten die nicht an einer Wertpapierbörse gehandelt werden («OTC-Derivaten»), sofern

- es sich bei den Basiswerten um Instrumente im Sinne des Artikel 41 Absatz 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002, oder um Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen handelt, in die die Gesellschaft gemäß den in seiner Satzung genannten Anlagezielen investieren darf,

- die Gegenparteien bei Geschäften mit OTC-Derivaten einer Aufsicht unterliegende Institute der Kategorien sind, die von der CSSF zugelassen wurden, und

- und die OTC-Derivate einer zuverlässigen und überprüfaren Bewertung auf Tagesbasis unterliegen und jederzeit auf Initiative der Gesellschaft zum angemessenen Zeitwert veräussert, liquidiert oder durch ein Gegengeschäft glattgestellt werden können und/oder

(h) Geldmarktinstrumenten, die nicht auf einem geregelten Markt gehandelt werden und die unter die Definition des Artikels 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 fallen, sofern die Emission oder der Emittent dieser Instrumente bereits Vorschriften über den Einlagen- und den Anlegerschutz unterliegt, und vorausgesetzt, sie werden

- von einer zentralstaatlichen, regionalen oder lokalen Körperschaft oder der Zentralbank eines Mitgliedsstaats, der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Union oder der Europäischen Investitionsbank, einem Drittstaat oder, sofern dieser ein Bundesstaat ist, einem Gliedstaat der Föderation oder von einer internationalen Einrichtung öffentlichen-rechtlichen Charakters, der mindestens ein Mitgliedstaat angehört, begeben oder garantiert, oder

- von einem Unternehmen begeben, dessen Wertpapiere auf den unter den Buchstaben a), b) und c) bezeichneten geregelten Märkten gehandelt werden, oder

- von einem Institut, das gemäß den im Gemeinschaftsrecht festgelegten Kriterien einer Aufsicht unterstellt ist, oder einem Institut, das Aufsichtsbestimmungen, die nach Auffassung der CSSF mindestens so streng sind wie die des Gemeinschaftsrechts, unterliegt und diese einhält, begeben oder garantiert, oder

- von anderen Emittenten begeben, die einer Kategorie angehören, die von der CSSF zugelassen wurde, sofern für Anlagen in diesen Instrumenten Vorschriften für den Anlegerschutz gelten, die denen des ersten, des zweiten oder des dritten Gedankenstrichs gleichwertig sind und sofern es sich bei dem Emittenten entweder um ein Unternehmen mit einem Eigenkapital von mindestens 10 Mio. EUR, das seinen Jahresabschluss nach den Vorschriften der Richtlinie 78/660/EWG erstellt und veröffentlicht, oder um einen Rechtsträger, der innerhalb einer eine oder mehrere börsennotierte Gesellschaften umfassenden Unternehmensgruppe für die Finanzierung dieser Gruppe zuständig ist, oder um einen Rechtsträger handelt, der die wertpapiermässige Unterlegung von Verbindlichkeiten durch Nutzung einer von einer Bank eingeräumten Kreditlinie finanzieren soll.

- Weiterhin ist die Gesellschaft ermächtigt, nach dem Grundsatz der Risikostreuung bis zu 100% des Nettovermögens eines jeden Teilfonds in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten anzulegen, die durch einen Mitgliedstaat der EU

oder seine Gebietskörperschaften, durch einen anderen Mitgliedstaat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung («OECD») oder durch internationale Organismen des öffentlichen Rechts, in denen ein oder mehrere Mitgliedstaat(en) der EU Mitglied(er) ist/sind, begeben oder garantiert werden, vorausgesetzt, dass diese Wertpapiere mindestens sechs verschiedenen Emissionen zugeordnet werden können und vorausgesetzt weiterhin, dass die ein- und derselben Emission zuzuordnenden Vermögenswerte 30% des Nettovermögens des entsprechenden Teilfonds nicht überschreiten.

Die Anlage kann des Weiteren in allen sonstigen Wertpapieren, Instrumenten oder sonstigen Vermögenswerten im Rahmen der innerhalb der geltenden Gesetze und Vorschriften vom Verwaltungsrat bestimmten Anlagebeschränkungen erfolgen.

Darüber hinaus wird sich die Gesellschaft an alle weiteren Einschränkungen halten, die von den Aufsichtsbehörden jener Länder vorgeschrieben werden, in denen Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind.

Im Falle, dass eine Änderung des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 zu wesentlichen Abweichungen führt, kann der Verwaltungsrat beschließen, dass sich solche neuen Bestimmungen anwenden.

Art. 22. Entschädigung der Verwaltungsratsmitglieder. Die Gesellschaft kann jedes Verwaltungsratsmitglied, jeden Direktor oder jeden Generalbevollmächtigten und dessen Erben, Testamentsvollstrecker und sonstige Rechtsinhaber für angemessene Kosten in Verbindung mit jeglicher Klage oder jeglichem Verfahren, im Zusammenhang mit welche(n) eine solche Person aufgrund ihrer Position als Verwaltungsratsmitglied, Direktor oder Generalbevollmächtigter der Gesellschaft oder - auf deren Verlangen der Gesellschaft hin - jeglicher anderen Gesellschaft, an der die Gesellschaft Aktionär oder gegenüber der die Gesellschaft Gläubiger ist und gegenüber welcher diese Person kein Recht auf eine Entschädigung hat, betroffen ist, entschädigen, außer im Zusammenhang mit Angelegenheiten, in denen eine solche Person aufgrund einer solchen Klage oder in einem solchen Verfahren wegen Nachlässigkeit oder grober Fahrlässigkeit endgültig verurteilt wird. Im Falle eines außergerichtlichen Übereinkommens erfolgt die Entschädigung nur, nachdem der Gesellschaft von ihrem Rechtsberater bestätigt wurde, daß sich das zu entschädigende Verwaltungsratsmitglied bzw. der zu entschädigende Direktor oder Generalbevollmächtigte keine Pflichtverletzung hat zuschulden kommen lassen. Der vorstehend beschriebene Anspruch schließt weitere, im Rahmen der Stellung als Verwaltungsratsmitglied, Direktor oder Generalbevollmächtigter geltend zu machende Ansprüche nicht aus.

Art. 23. Entgegenstehendes Interesse. Kein Vertrag und kein sonstiges Geschäft zwischen der Gesellschaft und anderen Gesellschaften oder Firmen wird beeinträchtigt oder unwirksam durch den Umstand, daß ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglied(er), Direktor(en) oder Generalbevollmächtigte(r) der Gesellschaft an einer solchen Gesellschaft beteiligt oder Mitglied(er) des Verwaltungsrates, Gesellschafter, Direktor(en), Generalbevollmächtigte(r) oder Angestellte(r) dieser Gesellschaften, oder Firmen ist/sind. Ein Verwaltungsratsmitglied, Direktor oder Generalbevollmächtigter der Gesellschaft, der gleichzeitig Verwaltungsratsmitglied, Direktor, Generalbevollmächtigter oder Angestellter einer anderen Gesellschaft oder Firma ist, mit der die Gesellschaft vertraglich oder anderweitig in Geschäftsbeziehung tritt, wird auf Grund dieser Zugehörigkeit zur betreffenden Gesellschaft oder Firma nicht daran gehindert, über alle mit einem solchen Vertrag oder Geschäft verbundenen Fragen zu beraten, darüber abzustimmen oder zu handeln.

Falls ein Mitglied des Verwaltungsrates, ein Direktor oder ein Generalbevollmächtigter der Gesellschaft an einem Geschäft der Gesellschaft ein entgegenstehendes Interesse hat, muß er dies dem Verwaltungsrat mitteilen und er wird im Hinblick auf dieses Geschäft nicht an Beratungen und Abstimmungen teilnehmen. Bericht hierüber erfolgt an die nächstfolgenden Generalversammlung.

Der Ausdruck «entgegenstehendes Interesse» im Sinne des vorhergehenden Satzes, bezieht sich nicht auf Geschäftsbeziehungen oder Interessen, die lediglich in irgendeiner Weise oder aus irgendeinem Grund im Zusammenhang mit der Depotbank, dem Manager oder jegliche anderen Person, Gesellschaft oder juristischen Einheit, wie diese der Verwaltungsrat von Zeit zu Zeit nach freiem Ermessen festlegt, stehen.

Art. 24. Beirat. Der Verwaltungsrat kann zur Unterstützung seiner Geschäftstätigkeit einen Beirat ernennen, dem nicht mehr als 15 Mitglieder angehören dürfen.

Der Verwaltungsrat ernennt diese Mitglieder nach freiem Ermessen aus dem Kreis der mit der Gesellschaft zusammenarbeitenden Geschäftspartner nach Maßgabe ihrer Geschäftsbeziehungen mit der Gesellschaft.

Der Beirat kann den Verwaltungsrat in allen Belangen, die in dessen Kompetenz fallen, beraten. Eine Entscheidungskompetenz kommt dem Beirat nicht zu.

Der Beirat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden. Die Bestimmungen über die interne Organisation und die Protokolle des Verwaltungsrates finden entsprechende Anwendung. Die Protokolle und Empfehlungen des Beirates sind allen Mitgliedern des Verwaltungsrates zur Kenntnis zu bringen.

Der Verwaltungsrat kann über die Ernennung der Mitglieder des Beirates und die interne Organisation des Beirates eine Geschäftsordnung erlassen.

Art. 25. Aufsicht. Die in dem von der Gesellschaft aufgestellten Jahresbericht enthaltenen Buchungsdaten werden von einem Wirtschaftsprüfer geprüft, welcher von der Generalversammlung ernannt und dessen Vergütung von der Gesellschaft getragen wird.

Der Wirtschaftsprüfer erfüllt sämtliche von dem Gesetz vom 20. Dezember 2002 über Organismen für gemeinsame Anlagen vorgeschriebenen Aufgaben.

Titel IV. Generalversammlung

Art. 26. Generalversammlungen. Die Generalversammlung der Aktionäre der Gesellschaft vertritt die Gesamtheit der Aktionäre der Gesellschaft. Dort gefaßte Beschlüsse binden alle Aktionäre unabhängig davon, welche Aktienkategorie sie halten, soweit diese Beschlüsse nicht in Rechte der getrennten Gesellschafterversammlung der Aktionäre einer bestimmten Klasse oder Kategorie gemäß den nachfolgenden Bestimmungen eingreifen. Die Generalversammlung

verfügt über die umfassenden Befugnisse, Handlungen im Zusammenhang mit den Geschäften der Gesellschaft anzuordnen, vorzunehmen oder zu genehmigen.

Die Generalversammlung wird durch den Verwaltungsrat einberufen.

Sie kann auch auf Ersuchen der Aktionäre, die wenigstens ein Fünftel des Gesellschaftskapitals vertreten, einberufen werden.

Die jährliche Generalversammlung tritt entsprechend den Bestimmungen des luxemburgischen Rechts an dem in der Einberufung angegebenen Ort oder am Sitz der Gesellschaft am 15. Januar um 14.00 Uhr zusammen.

Ist dieser Tag ein gesetzlicher Feiertag oder ein Tag, an welchem die Banken in Luxemburg nicht allgemein zum ordentlichen Geschäftsbetrieb geöffnet sind, so tritt die Generalversammlung am nächstfolgenden Bankarbeitstag zusammen.

Weitere Generalversammlungen können an den Orten und zu der Zeit, wie in der Einladung angegeben, abgehalten werden.

Die Aktionäre treten auf Einberufung des Verwaltungsrates aufgrund einer Mitteilung, welche die Tagesordnung enthält und wenigstens acht Tage vor der Versammlung an jeden Inhaber von Namensaktien an dessen im Aktionärsregister eingetragene Adresse versandt werden muß, zusammen; ein Nachweis über diese Mitteilungen an die Inhaber von Namensaktien muß auf der Versammlung nicht erbracht werden. Die Tagesordnung wird vom Verwaltungsrat vorbereitet, außer in den Fällen, in welchen die Versammlung auf schriftlichen Antrag der Aktionäre entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen einberufen wird, in welchem Falle der Verwaltungsrat eine zusätzliche Tagesordnung vorbereiten kann.

Falls Inhaberaktien ausgegeben wurden, werden die Einladungen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen im *Mémorial, Recueil Spécial des Sociétés et Associations*, in einer oder mehreren luxemburgischen Zeitung(en) sowie, entsprechend den Bestimmungen des Verwaltungsrates, in anderen Zeitungen veröffentlicht.

Wenn alle Aktien als Namensaktien ausgegeben wurden und Veröffentlichungen nicht erfolgten, können die Einladungen lediglich durch Einschreiben an die Adressen der Aktionäre erfolgen.

Falls alle Aktionäre anwesend oder vertreten sind und erklären, sich als ordnungsgemäß geladen zu betrachten und von der zur Beratung unterbreiteten Tagesordnung im Voraus Kenntnis gehabt zu haben, kann die Generalversammlung ohne Einladung stattfinden.

Der Verwaltungsrat kann sämtliche anderen Bedingungen aufstellen, die von den Aktionären zu erfüllen sind, um an einer Generalversammlung teilzunehmen.

Die auf einer Generalversammlung zu behandelnden Fragen sind auf die in der Tagesordnung (welche sämtliche gesetzlich erforderlichen Angaben enthält) aufgeführten und damit in Zusammenhang stehenden Punkten beschränkt.

Ein Aktionär kann sich auf jeder Generalversammlung durch einen Bevollmächtigten, der nicht Aktionär sein muß, aufgrund einer schriftlich erteilten Vollmacht vertreten lassen.

Vorbehaltlich anderweitiger Bestimmungen im Gesetz oder in dieser Satzung, können die Beschlüsse der Generalversammlung mit einfacher Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Aktionäre getroffen werden.

Art. 27. Generalversammlungen der Aktionäre eines Teilfonds. Aktionäre einer oder der an einem Teilfonds ausgegebenen Aktienkategorie(n) können zu jeder Zeit Generalversammlungen abhalten, die über Angelegenheiten entscheiden, die ausschließlich diesen Teilfonds betreffen und nicht gemäß Gesetz oder dieser Satzung der Generalversammlung oder dem Verwaltungsrat vorbehalten sind. Beschlüsse von getrennten Generalversammlungen der Aktionäre eines Teilfonds dürfen nicht in die Rechte von Aktionären anderer Teilfonds oder Kategorien oder in die Rechte und Kompetenzen der Hauptversammlung oder des Verwaltungsrates eingreifen.

Die Bestimmungen des Artikels 23 gelten für solche Generalversammlungen sinngemäß.

Jede Aktie verleiht das Recht auf eine Stimme entsprechend den Bestimmungen des luxemburgischen Rechts und dieser Satzung. Die Aktionäre können auf solchen Versammlungen persönlich anwesend sein oder sich aufgrund einer schriftlich erteilten Vollmacht durch einen Bevollmächtigten, der nicht Aktionär sein muß, vertreten lassen.

Vorbehaltlich anderweitiger Bestimmungen durch das Gesetz oder dieser Satzung werden die Beschlüsse auf einer Generalversammlung der Aktionäre eines Teilfonds mit einfacher Mehrheit der Stimmen der anwesenden oder vertretenen Aktionäre gefaßt.

Art. 28. Schließung und Verschmelzung von Teilfonds. Sofern der Wert der Vermögenswerte eines Teilfonds während 30 Tagen aus irgendeinem Grund unter 2,5 Millionen EURO oder dem entsprechenden Wert in EURO liegt oder sofern eine Veränderung der wirtschaftlichen oder politischen Situation eingetreten ist, die den jeweiligen Teilfonds betrifft und wesentliche ungünstige Auswirkungen auf die Anlagen dieses Teilfonds hat, kann der Verwaltungsrat beschließen, alle Aktien der betreffenden Kategorie(n) dieses Teilfonds zu ihrem Netto-Inventarwert an dem Bewertungstag, an welchem dieser Beschluß in Kraft tritt (unter Berücksichtigung der Kurse und tatsächlich angefallenen Kosten im Zusammenhang mit der Realisierung der Vermögenswerte zuzüglich der Kosten der Schließung des Teilfonds) zwangsweise zurückzukaufen oder mit einem anderen Teilfonds oder einem anderen luxemburgischen OGAW oder eines Teilfonds eines anderen luxemburgischen OGAW verschmelzen. Die Gesellschaft wird unter Wahrung einer Frist von 30 Tagen die Aktionäre der betroffenen Kategorie(n) vor dem Inkrafttreten des Zwangsrückkaufes informieren. Die entsprechende Mitteilung wird die Gründe und das Verfahren des Rückkaufes angeben. Inhaber von Namensaktien werden schriftlich unterrichtet. Die Gesellschaft wird die Inhaber von Inhaberaktien durch eine Veröffentlichung in den vom Verwaltungsrat bestimmten Zeitungen in Kenntnis setzen.

Vorbehaltlich einer anderweitigen Entscheidung im Interesse der Aktionäre oder im Interesse der Gewährleistung der Gleichbehandlung aller Aktionäre, können die Aktionäre des betroffenen Teilfonds vor dem Zeitpunkt der Wirksamkeit dieses Zwangsrückkaufes weiterhin die Rücknahme oder den Umtausch ihrer Aktien kostenfrei verlangen.

Unbeschadet der dem Verwaltungsrat vorstehend übertragenen Befugnisse kann die Generalversammlung der Aktionäre des oder der an einem Teilfonds ausgegebenen Aktienkategorien beschließen, alle an diesem Teilfonds ausgegebe-

nen Aktien dieser Kategorie(n) gegen Zahlung ihres Netto-Inventarwertes des Bewertungstages, an welchem dieser Beschluß in Kraft tritt (unter Berücksichtigung der Kurse und tatsächlich angefallenen Kosten im Zusammenhang mit der Realisierung der Vermögenswerte) zurückzunehmen. Für eine solche Versammlung ist kein Anwesenheitsquorum erforderlich und die Beschlüsse können mit einfacher Mehrheit der auf dieser Versammlung Anwesenden oder vertretenen Aktien getroffen werden.

Vermögenswerte, die anlässlich einer derartigen Rücknahme nicht an ihre Berechtigten ausgezahlt werden konnten, werden während sechs Monaten nach der Rücknahme bei der Depotbank hinterlegt; nach dieser Frist werden diese Vermögenswerte auf die Caisse de Consignations zugunsten der Berechtigten übertragen.

Alle derartig zurückgenommenen Aktien werden annulliert.

Unter den vorstehend im ersten Absatz dieses Artikels beschriebenen Umständen kann der Verwaltungsrat entscheiden, die Vermögenswerte eines Teilfonds in einen anderen Teilfonds der Gesellschaft oder in einen anderen Luxemburger Organismus für gemeinsame Anlagen, welcher gemäß Teil I des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 errichtet wurde, oder in einen Teilfonds eines solchen anderen Organismus für gemeinsame Anlagen («neuer Teilfonds») einzubringen und die Aktien der betreffenden Aktienkategorie(n) als Aktien einer oder mehrerer Aktienkategorie(n) (nach einer Aufteilung oder Konsolidierung, so erforderlich und unter Zahlung aller Beträge, welche Aktienbruchteilen entsprechen, an die Aktionäre) Neubewerten. Diese Entscheidung wird in derselben Weise wie im ersten Absatz dieses Artikels beschrieben einen Monat vor Inkrafttreten der Verschmelzung veröffentlicht (wobei die Veröffentlichung unter anderem die Charakteristika des neuen Teilfonds aufführt), um den Aktionären, die dies wünschen, die Rücknahme oder den Umtausch ohne weitere Kosten während dieser Frist zu ermöglichen.

Unbeschadet der dem Verwaltungsrat vorstehend übertragenen Befugnisse kann die Generalversammlung der Aktionäre des oder der an einem Teilfonds ausgegebenen Aktienkategorie(n) beschließen, mehrere Teilfonds der Gesellschaft zu verschmelzen. Für eine solche Versammlung ist kein Anwesenheitsquorum erforderlich und die Beschlüsse können mit einfacher Mehrheit der auf dieser Versammlung anwesenden oder vertretenen Aktien getroffen werden. Die Einbringung der einem Teilfonds zuzuordnenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in einen anderen Organismus für gemeinsame Anlagen gemäß Absatz 5 dieses Artikels oder in einen Teilfonds eines solchen Organismus für gemeinsame Anlagen muß durch einen Beschluß der Aktionäre der an dem betreffenden Teilfonds ausgegebenen Aktienkategorie(n) gebilligt werden, wobei auf der jeweiligen Versammlung wenigstens 50% der an diesem Teilfonds ausgegebenen und im Umlauf befindlichen Aktien anwesend oder vertreten sein müssen und die Billigung durch wenigstens zwei Drittel der anwesenden oder vertretenen Aktien ausgesprochen werden muß. Sofern eine solche Verschmelzung mit einem anderen Luxemburger Organismus für gemeinsame Anlagen des vertragsrechtlich organisierten Typs (fonds commun de placement) erfolgt, binden die auf der Versammlung getroffenen Entscheidungen lediglich die Aktionäre, welche für die Verschmelzung gestimmt haben.

Art. 29. Geschäftsjahr. Das Geschäftsjahr beginnt am 1. September und endet am 31. August des nächstfolgenden Kalenderjahres.

Art. 30. Ausschüttungen. Im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen entscheidet die Generalversammlung der Aktionäre der an einem Teilfonds ausgegebenen Aktien der entsprechenden Aktienkategorie(n) auf Vorschlag des Verwaltungsrates über die Ergebnisverwendung und kann eine Ausschüttung beschließen oder den Verwaltungsrat dazu ermächtigen, Ausschüttungen zu beschließen.

Im Hinblick auf jede ausschüttungsberechtigte Aktienkategorie kann der Verwaltungsrat unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen die Zahlung von Zwischendividenden beschließen. Die Zahlung aller Ausschüttungsbeträge erfolgt auf Namensaktien an die im Aktienregister angegebene Adresse und auf Inhaberaktien gegen Vorlage des Ertragscheines bei der oder den hierzu von der Gesellschaft bezeichneten Stelle(n).

Ausschüttungen können nach Wahl des Verwaltungsrates in jeder Währung sowie zu dem Zeitpunkt und an dem Ort wie sie vom Verwaltungsrat von Zeit zu Zeit bestimmt werden, ausbezahlt werden.

Der Verwaltungsrat kann, unter Berücksichtigung der von ihm aufgestellten Bedingungen und Modalitäten Natural- statt Barausschüttungen beschließen.

Jede erklärte Ausschüttung, welche vom Berechtigten nicht innerhalb von fünf Jahren nach Zuteilung eingefordert wurde, kann nicht mehr eingefordert werden und verfällt zugunsten des der bzw. den jeweiligen Aktienkategorie(n) entsprechenden Teilfonds.

Auf von der Gesellschaft erklärte und zugunsten des Berechtigten bereitgestellte Ausschüttungen werden keine Zinsen bezahlt.

Titel V. Schlußbestimmungen

Art. 31. Auflösung der Gesellschaft. Die Gesellschaft kann zu jeder Zeit durch eine Entscheidung der Generalversammlung, welche unter Beachtung der Anwesenheitsquoren und Mehrheiten, wie sie nachfolgend in Artikel 27-28 vorgesehen sind, aufgelöst werden. Die Auflösung der Gesellschaft muß vom Verwaltungsrat der Generalversammlung vorgeschlagen werden, sobald das Gesellschaftskapital unter zwei Drittel des Mindestkapitals gemäß Artikel 5 dieser Satzung gefallen ist. Die Versammlung entscheidet in diesem Falle ohne Anwesenheitsquorum und mit der einfachen Mehrheit der auf dieser Versammlung anwesenden oder vertretenen Aktien.

Die Auflösung der Gesellschaft muß vom Verwaltungsrat der Generalversammlung außerdem vorgeschlagen werden, sobald das Gesellschaftskapital unter ein Viertel des Mindestkapitals gemäß Artikel 5 dieser Satzung gefallen ist; in diesem Falle entscheidet die Versammlung ohne Anwesenheitsquorum und mit den Stimmen der Aktionäre, welche ein Viertel der auf der Versammlung anwesenden oder vertretenen Aktien vertreten. Die Einberufung zu diesen Generalversammlungen muß so erfolgen, daß die entsprechende Versammlung innerhalb von vierzig Tagen nach der Feststellung daß das Nettovermögen der Gesellschaft unter ein Drittel bzw. ein Viertel des Mindestkapitals gefallen ist, abgehalten werden kann.

Art. 32. Liquidation. Nach der Auflösung der Gesellschaft erfolgt deren Liquidation durch einen oder mehrere Liquidatoren, die natürliche oder juristische Personen sein können und von der Generalversammlung ernannt werden, welche auch über ihre Befugnisse und Entschädigung entscheidet.

Art. 33. Satzungsänderung. Die vorliegende Satzung kann durch eine Generalversammlung unter Beachtung der vom Gesetz vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften einschließlich nachfolgender Änderungen und Ergänzungen aufgestellten Anwesenheitsquoten und Mehrheitserfordernisse geändert werden. Alle Änderungen der Rechte von Aktionären einer Aktienkategorie oder eines Teilfonds im Verhältnis zu denjenigen einer anderen Aktienkategorie oder eines anderen Teilfonds können nur erfolgen, falls diese mit den im Gesetz von 1915 und der vorliegenden Satzung für Satzungsänderungen vorgesehenen Bedingungen auch in der betreffenden Aktienkategorie bzw. im betreffenden Teilfonds erfüllt sind.

Art. 34. Klarstellung. Bezeichnungen in männlicher Form schließen Bezeichnungen in weiblicher Form ein und die Bezeichnung «Person» umfaßt auch Gesellschaften, Vereinigungen oder sonstige Personengruppen unabhängig davon, ob diese als Gesellschaften oder Vereinigungen im Rechtssinne verfaßt sind oder nicht.

Art. 35. Anzuwendende Rechtsvorschriften. Für sämtliche in dieser Satzung nicht spezifisch geregelte Fragen sind die Bestimmungen des Gesetzes vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften und die Bestimmungen des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über Organismen für gemeinsame Anlagen einschließlich der nachfolgenden Änderungen und Ergänzungen dieser Gesetze einschlägig.

Übergangsbestimmungen

Das erste Geschäftsjahr beginnt am Tag der Gründung der Investmentgesellschaft und endet am 31. August 2007. Die Jahreshauptversammlung soll zum ersten Mal im Jahre 2008 abgehalten werden.

Zeichnung und Einzahlung

Das Anfangskapital der Investmentgesellschaft von EUR 31.000,- (einunddreißigtausend EURO) eingeteilt in 310 (dreihundertzehn) Aktien ohne Nennwert wurde wie folgt gezeichnet:

1) WERTPAPIERHANDELSHAUS DRIVER & BENGSCHE AG, vorbezeichnet, dreihundertneun Aktien	309	Aktien
2) Herr Roman Mertes, vorbezeichnet, eine Aktie	1	Aktie
Gesamt: dreihundertzehn Aktien	310	Aktien

Sämtliche Aktien wurden voll in bar eingezahlt, sodass der Betrag von EUR 31.000,- (einunddreißigtausend Euro) der Gesellschaft zur Verfügung steht, wie dies dem unterzeichneten Notar nachgewiesen wurde.

Erklärung

Der unterzeichnete Notar erklärt hiermit, dass er die in Artikel 26 des Gesetzes von 1915 für Wirtschaftsunternehmen, in der derzeit gültigen Fassung, genannten Bedingungen festgestellt hat und bestätigt ausdrücklich, dass diese erfüllt worden sind.

Kosten

Die Gründungskosten welche der Investmentgesellschaft in Rechnung gestellt werden belaufen sich auf ungefähr EUR 7.000,-.

Hauptversammlung der Anteilhaber

Die oben genannten Personen, die das gesamte gezeichnete Kapital repräsentieren und die sich selbst als ordnungsgemäß versammelt betrachten, haben unverzüglich eine Hauptversammlung der Anteilhaber abgehalten, die das folgende beschlossen hat:

1) Als Verwaltungsratsmitglieder der Investmentgesellschaft wurden gewählt:

Manfred Stürner, geboren am 3. Juli 1961 in Stuttgart, Adenauerallee 2, D-61440 Oberursel

Stefan Mayerhofer, geboren am 3. Februar 1965 in Arnstorf, München, Nymphenburgerstrasse 3c, D-80335 München

Thomas Amend, geboren am 2. März 1956 in Dinslaken, 1B, Parc d'Activité Syrdall, L-5365 Munsbach

Roman Mertes, geboren am 10. August 1960 in Völklingen, 1B, Parc d'Activité Syrdall, L-5365 Munsbach

Ihr Mandat endet mit der Jahreshauptversammlung im Jahr 2012.

2) Zum Wirtschaftsprüfer der Investmentgesellschaft wurde bestellt:

KPMG AUDIT, S.à r.l., mit Sitz in L-2520 Luxemburg, 31, allée Scheffer, R.C.S. Luxembourg B 103.590.

Sein Mandat endet mit der Jahreshauptversammlung im Jahr 2008.

3) Sitz der Investmentgesellschaft ist: L-5365 Munsbach, 1B, Parc d'Activité Syrdall.

Worüber Urkunde, aufgenommen in Munsbach, am Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an die Erschienenen, haben dieselben mit dem Notar gegenwärtige Urkunde unterschrieben.

Gezeichnet: R. Mertes und H. Hellinckx.

Enregistré à Mersch, le 11 décembre 2006, vol. 440, fol. 18, case 7. – Reçu 1.250 euros.

Le Receveur (signé): A. Muller.

Für gleichlautende Kopie, zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, erteilt.

Mersch, den 12. Dezember 2006.

H. Hellinckx.

(135724.3/242/901) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 13 décembre 2006.

116080

I.F. INTERNATIONAL FRANCHISING HOLDING S.A., Société Anonyme (en liquidation).

Siège social: L-1528 Luxembourg, 5, boulevard de la Foire.
R. C. Luxembourg B 28.621.

—
DISSOLUTION

Extrait

Suite à une assemblée générale extraordinaire enregistrée à Luxembourg, actes civils le 18 décembre 2006, volume 156S, folio 68, case 6 et reçue par-devant Maître Jacques Delvaux, notaire de résidence à Luxembourg en date du 15 décembre 2006, acte n° 702, il a été prononcé la clôture de la liquidation de la société I.F. INTERNATIONAL FRANCHISING HOLDING S.A., qui cessera d'exister.

L'assemblée a décidé que les livres et documents de la société resteront déposés pendant 5 années auprès de l'ancien siège de la société à Luxembourg.

Délivrée à la demande de la société prénommée, aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 22 décembre 2006.

J. Delvaux.

(141429.3/208/17) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 décembre 2006.

I.F. INTERNATIONAL FRANCHISING HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1528 Luxembourg, 5, boulevard de la Foire.
R. C. Luxembourg B 28.621.

L'an deux mille six, le six décembre.

Par-devant Maître Jacques Delvaux, notaire de résidence à Luxembourg.

S'est réunie l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la société dénommée I.F. INTERNATIONAL FRANCHISING HOLDING S.A. ayant son siège social à Luxembourg, 5, boulevard de la Foire, inscrite au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, Section B, n° 28.621, constituée aux termes d'un acte reçu en date du 27 juillet 1988 par le notaire Marc Elter, publié au Mémorial C numéro 290 du 31 octobre 1988. Les statuts de la société ont été modifiés à plusieurs reprises et pour la dernière fois suivant résolutions prises par le conseil d'administration en date du 4 juin 2002.

L'assemblée est présidée par Mme Vania Baravini, employée, demeurant à Luxembourg.

Le président désigne comme secrétaire Mme Alexia Uhl, employée, demeurant à Luxembourg.

L'assemblée appelle aux fonctions de scrutateur Mme Carine Grundheber, employée, demeurant à Luxembourg.

Le bureau ainsi constitué, dresse la liste de présence, laquelle, après avoir été signée ne varietur par les actionnaires présents et les mandataires des actionnaires représentés ainsi que par les membres du bureau et le notaire instrumentant, restera annexée au présent procès-verbal, ensemble avec les procurations, pour être soumise à la formalité du timbre et de l'enregistrement.

Le président déclare et demande au notaire d'acter ce qui suit:

I. Que le capital social de la société prédésignée s'élève actuellement à EUR 445.216,77 (quatre cent quarante-cinq mille deux cent seize euros et soixante-dix-sept cents) représenté par 17.960 (dix-sept mille neuf cent soixante) actions sans désignation de valeur nominale.

II.- Que les 17.960 (dix-sept mille neuf cent soixante) actions représentatives de l'intégralité du capital social sont dûment présentes ou représentées à la présente assemblée qui en conséquence est régulièrement constituée et peut délibérer et décider valablement sur les différents points portés à l'ordre du jour, sans convocation préalable.

III. Que la présente assemblée a pour ordre du jour les points suivants:

1. Décision sur la mise en liquidation éventuelle de la société.

2. Le cas échéant, nomination de BDO COMPAGNIE FIDUCIAIRE, comme liquidateur et détermination de ses pouvoirs.

Après délibération, l'assemblée a pris à l'unanimité des voix les résolutions suivantes:

Première résolution

L'assemblée décide la dissolution anticipée de la société et sa mise en liquidation volontaire avec effet à partir de ce jour.

Deuxième résolution

L'assemblée décide de nommer liquidateur, la société BDO COMPAGNIE FIDUCIAIRE, société anonyme ayant son siège social au 5, boulevard de la Foire, L-1528 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg B N° 71.178.

Le liquidateur prénommé a la mission de réaliser tout l'actif de la société et apurer le passif.

Dans l'exercice de sa mission, le liquidateur est dispensé de dresser un inventaire et il peut se référer aux écritures de la société. Le liquidateur pourra sous sa seule responsabilité, pour des opérations spéciales et déterminées, déléguer tout ou partie de ses pouvoirs à un ou plusieurs mandataires. Le liquidateur pourra engager la société en liquidation sous sa seule signature et sans limitation.

Il dispose de tous les pouvoirs tels que prévus à l'article 144 de la loi sur les sociétés commerciales, ainsi que de tous les pouvoirs stipulés à l'article 145 de ladite loi, sans avoir besoin d'être préalablement autorisé par l'assemblée générale des associés.

Clôture de l'assemblée

Toutes les résolutions qui précèdent ont été prises chacune séparément et à l'unanimité des voix. L'ordre du jour étant épuisé, Monsieur le Président prononce la clôture de l'assemblée.

Frais

Le montant des frais, dépenses, rémunérations et charges sous quelque forme que ce soit, incombant à la société ou mis à sa charge en raison des présentes, est évalué à EUR 900,-.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg.

Et après lecture et interprétation données de tout ce qui précède à l'assemblée et aux membres du bureau, tous connus du notaire instrumentant par leurs nom, prénom, état et demeure, ces derniers ont signé avec le notaire instrumentant le présent acte, aucun autre actionnaire n'ayant demandé de signer.

Signé: V. Baravini, J. Seil, J. Delvaux.

Enregistré à Luxembourg, le 8 décembre 2006, vol. 30CS, fol. 76, case 1. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): Muller.

Pour copie conforme, délivrée sur papier libre, à la demande de la société prénommée, aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 17 décembre 2006.

J. Delvaux.

(141378.3/208/63) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 décembre 2006.

aeris PRIVATE INVESTMENTS S.A., SICAR, Société d'Investissement en Capital à Risque.

Registered office: L-1720 Luxembourg, 2, rue Heinrich Heine.

R. C. Luxembourg B 122.562.

—
STATUTES

In the year two thousand and six, on the fourth day of December,

Before the undersigned Maître Henri Hellinckx, notary, residing in Mersch, Grand Duchy of Luxembourg,

There appeared:

1) aeris CAPITAL HOLDING AG, a limited company under the laws of Switzerland and with registered office at Seedammstrasse 3, CH-8808 Pfäffikon SZ,

here represented by Francis Kass, lawyer, residing in Luxembourg, by virtue of a proxy, given in Pfäffikon (Switzerland), on 28 November 2006.

2) SAVOLAIRE HOLDING, GmbH, a limited company under the laws of Switzerland and with registered office at Seedammstrasse 3, CH-8808 Pfäffikon SZ,

here represented by Francis Kass, lawyer, residing in Luxembourg, by virtue of a proxy, given in Pfäffikon (Switzerland), on 28 November 2006.

3) Uwe Feuersenger, managing director of aeris CAPITAL AG, residing professionally at Seedammstrasse 3, CH-8808 Pfäffikon SZ,

here represented by Francis Kass, lawyer, residing in Luxembourg, by virtue of a proxy, given in Pfäffikon (Switzerland), on 28 November 2006.

4) David Hartford, managing director of aeris CAPITAL AG, residing professionally at Seedammstrasse 3, CH-8808 Pfäffikon SZ,

here represented by Francis Kass, lawyer, residing in Luxembourg, by virtue of a proxy, given in Pfäffikon (Switzerland), on 28 November 2006.

The said proxies, initialled *ne varietur* by the appearing parties and the notary, will remain annexed to the present deed to be filed at the same time with the registration authorities.

Such appearing parties, acting in their hereabove stated capacities, have required the officiating notary to enact the deed of incorporation of a société anonyme (S.A.) with variable capital qualifying as a société d'investissement en capital à risque (SICAR) which they declare organized among themselves and the articles of incorporation of which shall be as follows:

Except otherwise implied by the context, the capitalized terms used in these Articles shall have the same meaning as in the Memorandum.

Art. 1. Name. There is hereby established among the subscribers and all those who may become owners of the shares of the Company hereafter issued (the «Shares»), a company in the form of a société anonyme (S.A.) with variable capital qualifying as a société d'investissement en capital à risque (SICAR) under the name of aeris PRIVATE INVESTMENTS S.A., SICAR (the «Company»).

The Company shall be governed by the law of 15 June 2004 concerning the société d'investissement en capital à risque.

Art. 2. Registered Office. The registered office of the Company is established in Luxembourg-City, Grand Duchy of Luxembourg. Branches, subsidiaries or other offices may be established either in the Grand Duchy of Luxembourg or abroad by a decision of the board of directors of the Company (the «Board of Directors»). Within the same borough, the registered office may be transferred through simple resolution of the Board of Directors.

In the event that the Board of Directors determines that extraordinary political, economic or social events have occurred or are imminent which would interfere with the normal activities of the Company at its registered office or

with the ease of communication between such office and persons abroad, the registered office may be temporarily transferred abroad until the complete cessation of these abnormal circumstances; such provisional measures shall have no effect on the nationality of the Company, which, notwithstanding such temporary transfer, shall remain a Luxembourg corporation.

Art. 3. Duration. The Company is incorporated for a limited period which will end 12 years after the final closing as set forth in the Memorandum and which may be extended for three (3) additional periods of one (1) year by decision of the general meeting of shareholders, subject to the quorum and majority requirements for the amendment of these articles of incorporation.

Art. 4. Purpose. The purpose of the Company is the investment of the funds available to it in risk capital within the widest meaning of Article 1 of the law of 15 June 2004 concerning the société d'investissement en capital à risque.

The Company may also invest the funds available to it in any other assets permitted by the law of 15 June 2004 concerning the société d'investissement en capital à risque and consistent with its purpose.

Furthermore, the Company may take any measures and carry out any transaction which it may deem useful for the fulfilment and development of its purpose to the fullest extent permitted under the law of 15 June 2004 concerning the société d'investissement en capital à risque.

Art. 5. Determination of the investment objectives and policies. The Board of Directors shall determine the investment objectives and policies of the Company as well as the course of conduct of the management and the business affairs of the Company in relation thereto, as set forth in the Memorandum, in compliance with applicable laws and regulations.

Art. 6. Share Capital

(a) The capital of the Company shall be represented by Shares of no par value and shall at any time be equal to the total net assets of the Company pursuant to Article 11 hereof. The minimum capital of the Company, which must be achieved within twelve (12) months after the date on which the Company has been authorized as a société d'investissement en capital à risque (SICAR) under Luxembourg law, is one million Euro (EUR 1,000,000.-).

(b) The Company has been incorporated with a subscribed share capital of EUR forty thousand (EUR 40,000.-) divided into forty (40) Shares of no par value. Upon incorporation, the Shares were fully paid-up.

(c) The Board of Directors is authorized to issue, in accordance with Article 9 hereof and the provisions of the Memorandum, an unlimited number of Shares without reserving to the existing Shareholders a preferential right to subscribe for the Shares to be issued.

Art. 7. Shares

(a) Shares are reserved to the Investment Advisor of the Company and its Connected Persons provided that they are Eligible Investors within the meaning of article 2 of the law of 15 June 2004 concerning the société d'investissement en capital à risque.

(b) All Shares shall be issued in registered form.

The inscription of the Shareholder's name in the register of registered Shares evidences his right of ownership of such registered Shares. Share certificates in registered form may be issued at the discretion of the Board of Directors.

All issued Shares of the Company shall be registered in the register of shareholders (the «Register»), which shall be kept by the Company or by a person designated therefore by the Company, under its sole responsibility and the Register shall contain the name of each Shareholder, his residence, registered office or elected domicile, the number of Shares held by him, the amount paid in on each such Share and banking references. Until notices to the contrary shall have been received by the Company, it may treat the information contained in the Register as accurate and up to date and may in particular use the inscribed addresses for the sending of notices and announcements and the inscribed banking references for the making of any payments.

(c) Transfers of Shares shall be effected by inscription of the transfer to be made in the Register upon delivery to the Company of the transfer form along with other instruments of transfer satisfactory to the Company and if Share certificates have been issued, the relevant Share certificates.

(d) Fractional Shares may be issued up to three decimal places and shall carry rights in proportion to the fraction of a Share they represent but shall carry no voting rights, except to the extent their number is so that they represent a whole Share, in such a case they confer a voting right.

(e) Each Share grants the right to one vote at every meeting of Shareholders.

(f) The Company recognizes only one single owner per Share. If one or more Shares are jointly owned or if the ownership of such Share(s) is disputed, all persons claiming a right to such Share(s) have to appoint one single attorney to represent such Share(s) towards the Company. The failure to appoint such attorney implies a suspension of all rights attached to such Share(s).

Art. 8. Beneficiary Units. The Company has authorized the issue of Beneficiary Units which do not represent any part of the share capital of the Company.

Beneficiary Units may be subscribed by any Eligible Investor within the meaning of article 2 of the law of 15 June 2004 concerning the société d'investissement en capital à risque.

Beneficiary Units carry no voting rights. However, Beneficiary Units entitle their holders to participate in any distributions and/or capital reimbursements to the same extent as the Shareholders. The rights and obligations attached to Beneficiary Units cannot be altered or modified without the prior consent of the Unitholders.

A register of Beneficiary Units will be kept at the registered office of the Company, where it will be available for inspection by the Unitholders. The Unitholders may request the Company to issue and deliver certificates setting out

their holding of Beneficiary Units which shall be signed by two Directors. Ownership of Beneficiary Units will be established by registration in the said register.

Beneficiary Units are only transferable in accordance with Article 9 below. Such transfers shall be effected by a written declaration of transfer to be inscribed in the register of Unitholders, dated and signed by the transferor and transferee, or by persons holding suitable powers of attorney to act therefore. Any transfer of Beneficiary Units shall be entered into the register of Unitholders; such inscription shall be signed by one or more Directors or by one or more other persons duly authorized for that purpose.

The Company will recognize only one holder per Beneficiary Unit; in case a Beneficiary Unit is held by more than one person, the persons claiming ownership of the Beneficiary Unit will have to appoint one sole proxy to represent such Beneficiary Unit in relation to the Company. The Company has the right to suspend the exercise of all rights attached to that Beneficiary Unit until one person has been designated as the sole owner towards the Company.

Art. 9. Transfer of Securities. Any transfer or assignment of Securities is subject to the prior written approval of the Board of Directors and only to Eligible Investors within the meaning of article 2 of the law of 15 June 2004 concerning the société d'investissement en capital à risque. In addition, any transfer of Securities is subject to the purchaser or assignee thereof fully and completely assuming in writing prior to the transfer or assignment, all outstanding obligations of the seller under the subscription agreement entered into by the seller.

In addition, any Beneficiary Unit proposed to be transferred shall first be offered to the existing Shareholders or Unitholders and if they don't take up these Beneficiary Units they may be offered then to a third party, again subject to the prior written approval of the Board of Directors and only to Eligible Investors.

Art. 10. Issue of Securities. Existing Shareholders or Unitholders and prospective investors shall be proposed to subscribe to Shares or Beneficiary Units on one or more dates or periods as determined by the Board of Directors (each a «Closing») and which shall be indicated and more fully described in the Memorandum.

Payments for subscriptions to Shares or Beneficiary Units shall be made in whole or in part on a Closing or on any other date as determined by the Board of Directors and as indicated and more fully described in the Memorandum. The modes of payment in relation to such subscriptions shall be determined by the Board of Directors and precised and more fully described in the Memorandum.

The Board of Directors may determine any other subscription conditions such as minimum subscription on Closings, default interests or restrictions on ownership. Such other conditions shall be disclosed and more fully described in the Memorandum.

If the Board of Directors decides to issue new Shares or Beneficiary Units, no preferential right to subscribe for new Shares or Beneficiary Units to be issued is reserved to existing or specified Shareholders or Unitholders.

The Board of Directors may delegate to any Director, manager, officer or other duly authorised agent the power to accept subscriptions, to receive payment of the price of the new Shares or Beneficiary Units to be issued and to deliver them.

The Company may agree to issue Shares or Beneficiary Units as consideration for a contribution in kind of securities or other assets, in compliance with the conditions set forth by Luxembourg law, in particular the obligation to deliver a special report from the auditor of the Company and provided that such securities or other assets comply with the investment objectives and strategy of the Company. All fees and costs linked to such contribution in kind shall be exclusively assumed by such contributor in kind.

Art. 11. Redemption of Securities. The Company is a closed-ended company and thus unilateral redemption requests by the Shareholders or Unitholders may be refused by the Company.

Shares or Beneficiary Units may be redeemed upon proposition of the Board of Directors, on a pro rata basis from all existing Shareholders or Unitholders according to the terms and conditions provided for in the Memorandum.

In addition thereto, the Securities may be redeemed compulsorily if a Shareholder or Unitholder ceases to be or is found not to be an Eligible Investor within the meaning of the law of 15 June 2004 concerning the société d'investissement en capital à risque. Such compulsory redemption shall be made under the conditions set forth in the Memorandum.

The Company shall have the right to satisfy payment of the redemption price to any Shareholder or Unitholder who agrees in specie by allocating to the Shareholder or Unitholder investments from the portfolio of assets of the Company equal to the value of the Securities to be redeemed. The nature and type of assets to be transferred in such case shall be determined on a fair and reasonable basis and without prejudicing the interests of the other Shareholders or Unitholders of the Company and the valuation used shall be confirmed by a special report of the auditor of the Company. The costs of any such transfers shall be borne by the transferee.

Art. 12. Determination of the Net Asset Value. The net asset value per Security (the «Net Asset Value»), will be determined by the administrative agent, based on the valuation of the Company's investments provided by the Company itself or by third parties appointed by the Company and under the responsibility of the Board of Directors in the Company's reference currency (as determined in the Memorandum) on each Valuation Day as further defined in the Memorandum.

In determining the Net Asset Value per Security, income and expenditure are treated as accruing daily.

The Valuation of the Company's assets and liabilities shall be determined in accordance with generally accepted valuation principles in compliance with article 5(3) of the law dated 15 June 2004 concerning the société d'investissement en capital à risque:

(1) the value of any cash in hand or on deposit, bills and demand notes and accounts receivable, prepaid expenses, cash dividends and interest declared or accrued and not yet received shall be deemed to be the full amount thereof, unless it is unlikely to be received in which case the value thereof shall be arrived at after making such discount as the Board of Directors may consider appropriate in such case to reflect the true value thereof;

(2) any transferable security and any money market instrument negotiated or listed on a stock exchange or any other organized market will be valued on the basis of the last known price, unless this price is not representative, in which case the value of such asset will be determined on the basis of its foreseeable realisation value estimated by the Board of Directors in good faith;

(3) investments in private securities other than the securities mentioned above will be valued according to the following principles:

The Board of Directors will take into account the guidelines and principles for valuation of portfolio companies published from time to time by the European Venture Capital Association (EVCA), with particular consideration of the following factors:

- Investments in companies acquired in the 12 month period prior to the Valuation Date will be valued at cost unless the Board of Directors considers that there has been a material deterioration in the financial position of a Portfolio Company.

- Where a significant transaction which establishes an arm's length price has been effected, this transaction will form the basis of valuation.

(4) Otherwise, unquoted companies will normally be valued by reference to their profits and relevant financial multiples (price/earnings, price/cash flows, enterprise value/earnings before interest and tax) applicable to comparable quoted companies less a suitable discount to reflect the lack of marketability of the shares. Profits for the purpose of the valuations will be those disclosed in the latest audited accounts taking into consideration subsequent management accounts. In the event that the Board of Directors is unable to find appropriate comparable companies, the following methods of valuation will be used:

- by reference to relevant and applicable sub-sector average multiples;

- the Board of Directors may apply the actual entry multiples paid for the investment to the investment's last trading figures;

- Consideration, if applicable, will also be given to other factors including the asset backing, current year budgeted profits and any other short-term prospects of the sale of shares of the Portfolio Company.

(5) The value of private equity fund investments shall be determined based primarily on the most recent monthly, quarterly or annual reports provided by such entities.

(6) In the absence of unusual circumstances, valuations of unquoted companies will be reviewed on each Valuation Date;

- the value of any other assets of the Company will be determined on the basis of the acquisition price thereof including all costs, fees and expenses connected with such acquisition or, if such acquisition price is not representative, on the reasonably foreseeable sales price thereof determined prudently and in good faith.

Art. 13. Suspension of the Determination of the Net Asset Value. The Board of Directors may suspend the determination of the Net Asset Value:

- a) during the existence of any state of affairs which constitutes an emergency in the opinion of the Board of Directors as a result of which disposals or valuation of assets owned by the Company would be impracticable;

- b) during any breakdown in the means of communication normally employed in determining the price or value of any of the investments of the Company or the current price or value on any stock exchange or other market price in respect of the assets attributable to the Company;

- c) if restrictions on foreign exchange or with regard to capital transactions prevent the settlement of transactions on behalf of the Company;

- d) when for any other reason the prices of any investments cannot promptly or accurately be ascertained.

Any request for subscription shall be irrevocable except in the event of a suspension of the determination of the Net Asset Value per Security.

Art. 14. Directors. The Company shall be managed by a Board of Directors composed of not less than three members, who need not to be Shareholders of the Company.

They shall be elected for a term not exceeding six years. The Directors shall be elected by the Shareholders at a general meeting of Shareholders; the latter shall further determine the number of Directors, their remuneration and the term of their office.

Any Director may be removed with or without cause or be replaced at any time by resolution adopted by the general meeting.

In the event of a vacancy in the office of Director, the remaining Directors may temporarily fill such vacancy; the Shareholders shall take a final decision regarding such nomination at their next general meeting.

Art. 15. Board Meetings. The Board of Directors shall choose from among its members a chairman. It may choose a secretary, who need not be a Director, who shall write and keep the minutes of the meetings of the Board of Directors and of the Shareholders. The Board of Directors shall meet upon call by the chairman or any two Directors, at the place indicated in the notice of meeting.

The chairman shall preside at the meetings of the Directors and of the Shareholders. In his absence, the Shareholders or the board members shall decide by a majority vote that another Director, or in case of a Shareholders' meeting, that any other person shall be in the chair of such meetings.

The Board of Directors may appoint any officers, including a general manager and any assistant general managers as well as any other officers that the Company deems necessary for the operation and management of the Company. Such appointments may be cancelled at any time by the Board of Directors. The officers need not be Directors or Shareholders of the Company. Unless otherwise stipulated by the present articles of incorporation, the officers shall have the rights and duties conferred upon them by the Board of Directors.

Written notice of any meeting of the Board of Directors shall be given to all Directors at least twenty-four hours prior to the date set for such meeting, except in circumstances of emergency, in which case the nature of such circumstances shall be set forth in the notice of meeting. This notice may be waived by consent in writing, by telegram, telex, telefax, electronic mails or any other similar means of communication. Separate notice shall not be required for meetings held at times and places fixed in a resolution adopted by the Board of Directors.

Any Director may act at any meeting by appointing in writing, by telegram, telex or telefax, electronic mails or any other similar means of communication another Director as his proxy. A Director may represent several of his colleagues.

Any Director may participate in a meeting of the Board of Directors by conference call or similar means of communications equipment whereby all persons participating in the meeting can hear each other, and participating in a meeting by such means shall constitute presence in person at such meeting.

The Directors may only act at duly convened meetings of the Board of Directors. The Directors may not bind the Company by their individual signatures, except if specifically authorized thereto by resolution of the Board of Directors.

The Board of Directors can deliberate or act validly only if at least the majority of the Directors, or any other number of Directors that the Board of Directors may determine, are present or represented.

Resolutions of the Board of Directors will be recorded in minutes signed by the chairman of the meeting or by any two Directors. Copies of extracts of such minutes to be produced in judicial proceedings or elsewhere will be validly signed by the chairman of the meeting or any two Directors.

Resolutions are taken by a majority vote of the Directors present or represented at such meeting. In the event that at any meeting the numbers of votes for or against a resolution are equal, the chairman of the meeting shall have a casting vote.

Resolutions in writing approved and signed by all Directors shall have the same effect as resolutions voted at the Directors' meetings; each Director shall approve such resolution in writing, by telegram, telex, telefax, electronic mails or any other similar means of communication.

Art. 16. Powers of the Board of Directors. The Board of Directors is vested with the broadest powers to perform all acts of administration and disposition within the purpose of the Company.

All powers not expressly reserved by law or by the present articles of incorporation to the general meeting of Shareholders are in the competence of the Board of Directors.

Art. 17. Signatory Authority. Vis-à-vis third parties, the Company are validly bound by the joint signatures of any two Directors or by the joint or single signature(s) of any other person(s) to whom authority has been delegated by the Board of Directors.

Art. 18. Investment Advisor. The Company shall enter into an advisory services agreement (the «Investment Advisory Agreement») with an investment advisor, which shall notably supply the Company with recommendations and advice with respect to the Company's investment objective and strategy as described in the Memorandum.

Art. 19. Conflict of Interests. No contract or other transaction between the Company and any other company or firm shall be affected or invalidated by the fact that any one or more of the Directors or officers of the Company is interested in, or is a director, associate, officer or employee of, such other company or firm.

Any Director or officer of the Company who serves as a director, officer or employee of any company or firm with which the Company shall contract or otherwise engage in business shall not, by reason of such affiliation with such other company or firm, be prevented from considering and voting or acting upon any matters with respect to such contract or other business.

In the event that any Director or officer of the Company may have in any transaction of the Company an interest opposite to the interests of the Company, such Director or officer shall make known to the Board of Directors such opposite interest and shall not consider or vote on any such transaction, and such transaction and such Director's or officer's interest therein shall be reported to the next succeeding general meeting of Shareholders.

The term «opposite interest», as used in the preceding sentence, shall not include any relationship with or without interest in any matter, position or transaction involving any person, company or entity as may from time to time be determined by the Board of Directors in its discretion.

Art. 20. Indemnification of Directors. The Company shall indemnify any Director or officer and his heirs, executors and administrators, against expenses reasonably incurred by him in connection with any action, suit or proceeding to which he may be made a party by reason of his being or having been a Director or officer of the Company or, at its request, of any other company of which the Company is a Shareholder or a creditor and from which he is not entitled to be indemnified, except in relation to matters as to which he shall be finally adjudged in such action, suit or proceeding to be liable for gross negligence or misconduct; in the event of a settlement, indemnification shall be provided only in connection with such matters covered by the settlement as to which the Company is advised by counsel that the person to be indemnified did not commit such a breach of duty. The foregoing right of indemnification shall not exclude other rights to which he may be entitled.

Art. 21. Depositary. The Company will enter into a depositary agreement with a Luxembourg bank (the «Depositary») which meets the requirements of the law of 15 June 2004 concerning the société d'investissement en capital à risque.

In compliance with usual bank practices, the Depositary may under its responsibility and in good faith, entrust part or all of the assets that are placed under its custody to other banking institutions or financial intermediaries.

The Company's securities, cash and other permitted assets will be held in custody by or in the name of the depositary, which will fulfil the obligations and duties provided for by the law of 15 June 2004 concerning the société d'investissement en capital à risque.

If the Depositary desires to withdraw, the Company shall use its best efforts to find a successor Depositary within two months of the effectiveness of such withdrawal. Until the Depositary is replaced, which must happen within such period of two months, the Depositary shall take all necessary steps for the good preservation of the interests of the Shareholders and Unitholders of the Company.

The Company may terminate the appointment of the Depositary but shall not remove the Depositary unless and until a successor depositary shall have been appointed to act in the place thereof.

The duties of the Depositary shall respectively cease:

a) in the case of voluntary withdrawal of the Depositary or of its removal by the Company; until it is replaced, which must happen within two months, the Depositary shall take all necessary steps for the good preservation of the interests of the Shareholders and Unitholders of the Company;

b) where the Depositary or the Company have been declared bankrupt, have entered into a composition with creditors, have obtained a suspension of payment, have been put under court controlled management or have been the subject of a similar proceedings or have been put into liquidation;

c) where the Luxembourg Supervisory Authority withdraws its authorization of the Company or the Depositary.

Art. 22. Administrative Agent. The Company will appoint an administrative agent (the «Administrative Agent») responsible for all administrative duties required by Luxembourg law, and in particular for the book-keeping and calculation of the Net Asset Value of the Securities which will be based on the valuation of the Company's investments provided by the Company itself or by third parties appointed by the Company. In addition, the Administrative Agent is responsible for all and any secretarial and administrative tasks, for handling the processing of subscription for - and redemption of - Securities, and accepting transfers of funds, for the safe keeping of the register of Shareholders and Unitholders and the corporate documents of the Company, providing the administrative support for the meetings of the Board of Directors, providing and supervising the mailing of statements, reports, notices and other documents to the Shareholders and the Unitholders. The administrative Agent will further be responsible for controlling that Shareholders and Unitholders are Eligible Investors within the meaning of article 2 of the law dated 15 June 2004 concerning the société d'investissement en capital à risque.

Art. 23. General Meeting of Shareholders. The general meeting of Shareholders shall represent all the Shareholders of the Company. Its resolutions shall be binding upon all the Shareholders of the Company. It shall have the broadest powers to order, carry out or ratify acts relating to the operations of the Company.

General meetings of Shareholders shall be convened by the Board of Directors.

It may also be called upon the request of Shareholders representing at least one fifth of the share capital.

The annual general meeting of the Shareholders of the Company will be held each year on the third Wednesday of the month of June at 11.00 a.m. (Luxembourg time). in Luxembourg, either at the registered office of the Company or at a place specified in the notice of meeting. If such day is not a Business Day, the annual general meeting shall be held on the next following Business Day.

Other meetings of Shareholders may be held at such places and times as may be specified in the respective notices of meeting.

General meetings of Shareholders shall be convened pursuant to a notice setting forth the agenda and sent by registered letter at least eight (8) days prior to the meeting to each Shareholder at the Shareholder's address recorded in the register of registered shares. The giving of such notice to registered Shareholders need not be justified to the meeting. The agenda shall be prepared by the Board of Directors except in the instance where the meeting is called on the written demand of the Shareholders in which instance the Board of Directors may prepare a supplementary agenda.

If all Shareholders are present or represented and consider themselves as being duly convened and informed of the agenda, general meetings may take place without notice of meeting.

The Board of Directors may determine all other conditions that must be fulfilled by Shareholders in order to attend any meeting of Shareholders.

The business transacted at any meeting of the Shareholders shall be limited to the matters contained in the agenda (which shall include all matters required by law) and business incidental to such matters.

Each share is entitled to one vote, in compliance with Luxembourg law and the present articles of incorporation.

A Shareholder may act at any general meeting by giving a written proxy to another person, who need not be a Shareholder and who may be a Director of the Company.

Unless otherwise provided by law or herein, resolutions of the general meeting are passed by a simple majority vote of the Shareholders present or represented.

Any resolution of a meeting of Shareholders to the effect of amending the present articles of incorporation must be passed with (i) a presence quorum of fifty (50) percent of the Share capital and if such a quorum is not obtained at a first meeting there shall be no quorum requirement at the adjourned meeting and (ii) the approval of a majority of at least two-thirds (2/3) of the Shareholders present or represented at any meeting.

Art. 24. Fiscal Year. The Company's fiscal year commences on 1 January and ends on 31 December.

Art. 25. Annual Report. The Company shall publish one annual report within a period of six (6) months as of the end of the fiscal year concerned.

Art. 26. Distributions. The rights to distributions, including interim distributions and distributions in kind, are determined by the Board of Directors and further described in the Memorandum.

Art. 27. Applicable Law. All matters not governed by these Articles shall be determined in accordance with the law of 10 August 1915 on commercial companies and the law of 15 June 2004 concerning the société d'investissement en capital à risque as such laws have been or may be amended from time to time.

Art. 28. Definitions

- «Articles» - The articles of incorporation of the Company.
 «Beneficiary Units» - Beneficiary Units issued by the Company and which may be subscribed by any Eligible Investor.
 «Board of Directors» - The Board of Directors of the Company.
 «Business Day» - A day on which banks are generally open for business in Luxembourg.
 «Company» - aeris PRIVATE INVESTMENTS S.A., SICAR is organized as a société anonyme and registered as a société d'investissement en capital à risque in Luxembourg.
 «Connected Persons» - Employees, representatives and other persons approved as holders of Shares by the Investment Advisor. Connected persons must be qualified as Eligible Investors.
 «Directors» - The members of the Board of Directors of the Company.
 «Eligible Investors» - Institutional Investors, Professional Investors or Well-informed Investors within the meaning of article 2 of the Law of 15 June 2004 concerning the société d'investissement en capital à risque.
 «Institutional Investors» - Investors who qualify as institutional investors according to the Luxembourg laws and regulations.
 «Investment Advisor» - The Investment Advisor of the Company, aeris CAPITAL AG.
 «Memorandum» - The placement memorandum of the Company as amended from time to time.
 «Net Asset Value» - The net asset value per Security as determined pursuant to the section «Net Asset Value».
 «Portfolio Company» - Any company in which the Company has made an investment.
 «Professional Investors» - Investors who qualify as professional investors under Annex II of Directive 2004/39 on investment services and regulated markets as amended.
 «Reference Currency» - The currency of calculation of the Net Asset Value as determined under the section «Net Asset Value».
 «Securities» - Securities issued by the Company including Shares and Beneficiary Units.
 «Shareholder» - Any registered holder of Shares.
 «Shares» - Shares issued by the Company and which are reserved to the Investment Advisor and its Connected Persons.
 «Unitholders» - Any registered holder of Beneficiary Units from time to time.
 «Well-informed Investors» - Investors who (i) adhere in writing to the status of well-informed investors and (ii) either invest a minimum of EUR 125,000.- in the Company or benefit from a certificate delivered by a credit institution, another professional of the financial sector subject to rules of conduct within the meaning of Article 11 of Directive 93/22/EEC, or a management company within the meaning of Directive 2001/107/CE stating that they are experienced enough to appreciate in an adequate manner an investment in risk capital.

Subscription and payment

The capital has been subscribed as follows:

Name of Subscriber	Number of subscribed shares
1.- aeris CAPITAL HOLDING AG, pre-qualified	10 Shares
2.- SAVOLAIRE HOLDING, GmbH, pre-qualified	18 Shares
3.- Uwe Feuersenger, pre-qualified	6 Shares
4.- David Hartford, pre-qualified	6 Shares

Upon incorporation, the Shares were fully paid-up, as it has been justified to the undersigned notary.

Transitional dispositions

The first fiscal year shall begin on the date of the formation of the Company and shall end on 31 December 2007.

The first general annual meeting of Shareholders shall be held in 2008.

The first annual report of the Company will be dated 31 December 2007.

Expenses

The expenses, costs, fees or charges in any form whatsoever which shall be borne by the Company as a result of its incorporation are estimated at approximately EUR 8,000.-

General meeting of Shareholders

Immediately after the incorporation of the Company, the Shareholders have resolved that:

I. The following are elected as Directors for a term to expire at the close of the annual general meeting of Shareholders which shall deliberate on the annual accounts of the Company as at 31 December 2007.

Members:

Ivan Popovic, managing director of aeris CAPITAL AG, residing professionally at Seedammstrasse 3, CH-8808 Pfäffikon SZ,

Uwe Feuersenger, managing director of aeris CAPITAL AG, residing professionally at Seedammstrasse 3, CH-8808 Pfäffikon SZ,

David Hartford, managing director of aeris CAPITAL AG, residing professionally at Seedammstrasse 3, CH-8808 Pfäffikon SZ,

II. The registered office of the Company shall be at 2, rue Heinrich Heine, L-1720 Luxembourg.

III. The independent auditor for the Company shall be PricewaterhouseCoopers, S.à r.l., 400, route d'Esch, L-1471 Luxembourg. The term of office of the auditor shall expire at the close of the annual general meeting of Shareholders approving the accounts as of 2007.

IV. The depositary shall be HAUCK & AUFHÄUSER BANQUIERS LUXEMBOURG S.A.

Whereof the present notarial deed was drawn up in Luxembourg, on the day stated at the beginning of this document.

The undersigned notary who understands and speaks English states herewith that upon request of the above-appearing person, the present deed is worded in English followed by a French translation and in case of divergences between the English and the French text, the English version will prevail.

The document having been read to the appearing persons, known to the notary by their name, first name, civil status and residence, said persons signed together with the notary the present deed.

Suit la traduction française du texte qui précède:

L'an deux mille six, le quatre décembre,

Par-devant Nous, Maître Henri Hellinckx, notaire résidant à Mersch, Grand-Duché de Luxembourg,

Ont comparu:

1) aeris CAPITAL HOLDING AG, une société anonyme de droit suisse, ayant son siège social au Seedammstrasse 3, CH-8808 Pfäffikon SZ,

ici représentée par Francis Kass, avocat, demeurant à Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée à Pfäffikon (Suisse), le 28 novembre 2006.

2) SAVOLAIRE HOLDING, GmbH, une société anonyme de droit suisse, ayant son siège social au Seedammstrasse 3, CH-8808 Pfäffikon SZ,

ici représentée par Francis Kass, avocat, demeurant à Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée à Pfäffikon (Suisse), le 28 novembre 2006.

3) Uwe Feuersenger, directeur général (managing director) d'aeris CAPITAL AG, demeurant professionnellement à Seedammstrasse 3, CH-8808 Pfäffikon SZ,

ici représentée par Francis Kass, avocat, demeurant professionnellement à Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée à Pfäffikon (Suisse), le 28 novembre 2006.

4) David Hartford, directeur général (managing director) d'aeris CAPITAL AG, demeurant professionnellement à Seedammstrasse 3, CH-8808 Pfäffikon SZ,

ici représentée par Francis Kass, avocat, demeurant à Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée à Pfäffikon (Suisse), le 28 novembre 2006.

Lesquelles procurations, signées ne varietur par les comparants et le notaire instrumentant, resteront annexées au présent acte et soumises en même temps aux formalités d'enregistrement.

Lesquels comparants, agissant ès qualités, ont requis le notaire instrumentant d'arrêter ainsi qu'il suit les statuts d'une société anonyme (S.A.) qualifiée de société d'investissement en capital à risque (SICAR) qu'ils déclarent constituer entre eux comme suit:

Les termes précédés d'une majuscule tels qu'utilisés dans les présents Statuts auront la même signification que dans le Prospectus, sauf si le contexte en dispose autrement.

Art. 1^{er}. Nom. Il est formé entre les souscripteurs et tous ceux qui deviendront propriétaires par la suite des actions de la Société ci-après créées (les «Actions»), une société en la forme d'une société anonyme (S.A.) à capital variable qualifiée de société d'investissement en capital à risque (SICAR) sous la dénomination de aeris PRIVATE INVESTMENTS S.A., SICAR (la «Société»).

La Société sera soumise à la loi du 15 juin 2004 relative à la société d'investissement en capital à risque.

Art. 2. Siège social. Le siège social de la Société est établi à Luxembourg-Ville, Grand-Duché de Luxembourg. La Société peut établir, par décision du conseil d'administration de la Société (le «Conseil d'administration»), des filiales, succursales, ou bureaux, tant au Grand-duché de Luxembourg qu'à l'étranger. A l'intérieur de la même commune, le siège social pourra être transféré par simple décision du Conseil d'administration.

Au cas où le Conseil d'administration estime que des événements extraordinaires d'ordre politique, économique ou social de nature à compromettre l'activité normale de la Société à son siège social ou la communication de ce siège avec l'étranger, se présentent ou paraissent imminents, il pourra transférer provisoirement le siège social à l'étranger jusqu'à la cessation complète de ces circonstances anormales; cette mesure provisoire n'aura aucun effet sur la nationalité de la Société, laquelle, nonobstant ce transfert provisoire de siège, restera luxembourgeoise.

Art. 3. Durée. La Société a été établie pour une durée limitée, qui prendra fin douze (12) ans après la date du «final closing» ainsi que précisée dans le Prospectus et qui pourra être prolongée trois (3) fois, par décision de l'assemblée générale des actionnaires de la Société, pour une période d'une durée d'un (1) an, sous la condition que le quorum et les conditions de majorité nécessaires pour un changement des présents statuts soit atteint.

Art. 4. Objet. L'objet de la Société est le placement des fonds dont elle dispose en valeurs représentatives de capital à risque au sens le plus large de l'article 1^{er} de la loi du 15 juin 2004 relative à la société d'investissement en capital à risque.

La Société peut également investir les fonds dont elle dispose dans tout autre actif autorisé par la loi du 15 juin 2004 relative à la société d'investissement en capital à risque et compatible avec son objet.

Par ailleurs, la Société pourra prendre toutes mesures et faire toutes opérations qu'elle jugera utiles au développement et à l'accomplissement de son objet au sens le plus large de la loi du 15 juin 2004 relative à la société d'investissement en capital à risque.

Art. 5. Détermination des objectifs et politiques d'investissement. Le Conseil d'administration établira les objectifs et politiques d'investissement de la Société ainsi que le mode de conduite de la gestion et des affaires de la Société dans ce cadre, conformément aux dispositions du Prospectus et aux lois et règlements applicables.

Art. 6. Capital social

(a) La capital de la Société est représenté par des Actions sans mention de valeur et sera à tout moment égal à la somme des actifs nets de la Société conformément à l'article 11 des présents Statuts. Le capital minimum de la Société, qui doit être atteint dans un délai de douze (12) mois à partir de la date d'agrément de la Société en tant que société d'investissement en capital à risque (SICAR) soumise à la législation luxembourgeoise, est d'un million d'euros (EUR 1.000.000,-).

(b) La Société est constituée avec un capital social souscrit de quarante mille euros (40.000,- EUR) divisé en quarante (40) Actions sans mention de valeur. Les Actions ont été entièrement libérées lors de la constitution.

(c) Le Conseil d'administration est autorisé, conformément à l'article 9 des présents Statuts et aux dispositions du Prospectus, à émettre un nombre illimité d'Actions sans réserver aux Actionnaires existants un droit de souscription préférentiel sur les Actions à émettre.

Art. 7. Actions

(a) Les Actions sont réservées exclusivement au Conseiller d'investissement de la Société et ces Personnes connectées à condition qu'ils sont des Investisseurs éligibles au sens de l'article 2 de la loi du 15 juin 2004 relative à la société d'investissement en capital à risque.

(b) Toutes les Actions seront émises sous la forme nominative.

L'inscription du nom de l'Actionnaire dans le registre des Actions nominatives établit son droit de propriété sur lesdites Actions nominatives. Des certificats nominatifs pourront être émis à la discrétion du Conseil d'administration.

Toutes les Actions émises par la Société seront inscrites dans le registre des Actions (le «Registre») qui sera conservé par la Société ou par une personne désignée à cet effet par la Société, sous sa seule responsabilité. Le Registre contiendra le nom de chaque Actionnaire, sa résidence, son siège social ou son domicile élu, le nombre des Actions détenues par l'Actionnaire visé ainsi que le montant libéré au titre de chaque Action et ses coordonnées bancaires. Sauf instruction contraire reçue par la Société, la Société pourra considérer l'information apparaissant sur le Registre comme correcte et à jour et elle pourra notamment utiliser l'adresse figurant au Registre pour l'envoi d'avis ou autres annonces. La Société pourra de la même manière utiliser les coordonnées bancaires en Registre pour procéder à des paiements.

(c) Les transferts d'Actions s'effectueront par inscription du transfert dans le Registre par la délivrance à la Société d'un formulaire de transfert et de tout autre document de transfert satisfaisants pour la Société, accompagnés, le cas échéant, des certificats d'Actions émis.

(d) Des fractions d'Actions peuvent être émises jusqu'à trois décimales et conféreront des droits proportionnels à la fraction d'Action ainsi représentée mais sans donner aucun droit de vote sauf dans la mesure où leur nombre est tel qu'il représente une Action entière, auquel cas ces rompus conféreront un droit de vote.

(e) Chaque Action donne droit à un vote lors de chaque assemblée des Actionnaires.

(f) La Société ne reconnaît qu'un seul propriétaire par Action. Si une ou plusieurs Action(s) est/sont détenue(s) conjointement ou si elle(s) est/sont revendiquée(s) par plus d'une personne, toutes les personnes invoquant la propriété de cette/ces Action(s) devront désigner un mandataire unique pour représenter l'/les Action(s) à l'égard de la Société. En l'absence d'une telle désignation, tous les droits attachés à/aux (l')Action(s) seront suspendus.

Art. 8. Parts bénéficiaires. La Société a autorisé l'émission de Parts bénéficiaires nominatives ne représentant aucune part sociale de la Société.

Les parts sont exclusivement limitées aux Investisseurs éligibles selon l'acceptation de l'article 2 de la loi du 15 juin 2004 relative à la société d'investissement en capital à risque.

Les Parts bénéficiaires ne sont assorties d'aucun droit de vote. Cependant, les droits de participer aux distributions et/ou aux remboursements du capital correspondent aux droits des Actionnaires. Les droits et les obligations liés aux Parts bénéficiaires ne peuvent être ni transformés ni modifiés sans avoir obtenu l'accord préalable de tous les détenteurs des Parts bénéficiaires.

Un registre des Parts bénéficiaires sera conservé au siège social de la Société, où il sera tenu à la disposition des détenteurs de Parts bénéficiaires pour contrôle. Les détenteurs de Parts bénéficiaires pourront demander que la Société émette et délivre les certificats établissant qu'ils détiennent des Parts bénéficiaires, lesquels devront être signés par deux administrateurs. La propriété des Parts bénéficiaires sera établie par leur enregistrement dans ledit registre.

Le transfert des Parts bénéficiaires sera permis et devra être réalisé conformément à l'article 9 suivant. Tel transfert devra être réalisé par le biais d'une déclaration de transfert écrite qui sera inscrite au registre des détenteurs de Parts bénéficiaires, datée et signée par le cédant et le cessionnaire, ou par toute personne disposant des procurations nécessaires pour agir de la sorte. Tout transfert de Parts bénéficiaires devra être inscrit au registre des détenteurs de Parts bénéficiaires; cette inscription devra être signée par un ou plusieurs des membres du Conseil d'administration ou par une ou plusieurs personnes dûment habilitées en la matière.

La Société ne reconnaît qu'un détenteur par Part bénéficiaire; si une Part bénéficiaire était détenue par plus d'une personne, les personnes se prévalant de la propriété de cette Part bénéficiaire devront désigner un seul mandataire pour

la représenter vis-à-vis de la Société. La Société dispose du droit de suspendre l'exercice d'un droit lié à cette Part bénéficiaire jusqu'à ce qu'une seule personne soit désignée en tant qu'unique propriétaire vis-à-vis de la Société.

Art. 9. Transfert des Sécurités. Tout transfert ainsi que toute cession de Sécurités sera soumis à l'accord préalable du Conseil d'administration et ne pourra pas être réalisé en faveur d'un investisseur qui ne pourrait pas être considéré comme un Investisseur éligible, tel que défini à l'article 2 de la loi du 15 juin 2004 relative à la société d'investissement en capital à risque. En plus, tout transfert de Sécurités sera soumis à l'obligation pour l'acheteur ou le cessionnaire de signer un écrit préalable l'engageant à assumer complètement toutes les obligations encourues par le vendeur en vertu du contrat de souscription signé par le vendeur.

En outre, toute Part bénéficiaire proposée d'être transférée doit être premièrement offert aux Actionnaires et aux détenteurs de Parts bénéficiaires déjà existants; sauf dans le cas où ces Actionnaires et/ou détenteurs de Parts bénéficiaires refusent d'acquiescer les Part bénéficiaires proposée, les dernières pourront être offertes aux tiers, soumis à l'accord préalable du Conseil d'administration et en faveur d'un Investisseur éligible.

Art. 10. Emission de Sécurités. Il sera proposé à tout Actionnaire et détenteur de Parts bénéficiaires existant ou potentiel de s'engager à souscrire des Sécurités à une ou plusieurs dates ou périodes telles que déterminées par le Conseil d'administration (chacune un «Closing») et précisées dans le Prospectus.

Le paiement du prix de souscription des Actions ou Parts bénéficiaires sera effectué en tout ou en partie lors d'un Closing ou à toute autre date déterminée par le Conseil d'administration et précisée dans le Prospectus. Les modes de paiement du prix de ces souscriptions seront déterminés par le Conseil d'administration et plus amplement détaillés dans le Prospectus.

Le Conseil d'administration peut déterminer toutes autres conditions de souscription telles que des minimums d'engagements lors des Closings, des intérêts moratoires ou des restrictions à la propriété. De telles conditions seront indiquées et plus amplement détaillées dans le Prospectus.

Si le Conseil d'administration déciderait d'émettre des Actions ou Parts bénéficiaires nouvelles, aucun droit préférentiel de souscription ne sera être réservé aux Actionnaires ou détenteurs de Parts bénéficiaires existants.

Le Conseil d'administration peut déléguer à tout Administrateur, directeur, fondé de pouvoirs ou autre agent autorisé le pouvoir d'accepter les souscriptions pour de nouvelles Actions ou Parts bénéficiaires, d'en recevoir le paiement et de les délivrer.

La Société peut accepter d'émettre des Actions ou Parts bénéficiaires en contrepartie d'un apport en nature de valeurs mobilières ou autres actifs, conformément aux prescriptions légales luxembourgeoises en la matière et notamment celle d'obtenir un rapport spécial du réviseur de la Société et pour autant que ces valeurs mobilières ou autres titres soient conformes aux stratégies et aux objectifs d'investissement de la Société. Tous les frais et les coûts liés à un tel apport en nature seront exclusivement à la charge de la personne apportant les actifs.

Art. 11. Rachat des Sécurités. La Société est de type fermé et par conséquent les demandes unilatérales de rachat par les Actionnaires ou détenteurs de Parts bénéficiaires peuvent être refusées par la Société.

Les Actions ou détenteurs de Parts bénéficiaires peuvent être rachetées proportionnellement à tous les Actionnaires ou détenteurs de Parts bénéficiaires existants sur proposition du Conseil d'administration, conformément aux modalités prévues dans le Prospectus.

Par ailleurs les Sécurités peuvent être rachetées d'office si un Actionnaire ou détenteur de Parts bénéficiaires cesse d'être ou se trouve ne pas être un Investisseur éligible au sens de la loi du 15 juin 2004 relative à la société d'investissement en capital à risque. Ces rachats d'office devront s'effectuer conformément aux dispositions en la matière prévues dans le Prospectus.

La Société aura le droit de satisfaire au paiement du prix de rachat à chaque Actionnaire ou détenteur de Parts bénéficiaires y consentant par l'attribution en nature à l'Actionnaire ou détenteur de Parts bénéficiaires d'investissements provenant du portefeuille titres de la Société d'une valeur égale à la valeur des Sécurités à racheter. La nature et le type d'avoirs à transférer dans cette hypothèse seront déterminés sur une base équitable et raisonnable et sans porter préjudice aux intérêts des autres Actionnaires ou détenteurs de Parts bénéficiaires de la Société. L'évaluation dont il sera fait usage devra être confirmée par un rapport spécial du réviseur de la Société. Les coûts de tels transferts devront être supportés par le cessionnaire.

Art. 12. Calcul de la Valeur Nette d'Inventaire. La valeur nette d'inventaire de chaque Sécurité (la «Valeur Nette d'Inventaire») sera déterminée par l'Agent administratif sous la responsabilité du Conseil d'administration dans la devise de référence de la Société (telle que mentionnée dans le Prospectus) lors de chaque jour d'évaluation, tel que plus amplement précisé dans le Prospectus.

Les revenus et les charges seront réputés provisionnés quotidiennement afin de calculer la Valeur Nette d'Inventaire.

L'évaluation de l'actif et du passif de la Société sera déterminée conformément aux principes d'évaluation généralement acceptés, selon l'article 5(3) de la loi du 15 juin 2004 relative à la société d'investissement en capital à risque:

(1) la valeur des espèces en caisse ou en dépôt, des effets et billets payables à vue et des comptes à recevoir, des dépenses payées d'avance et des dividendes en espèces et intérêts annoncés ou échus mais non encore encaissés, sera réputée être le montant total de ces avoirs, sauf s'il s'avère improbable que cette valeur puisse être reçue; dans ce cas, ladite valeur sera déterminée en retranchant un montant que le Conseil d'administration estimera adéquat en vue de refléter la valeur réelle de ces avoirs;

(2) toute valeur mobilière et tout instrument du marché monétaire cotés ou négociés sur une bourse de valeurs ou sur tout autre marché organisé seront évalués sur base du dernier prix disponible, à moins que ce dernier prix ne soit pas représentatif; dans ce cas, l'évaluation de tels actifs sera basée sur leur valeur de réalisation prévisible que le Conseil d'administration estimera avec bonne foi;

(3) les investissements dans des titres de private equity autres que les valeurs mentionnées ci-dessus seront évalués conformément aux principes suivants:

Le Conseil d'administration prendra en considération les directives et principes relatifs à l'évaluation des sociétés cibles établis par l'Association Européenne du Capital-Risque (AECR), avec une attention particulière sur les éléments suivants:

- les participations dans des sociétés acquises dans les 12 mois précédant le Jour d'Évaluation seront évaluées à leur prix d'acquisition, à moins que le Conseil d'administration considère qu'il y a eu une détérioration importante de la situation financière d'une Société Cible;

- lorsqu'une transaction significative, fixant un prix de référence dans des conditions normales de marché, a eu lieu, cette transaction servira de base à l'évaluation.

(4) Autrement, les sociétés non cotées devront normalement être estimées par référence à leurs bénéfices et à leurs multiplicateurs financiers adéquats (prix/résultats, prix/trésorerie, valeur de l'entreprise/résultat avant intérêt et impôts) applicables à des entreprises comparables cotées, moins une remise appropriée permettant de refléter le manque de négociabilité des parts. Les bénéfices pris en compte aux fins d'évaluation seront ceux mentionnés dans les comptes audités les plus récents en tenant compte des comptes de gestion suivants. Dans le cas où le Conseil d'administration ne serait pas capable de trouver des sociétés comparables appropriées, les méthodes d'évaluation suivantes seront utilisées:

- par référence aux multiplicateurs moyens par sous-secteurs d'activité applicables et pertinents;

- le Conseil d'administration pourra appliquer les multiplicateurs réels de lancement payés pour l'investissement selon le dernier cours de l'investissement;

- le cas échéant, d'autres facteurs seront également considérés, notamment le renforcement des actifs, les bénéfices budgétisés pour l'exercice en cours ainsi que toutes les autres perspectives à court terme de vente de parts de la Société de portefeuille.

(5) Les investissements dans des «private equity funds» seront évalués sur base du dernier rapport disponible et fourni de ces fonds, soit annuel, semi-annuel ou trimestriel.

(6) En l'absence de circonstances inhabituelles, l'évaluation des sociétés non cotées sera revue à chaque Jour d'Évaluation;

- la valeur de tout autre actif de la Société est déterminée sur base du prix d'acquisition de celui-ci, y compris les coûts, commissions et dépenses y relatifs ou, si le prix d'acquisition tel que déterminé ci-dessus n'est pas représentatif, ces actifs seront évalués sur la base d'un prix de vente raisonnablement prévisible, déterminé avec prudence et bonne foi.

Art. 13. Suspension du calcul de la Valeur Nette d'Inventaire. Le Conseil d'administration peut suspendre le calcul de la Valeur Nette d'Inventaire:

a) lorsqu'il existe une situation d'urgence par suite de laquelle, de l'avis du Conseil d'administration, il est pratiquement impossible pour la Société de disposer ou d'évaluer des avoirs;

b) lorsque les moyens de communication ou de calcul qui sont normalement employés pour déterminer le prix ou la valeur des investissements de la Société, ou le prix actuel ou la valeur en bourse ou sur tout autre marché des actifs attribuables à la Société, sont interrompus;

c) lorsque des restrictions en matière de change ou de circulation des capitaux empêchent la liquidation de transactions pour le compte de la Société;

d) lorsque, pour toute autre raison, les prix des investissements ne peuvent pas être constatés rapidement ou avec précision.

Toute demande de rachat est irrévocable sauf en cas de suspension du calcul de la Valeur Nette d'Inventaire par Sécurité.

Art. 14. Administrateurs. La Société sera gérée par un Conseil d'administration qui sera en permanence composé d'au moins trois membres, qui ne devront pas nécessairement être Actionnaires de la Société.

Ils seront élus pour une période n'excédant pas six ans. Les administrateurs seront élus par les Actionnaires lors de l'assemblée générale des Actionnaires, laquelle devra déterminer le nombre des administrateurs, leur rémunération et la durée de leur mandat.

Tout administrateur pourra être révoqué avec ou sans motif et être remplacé à tout moment par décision de l'assemblée générale des Actionnaires.

En cas de vacance d'un poste d'administrateur, les administrateurs restants ont le droit d'y pourvoir provisoirement, dans ce cas, l'assemblée générale des Actionnaires procédera à l'élection définitive lors de la prochaine assemblée.

Art. 15. Réunions du Conseil d'administration. Le Conseil d'administration pourra choisir un président parmi ses membres. Il pourra désigner un secrétaire qui n'a pas besoin d'être un administrateur et qui dressera et conservera les procès-verbaux des réunions du Conseil d'administration ainsi que des assemblées des Actionnaires. Le Conseil d'administration se réunira sur convocation du président ou de deux administrateurs au lieu indiqué dans l'avis de convocation.

Le président présidera les réunions du Conseil d'administration et les assemblées des Actionnaires. En son absence, l'assemblée générale des Actionnaires ou le Conseil d'administration désignera à la majorité un autre administrateur ou, lorsqu'il s'agit d'une assemblée générale, toute autre personne pour assumer la présidence de telles assemblées.

Le Conseil d'administration peut également désigner des fondés de pouvoirs, y compris un directeur général et des vice-directeurs généraux ainsi que tout autre fondé de pouvoirs qu'il jugera utiles au bon fonctionnement des activités et de la gestion de la Société. De telles nominations pourront être révoquées par le Conseil d'administration à tout moment. Les fondés de pouvoirs n'ont pas besoin d'être administrateur ou Actionnaire de la Société. Sauf mention

contraire dans les présents Statuts, les fondés de pouvoirs auront les droits et les devoirs que leur assignera le Conseil d'administration.

Une convocation écrite à toute réunion du Conseil d'administration sera donnée à tous les administrateurs au moins vingt-quatre heures avant la date prévue pour la réunion, sauf s'il y a urgence auquel cas la nature de cette urgence sera mentionnée dans l'avis de convocation. Il pourra être passé outre cette convocation à la suite de l'assentiment de chaque administrateur par écrit, par télégramme, télex, télécopieur, courrier électronique ou tout autre moyen de communication similaire. Une convocation séparée ne sera pas requise pour une réunion se tenant à une heure et dans un lieu déterminés dans une résolution préalablement adoptée par le Conseil d'administration.

Tout administrateur pourra se faire représenter à une réunion en désignant par écrit, par télégramme, par télex, par télécopieur, par courrier électronique ou par tout autre moyen de communication similaire un autre administrateur comme son représentant. Un administrateur peut représenter plusieurs de ses collègues.

Tout administrateur peut participer à une réunion du Conseil d'administration par conférence téléphonique ou d'autres moyens de communication similaires par lesquels toutes les personnes prenant part à cette réunion peuvent s'entendre mutuellement. La participation à une réunion par ces moyens équivaut à une présence en personne à cette réunion.

Les administrateurs ne pourront agir que dans le cadre de réunions du Conseil d'administration régulièrement convoquées. Les administrateurs ne pourront engager la Société par leur seule signature individuelle, à moins d'y avoir été autorisés par une résolution du Conseil d'administration.

Le Conseil d'administration ne peut délibérer et agir valablement que si la majorité au moins des administrateurs sont présents ou représentés ou tout autre nombre d'administrateurs tel que défini par le Conseil d'administration.

Les résolutions du Conseil d'administration seront enregistrées dans des minutes signées par le président de la réunion ou par deux administrateurs. Des copies des extraits de ces minutes destinées à être produites dans une procédure judiciaire ou ailleurs seront valablement signées par le président de la réunion ou par deux administrateurs.

Les décisions sont prises à la majorité des Administrateurs présents ou représentés à la réunion. En cas d'égalité des votes pour ou contre une résolution, le président de la réunion disposera d'un vote prépondérant.

Des résolutions écrites approuvées et signées par tous les administrateurs auront le même effet que les résolutions votées lors d'une réunion des administrateurs. Chaque administrateur doit approuver une telle résolution par écrit, par télégramme, par télex, par télécopieur, par courrier électronique ou par tout autre moyen de communication similaire.

Art. 16. Pouvoirs du Conseil d'administration. Le Conseil d'administration jouit des pouvoirs les plus étendus pour effectuer tout acte de disposition et d'administration qui rentrent dans l'objet social de la Société.

Tous pouvoirs non expressément réservés à l'assemblée générale des Actionnaires par la loi ou par les présents Statuts sont de la compétence du Conseil d'administration.

Art. 17. Pouvoirs de signature. Vis-à-vis des tiers, la Société sera valablement engagée par la signature conjointe de deux administrateurs ou par la signature conjointe ou individuelle de toute(s) personne(s) à laquelle (auxquelles) pareil pouvoir de signature aura été délégué par le Conseil d'administration.

Art. 18. Conseiller en investissement. Le Conseil d'administration peut désigner un ou plusieurs Conseiller(s) en investissement qui fourniront au Conseil d'administration des recommandations et des conseils au regard des objectifs d'investissement et de la stratégie de la Société, tels que décrits dans le Prospectus.

Art. 19. Conflits d'intérêts. Aucun contrat et aucune transaction que la Société pourrait conclure avec d'autres sociétés ou firmes ne pourront être affectés ou viciés par le fait qu'un ou plusieurs administrateurs ou fondés de pouvoirs de la Société auraient un intérêt quelconque dans telle autre société ou firme, ou par le fait qu'ils en soient administrateur, associé, fondé de pouvoirs ou employé.

L'administrateur ou le fondé de pouvoirs de la Société qui est aussi administrateur, fondé de pouvoirs ou employé d'une société ou d'une firme avec laquelle la Société passe des contrats, ou avec laquelle elle est autrement en relation d'affaires, ne sera pas par là même privé du droit de délibérer, de voter et d'agir en ce qui concerne des matières en relation avec pareil contrat ou pareilles affaires.

Au cas où un administrateur ou un fondé de pouvoirs de la Société aurait un intérêt opposé aux intérêts de la Société dans quelque affaire de la Société, il devra informer le Conseil d'administration de son intérêt personnel et il ne délibèrera et ne prendra pas part au vote sur cette affaire. Rapport devra être fait au sujet de cette affaire et de l'intérêt personnel de pareil administrateur ou fondé de pouvoirs à la prochaine assemblée des Actionnaires.

Le terme «intérêt personnel», tel qu'utilisé à la phrase précédente, ne s'appliquera pas aux relations ou aux intérêts qui pourront exister de quelque manière, en quelque qualité ou à quelque titre que ce soit, en rapport avec des personnes, sociétés ou entités telles que le Conseil d'administration pourra désigner en temps qu'il appartiendra.

Art. 20. Indemnisation des administrateurs. La Société pourra indemniser tout administrateur ou fondé de pouvoirs, ses héritiers, exécuteurs testamentaires et administrateurs, des dépenses raisonnablement occasionnées par toutes actions ou procès auxquels il aura été partie en sa qualité d'administrateur ou de fondé de pouvoir de la Société ou pour avoir été, à la demande la Société, administrateur ou fondé de pouvoirs de toute autre société dont la Société est créditrice ou actionnaire et par laquelle il ne serait pas en droit d'être indemnisé, sauf le cas où dans pareilles actions ou procès il serait finalement condamné pour négligence grave ou mauvaise administration. En cas d'arrangement extrajudiciaire une telle indemnisation ne sera accordée que si la Société est informée par son avocat-conseil que l'administrateur ou le fondé de pouvoir en question n'a pas commis un tel manquement à ces devoirs. Le droit à indemnisation n'exclut pas d'autres droits dans le chef de l'administrateur ou du fondé de pouvoir.

Art. 21. Dépositaire. La Société conclura un contrat de dépôt avec un établissement bancaire luxembourgeois (le «Dépositaire») répondant aux conditions prévues par la loi du 15 juin 2004 relative à la société d'investissement en capital à risque.

Conformément aux pratiques bancaires habituelles, le Dépositaire peut, sous sa responsabilité et en toute bonne foi, déposer auprès d'autres établissements bancaires ou intermédiaires financiers, tout ou partie des avoirs qui lui ont été confiés.

Les valeurs, espèces et autres avoirs autorisés de la Société seront détenus par ou au nom du Dépositaire, qui sera tenu des obligations et devoirs mis à sa charge par la loi du 15 juin 2004 relative à la société d'investissement en capital à risque.

Si le Dépositaire désire se retirer, la Société s'efforcera de trouver un remplaçant dans un délai de deux mois à compter de l'opposabilité d'un tel retrait. Jusqu'à la date de son remplacement, qui doit avoir lieu au cours de cette période de deux mois, le Dépositaire est tenu de prendre toutes les mesures nécessaires à la bonne préservation des intérêts des Actionnaires ou détenteurs de Parts bénéficiaires de la Société.

La Société peut mettre fin aux fonctions du Dépositaire mais ne pourra révoquer le Dépositaire que si un nouveau dépositaire a été désigné en vue d'agir à la place du Dépositaire.

Les fonctions du Dépositaire prennent respectivement fin:

a) en cas de retrait du Dépositaire intervenu de sa propre initiative ou celle de la Société; en attendant son remplacement qui doit avoir lieu dans les deux mois, le Dépositaire doit prendre toutes les mesures nécessaires pour préserver les intérêts des Actionnaires ou détenteurs de Parts bénéficiaires de la Société;

b) lorsque le Dépositaire ou la Société a été déclaré en faillite, admis au bénéfice du concordat, du sursis de paiement, de la gestion contrôlée ou d'une mesure analogue ou mis en liquidation;

c) lorsque l'Autorité de Surveillance Luxembourgeoise retire son agrément à la Société ou au Dépositaire.

Art. 22. Agent administratif. La Société désignera un Agent administratif (l'«Agent administratif») qui sera chargé de toutes les tâches administratives requises en vertu de la loi luxembourgeoise et notamment la tenue des livres comptables et le calcul de la Valeur Nette d'Inventaire, toutes les tâches de secrétariat et d'administration, le traitement des opérations de souscription et de rachat des Sécurités, l'acceptation des transferts de fonds, la conservation du Registre des Actionnaires et du Registre des détenteurs de Parts bénéficiaires autant que des documents sociaux de la Société, la fourniture de support administratif pour la tenue des réunions du Conseil d'administration, l'envoi et sa surveillance, de relevés, rapports, avis et autres documents destinés aux Actionnaires ou détenteurs de Parts bénéficiaires. L'Agent administratif sera en outre chargé de s'assurer que les Actionnaires ou détenteurs de Parts bénéficiaires sont bien des Investisseurs éligibles au sens de l'article 2 de la loi du 15 juin 2004 relative à la société d'investissement en capital à risque.

Art. 23. Assemblée générale des Actionnaires. L'assemblée générale des Actionnaires représente tous les Actionnaires de la Société. Les résolutions prises s'imposent à tous les Actionnaires de la Société. Elle a les pouvoirs les plus larges pour ordonner, réaliser ou ratifier tous les actes relatifs aux opérations de la Société.

Les assemblées générales des Actionnaires se réuniront sur convocation du Conseil d'administration.

Une assemblée peut également être convoquée à la demande d'Actionnaires représentant au moins un cinquième du capital social.

L'assemblée générale ordinaire se tiendra le troisième Mercredi du mois de juin à 11.00 heures à Luxembourg soit au siège social soit à un endroit spécifié dans l'avis de convocation. Si ce jour n'est pas un Jour ouvré, l'assemblée générale ordinaire se tiendra le premier Jour ouvré suivant.

D'autres assemblées d'Actionnaires peuvent se tenir aux lieux et dates spécifiés dans l'avis de convocation.

Les Actionnaires se réuniront à la suite d'un avis de convocation énonçant l'ordre du jour envoyé par courrier recommandé au moins huit jours avant l'assemblée à chaque Actionnaire à son adresse portée au registre des actions nominatives. La distribution d'un tel avis aux Actionnaires nominatifs ne doit pas être justifié à l'assemblée. L'ordre du jour sera préparé par le Conseil d'administration sauf si l'assemblée est appelée à la demande écrite d'Actionnaires auquel cas le Conseil d'administration peut préparer un ordre du jour supplémentaire.

Chaque fois que tous les Actionnaires sont présents ou représentés et qu'ils déclarent se considérer comme dûment convoqués et avoir eu connaissance préalable de l'ordre du jour, l'assemblée générale peut avoir lieu sans convocation.

Le Conseil d'administration peut déterminer toutes les autres conditions à remplir par les Actionnaires afin d'assister aux assemblées d'Actionnaires.

Les affaires soumises aux délibérations des assemblées d'Actionnaires devront se limiter aux points de l'ordre du jour (qui contiendra toutes les questions prévues par la loi) ainsi qu'aux matières y afférentes.

Chaque Action donne droit à une voix, conformément à la loi luxembourgeoise et aux présents Statuts.

Un Actionnaire peut se faire représenter à toute assemblée générale par un mandataire qui n'a pas besoin d'être Actionnaire et qui peut être administrateur de la Société en lui conférant un pouvoir écrit.

Sauf indication contraire, légale ou statutaire, les résolutions des assemblées générales seront prises à la majorité simple des Actionnaires présents ou représentés et votant.

Les résolutions prises par des assemblées d'Actionnaires visant à modifier les présents Statuts devront réunir (i) un quorum de présence de cinquante (50) pour cent du capital social et si ce quorum n'est pas atteint lors de la première assemblée, alors il n'y aura aucune exigence de quorum lors de l'assemblée ajournée et (ii) une majorité d'au moins deux tiers (2/3) des Actionnaires présents ou représentés à l'assemblée.

Art. 24. Exercice social. L'exercice social de la Société commence le 1^{er} janvier et se termine le 31 décembre.

Art. 25. Rapport annuel. La Société publie un rapport annuel dans les six (6) mois à compter de la fin de l'exercice social concerné.

Art. 26. Distributions. Les droits aux distributions - distributions intermédiaires incluses et distributions en nature incluses - sont déterminés par le Conseil d'administration et plus amplement précisés dans le Prospectus.

Art. 27. Loi applicable. Toutes les matières non régies par les présents Statuts seront soumises aux dispositions de la loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et la loi du 15 juin 2004 relative à la société d'investissement en capital à risque, telles que ces lois ont été ou seront modifiées en temps opportun.

Art. 28. Définitions

«Statuts» - Les Statuts de la Société.

«Parts bénéficiaires» - Parts bénéficiaires émises par la Société qui pourront être souscrites par tout Investisseur éligible.

«Conseil d'administration» - Le Conseil d'administration de la Société.

«Jour ouvré» - Un jour où les banques sont ouvertes dans le cadre normal de leurs activités à Luxembourg.

«Société» - aeris PRIVATE INVESTMENTS S.A., SICAR est constituée en tant que société anonyme et qualifiée de société d'investissement en capital à risque à Luxembourg.

«Personnes connectées» - Employées, représentatives et autres personnes approuvées par le Conseiller d'investissement. Personnes connectées devront être qualifiées d'Investisseurs éligibles.

«Administrateurs» - Les Administrateurs de la Société

«Investisseurs éligibles» - Les Investisseurs institutionnels, les Investisseurs professionnels et les Investisseurs expérimentés au sens de l'article 2 de la loi du 15 juin 2004 relative à la société d'investissement en capital à risque.

«Investisseurs institutionnels» - Les investisseurs qualifiés d'investisseurs institutionnels aux termes des lois et règlements luxembourgeois.

«Conseiller d'investissement» - Le Conseiller d'investissement de la Société, aeris Capital AG.

«Prospectus» - Le prospectus de la Société, tel que modifié en temps qu'il appartiendra.

«Valeur Nette d'Inventaire» - La valeur nette d'inventaire par Sécurité, telle que déterminée conformément à la section «Valeur Nette d'Inventaire».

«Actions d'investisseurs» - Les actions qui seront souscrites par les Actionnaires autres que les Actionnaires Fondateurs.

«Investisseurs professionnels» - Les investisseurs qualifiés d'investisseurs professionnels en vertu de l'Annexe II de la Directive 2004/39 sur les services d'investissement et les marchés réglementés, telle que modifiée.

«Devise de référence» - La devise de calcul de la Valeur Nette d'Inventaire telle que déterminée à la rubrique «Valeur Nette d'Inventaire».

«Sécurités» - Toute Sécurité émise par la Société, des Actions et des Parts bénéficiaires incluses.

«Actionnaire» - Tout porteur d'Actions nominatives.

«Actions» - Actions émises par la Société et réservées au Conseiller d'investissement de la Société et à ses Personnes connectés.

«Détenteur de Part bénéficiaires» - Tout détenteur de Part bénéficiaires.

«Investisseurs expérimentés» - Investisseurs qui (1) adhèrent au statut d'investisseurs expérimentés et (ii) investissent soit un minimum de 125.000,- euros dans la Société ou soit bénéficient d'un certificat délivré par un établissement de crédit, un autre professionnel du secteur financier soumis aux règles de conduite visées à l'article 11 de la directive CEE/93/22, ou une société de gestion au sens de la directive 2001/107/CE indiquant qu'ils sont suffisamment expérimentés pour envisager de manière adéquate un investissement en capital-à-risque.

Souscription et paiement

Le capital a été souscrit comme suit:

Nom du souscripteur	Nombre d'actions souscrites
1.- aeris CAPITAL HOLDING AG, pré-qualifié	10 Actions
2.- SAVOLAIRE HOLDING, GmbH, pré-qualifié	18 Actions
3.- Uwe Feuersenger, pré-qualifié	6 Actions
4.- David Hartford, pré-qualifié	6 Actions

A la constitution les Actions ont été entièrement libérées, ce dont il a été justifié au notaire instrumentant.

Dispositions transitoires

Le premier exercice social commencera à la constitution de la Société et se terminera le 31 décembre 2007.

La première assemblée générale des actionnaires se tiendra en 2008.

Le premier rapport annuel de la Société sera daté de 31 décembre 2007.

Dépenses

Les dépenses, coûts, frais et charges de quelque nature que ce soit et qui seront mis à charge de la Société en raison de sa constitution sont estimés à environ EUR 8.000,-.

Assemblée générale des Actionnaires

Immédiatement après la constitution de la Société, les Actionnaires ont pris les résolutions suivantes:

I. Les personnes suivantes sont élues comme administrateurs pour un mandat qui prendra fin à l'issue de l'assemblée générale des Actionnaires appelée à délibérer sur les comptes annuels de la Société arrêtés au 31 décembre 2007.

Membres:

Ivan Popovic, directeur général (managing director) of aeris CAPITAL AG, résidant professionnellement à Seedammstrasse 3, CH-8808 Pfäffikon SZ,

Uwe Feuersenger, directeur général (managing director) d'aeris CAPITAL AG, demeurant professionnellement à Seedammstrasse 3, CH-8808 Pfäffikon SZ,

David Hartford, directeur général (managing director) d'aeris CAPITAL AG, demeurant professionnellement à Seedammstrasse 3, CH-8808 Pfäffikon SZ.

II. Le siège social de la Société est établi au 2, rue Heinrich Heine, L-1720 Luxembourg.

III. Le réviseur d'entreprises agréé de la Société est PricewaterhouseCoopers, S.à r.l., 400, route d'Esch, L-1471 Luxembourg. Le mandat donné au réviseur prendra fin à l'issue de l'assemblée générale des Actionnaires appelée à délibérer sur les comptes arrêtés au 2007.

IV. Le dépositaire de la Société est HAUCK & AUFHÄUSER BANQUIERS LUXEMBOURG S.A.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Le notaire soussigné qui comprend et parle l'anglais constate que sur demande des comparants, le présent acte est rédigé en langue anglaise suivi d'une version française et qu'en cas de divergences entre le texte anglais et le texte français, le texte anglais fera foi.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, connus du notaire par leurs nom, prénom usuel, état civil et demeure, les comparants ont tous signé le présent acte avec le notaire.

Signé: F. Kass et H. Hellinckx.

Enregistré à Mersch, le 6 décembre 2006, vol. 440, fol. 12, case 6. – Reçu 1.250 euros.

Le Receveur (signé): A. Muller.

Pour copie conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Mersch, le 8 décembre 2006.

H. Hellinckx.

(139448.3/242/891) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 20 décembre 2006.

WELLINGTON LUXEMBOURG II S.A., Société Anonyme.

Registered office: L-1635 Luxembourg, 2-8, avenue Charles de Gaulle.

R. C. Luxembourg B 122.595.

—
STATUTES

In the year two thousand six, on the eleventh day of December.

Before Us, Maître Henri Hellinckx, notary residing in Mersch, Luxembourg.

There appeared:

1) WELLINGTON MANAGEMENT COMPANY, LLP, a limited liability partnership formed and existing under the laws of the Commonwealth of Massachusetts, having its registered office at 75 State Street, Boston, Massachusetts 02109, United States of America,

duly represented by Mr. Claude Niedner, lawyer, residing in Luxembourg, by virtue of a proxy given in Boston, Massachusetts, on December 8, 2006.

2) WELLINGTON GLOBAL ADMINISTRATOR, Ltd., a private limited company formed and existing under the laws of Bermuda, having its registered office at Clarendon House, 2 Church Street, Hamilton HM 11, Bermuda,

duly represented by Mr. Claude Niedner, lawyer, residing in Luxembourg, by virtue of a proxy given in Boston, on December 7, 2006.

The aforementioned proxies, after having been signed ne varietur by the proxyholder and the undersigned notary, shall remain attached to this document in order to be registered therewith.

Such appearing parties, represented as stated hereabove, have drawn up the following Articles of Incorporation of a public limited company (société anonyme) which they declare organized among themselves.

Articles of Incorporation

Art. 1. There exists among the subscribers and all those who become owners of Shares, a company in the form of a société anonyme under the denomination of WELLINGTON LUXEMBOURG II S.A. (the «Corporation»).

Art. 2. The Corporation is established for an unlimited duration. It may be dissolved by a resolution of the shareholders adopted in the manner required for amendment of these Articles, as described in Article 24 hereof.

Art. 3. The object of the Corporation is the collective portfolio management of undertakings for collective investment governed by part II of the law of December 20, 2002 on undertakings for collective investment, as amended (the «2002 Law») and of other undertakings for collective investment pursuant to Luxembourg law not qualifying as undertakings for collective investment in transferable securities within the meaning of EEC Directive 85/611 of December 20, 1985 as amended (together the «UCIs»), on behalf of their unit- or shareholders in accordance with the provisions of chapter 14 of the 2002 Law.

The activity of collective portfolio management of the UCIs includes the following functions:

- Investment Management. In this connection, the management company may, for the account of the UCIs, (i) provide investment advice and make investment decisions, (ii) enter into agreements, (iii) buy, sell, exchange and deliver any sort of transferable securities and/or other acceptable types of assets, (iv) exercise all voting rights pertaining to securities held by the UCIs. This enumeration is not exhaustive.

- Administration of the UCIs. This function includes especially (i) the valuation of the portfolio the UCIs and the pricing of the units of the UCIs, (ii) the issue and redemption of the units of the UCIs, (iii) the maintenance of a unit-and/or shareholder register, and (iv) the record keeping of transactions. This enumeration is not exhaustive.

- Marketing of the units of the UCIs in Luxembourg and abroad.

The Corporation may delegate part or all of these activities to third parties.

The Corporation may also administer its own assets and carry out any operations which it may deem useful in the accomplishment and development of its purposes in compliance with the law of 10th August 1915 on commercial companies and amendments thereto (the «1915 Law») and chapter 14 of the 2002 Law.

Art. 4. The registered office of the Corporation is established in Luxembourg City, in the Grand Duchy of Luxembourg. Other offices may be established in the Grand Duchy of Luxembourg by resolution of the board of directors (the «Board»).

The registered office of the Corporation may be transferred by a decision of the Board provided that it remains in Luxembourg City.

In the event that the Board determines that extraordinary political, economic or social developments have occurred or are imminent, that could interfere with the normal activities of the Corporation at its registered office or with the ease of communication between such office and persons abroad, the registered office may be temporarily transferred abroad until the complete cessation of these abnormal circumstances; such temporary measures shall have no effect on the nationality of the Corporation, which, notwithstanding the temporary transfer of its registered office, will remain a Luxembourg corporation.

Art. 5. The corporate capital is set at EUR 125,000.- (one hundred twenty-five thousand Euros) represented by 2,500 (two thousand five hundred) shares with a par value of EUR 50.- (fifty Euros) each (the «Shares»), all fully paid in.

The Corporation has an authorized capital of EUR 5,000,000.- (five million Euros) consisting of 100,000 (one hundred thousand) shares with a par value of EUR 50.- (fifty Euros) each.

The Board is authorized (i) to issue additional shares up to the total authorized capital by contributions in cash, contributions in kind or by conversion of the net profits or any other available reserves into corporate capital, in whole or in part, from time to time as the Board in its discretion may determine, within a period expiring five years after the day of publication of these Articles of Incorporation, and (ii) to determine the conditions of any such increase in capital, including, in relation to contributions in cash and in kind, the price per share and payment terms, and terms of delivery, respectively. Furthermore, contributions in kind have to be made in accordance with article 26-1 of the 1915 Law and thus are subject to a valuation report being established by an independent auditor.

Within the five year period referred to here above and in the limit of the authorized capital, the Board is authorized to issue convertible notes and to grant options to subscribe for shares, to such persons and on such other terms and conditions as the Board shall consider from time to time to be in the best interest of the Corporation.

The authorized and issued corporate capital of the Corporation may be increased or reduced by a resolution of the shareholders adopted in the manner required for amendment of these Articles of Incorporation.

In addition, the issued corporate capital of the Corporation may be increased by the issuance of new shares for subscription up to the amount of the authorized capital. Each time the Board shall so act to render effective, in whole or in part, an increase of the issued corporate capital as authorized by these Articles of Incorporation, the Board shall cause this Article to be amended so as to reflect such increase of capital and shall take or authorize the taking of all necessary action for the purpose of effecting such amendment in accordance with Luxembourg law.

The Board may create such capital reserves from time to time as it may determine is proper (in addition to those which are required by law) and shall create a paid-in surplus from funds received by the Corporation as issue premiums on the issue and sale of its shares, which reserves or paid in surplus may be used to provide for the payment for any shares which the Corporation may redeem in accordance with these Articles of Incorporation, for setting off any realized or unrealized capital losses or for the payment of any dividend or other distribution. The Corporation may, to the extent and under terms permitted by law, redeem its own shares.

Art. 6. The Shares shall be and remain in registered form. A register of Shares (the «Register») shall be kept at the Corporation's registered office. Ownership of registered Shares shall be established by an entry in said register. Share certificates will not be issued.

Payments of dividends to shareholders will be made to their addresses in the Register. No interest will be paid on dividends declared, pending their collection, or relating to shares held by the Corporation.

All issued Shares shall be registered in the Register, which shall be kept by the Corporation.

Each shareholder must provide the Corporation with an address. All notices and announcements from the Corporation to shareholders may be sent to such address which will also be entered in the Register.

The transfer of Shares shall be effected by a written declaration of transfer registered in the Register, such declaration of transfer to be dated and signed by the transferor and the transferee or by persons empowered by duly valid «power of attorney» to act therefore. The Corporation may also accept on its own discretion other means of transfer as evidence of such transfer.

Except in case of transfer to an entity being an affiliate of the Wellington Group, Shares issued by the Corporation may be transferred only with the prior approval of the Board.

Art. 7. The capital of the Corporation may be increased or reduced by a resolution of the shareholders adopted in the manner required for amendment of these Articles, as prescribed in Article 24 hereof.

Art. 8. Any regularly constituted meeting of shareholders of the Corporation shall have the broadest powers to order, carry out or ratify acts relative to the operations of the Corporation.

Art. 9. The annual general meeting of shareholders shall be held in accordance with Luxembourg law, in Luxembourg at the registered office of the Corporation, or at any other place in Luxembourg as may be specified in the notice of meeting, on the third Tuesday of the month of March at 2.00 p.m.

If such day is a legal or a bank holiday in Luxembourg, the annual general meeting shall be held on the next following business day at the same time. The annual general meeting may be held outside the Grand Duchy of Luxembourg, if, in the absolute and final judgement of the Board, exceptional circumstances so require.

Other meetings of shareholders may be held at such place and time as may be specified in the respective notices of meeting.

The quorum and time required by law shall govern the notice for and the conduct of the meetings of shareholders of the Corporation, unless otherwise provided herein.

Each Share is entitled to one vote, subject to the limitations imposed by these Articles. A shareholder may act at any meeting of shareholders by appointing another person as his proxy in writing or by cable or telegram or telex.

Except as otherwise required by law, resolutions at a meeting of shareholders duly convened will be passed by a simple majority of the Shares present or represented and voting.

The Board may determine all other conditions that must be fulfilled by shareholders for them to take part in any meeting of shareholders.

Art. 10. Shareholders will meet upon a call of the Board or upon the request of shareholders representing at least one-fifth of the outstanding share capital of the Corporation, pursuant to a notice setting forth the agenda, sent by mail at least eight days prior to the date of the general meeting to each shareholder at the shareholder's address in the Register and published in accordance with Luxembourg law.

As all Shares are in registered form, convening notices may also be sent by registered mail only.

However, if all shareholders are present or represented at a shareholders' meeting and if they declare to be informed of its agenda, the meeting may be held without convening notice or prior publications.

Art. 11. The Corporation shall be managed by a Board composed of at least three members, who need not be shareholders of the Corporation.

The directors shall be elected by the shareholders at a general meeting, for a maximum period of six years and until their successors are elected and qualify; provided, however, that a director may be removed with or without cause and/or replaced at any time by resolution adopted by the shareholders. In the event of vacancy in the office of director because of death, retirement or otherwise, the remaining directors may meet and may elect, by majority vote, a director to fill such vacancy until the next meeting of shareholders.

Art. 12. The Board shall elect among its members a chairman and may appoint a managing director. It may also choose a secretary, who needs not be a director, who shall be responsible for keeping the minutes of the meetings of the Board and of the shareholders. The Board shall meet upon call by the chairman or two directors, at the place indicated in the notice of the meeting.

The chairman shall preside at all meetings of shareholders and of the Board, but in his absence the shareholders or the Board may appoint another person as chairman pro tempore by vote of the majority present at any such meeting.

The Board may, from time to time, appoint officers of the Corporation, including a general manager and any other officers considered necessary for the operation and management of the Corporation.

Any such appointment may be revoked at any time by the Board.

Officers need not to be directors or shareholders of the Corporation. Prior authorization of the general meeting of shareholders is requested in case of delegation of the day-to-day management and representation of the Corporation to a director of the Corporation in accordance with article 60 of the 1915 Law.

The officers appointed, unless otherwise stipulated in these Articles, shall have the powers and duties given to them by the Board.

Written notice of any meeting of the Board shall be given to all directors at least twenty-four hours in advance of the hour set for such meeting, except in circumstances of emergency, in which case the nature of the circumstances shall be set forth in the notice of meeting.

This notice may be waived by the consent in writing or by cable, telegram, telex or telecopier of each director.

Separate notice shall not be required for individual meetings held at times and places prescribed in a schedule previously adopted by resolution of the Board.

A director may act at a meeting of the Board by appointing in writing or by cable or telegram or telex or telecopier another director as his proxy.

Except as stated below, the Board can deliberate or act validly only if at least a majority of the directors is in attendance (which may be by way of a conference telephone call) or represented at a meeting of the Board.

Decisions shall be taken by a majority of the votes of the directors present or represented at such meeting. In the event that in any meeting the number of votes for or against a resolution shall be equal, the chairman shall have a casting vote.

The directors may also approve by unanimous vote a circular resolution, by expressing their consent on one or several separate instruments in writing or by telex, telegram or telecopier, confirmed in writing, which shall all together constitute appropriate minutes evidencing such decision.

Art. 13. The minutes of any meeting of the Board shall be signed by the chairman or, in his absence, by the chairman pro tempore who presided at such meeting.

Copies or extracts of such minutes which may be produced in judicial proceedings or otherwise shall be signed by the chairman or by two directors.

Art. 14. The Board is vested with the broadest powers to perform all acts of administration and disposition in the Corporation's interest.

All powers not expressly reserved by law or by the present Articles to the general meeting of shareholders are in the competence of the Board.

The Board has in particular power to determine the corporate policy and the course of conduct of the management and business affairs of the Corporation.

Art. 15. No contract or other transaction between the Corporation and any other corporation or firm shall be affected or invalidated by the fact that any one or more of the directors or officers of the Corporation is interested in, or is a director, associate, officer or employee of such other corporation or firm.

Any director or officer of the Corporation who serves as a director, associate, officer or employee of any corporation or firm with which the Corporation shall contract or otherwise engage in business shall not, by reason of such affiliation with such other corporation or firm, be prevented from considering and voting or acting upon any matters with respect to such contract or other business.

In the event that any director or officer of the Corporation may have a personal interest in any transaction of the Corporation, such director or officer shall make known to the Board such personal interest and shall not consider or vote on any such transaction, and such transaction and such director's or officer's interest therein shall be reported to the next succeeding meeting of shareholders.

Art. 16. The Corporation may indemnify any director or officer, and his heirs, executors and administrators, against expenses, reasonably incurred by him in connection with any action, suit or proceeding to which he may be made a party by reason of his being or having been a director or officer of the Corporation or at its request, of any other corporation of which the Corporation is a shareholder or creditor and from which he is not entitled to be indemnified, except in relation to matters as to which he shall be finally adjudged in such action, suit or proceeding to be liable for gross negligence or wilful misconduct; in the event of a settlement, indemnification shall be provided only in connection with such matters covered by the settlement as to which the Corporation is advised by counsel that the person to be indemnified did not commit such a breach of duty.

The foregoing right of indemnification shall not exclude other rights to which he may be entitled.

Art. 17. Vis-a-vis third parties, the Corporation is validly bound by the signatures of two directors, or by the single or joint signature(s) of any person(s) to whom authority has been delegated by the Board.

Art. 18. The Board may delegate its powers to conduct the daily management and affairs of the Corporation (including the right to act as authorized signatory for the Corporation) and its powers to carry out acts in furtherance of the corporate policy and purpose to one or several physical persons or corporate entities, which need not be members of the Board, who shall have the powers determined by the Board and who may, if the Board so authorizes, sub-delegate their powers.

The Board may also confer other special powers of attorney by notaries or private proxy.

Art. 19. The operations of the Corporation, including particularly its books of accounts and the filing of any tax returns or other reports required by the laws of Luxembourg, shall be supervised by an independent and external auditor («réviseur d'entreprises agréé») appointed by the general meeting of shareholders of the Corporation for a period which may not exceed six years and shall remain in office until re-elected or until his successor is elected and qualifies. The auditor will be remunerated by the Corporation.

The auditor shall fulfil all duties prescribed by the 2002 Law.

Art. 20. The accounting year of the Corporation shall begin on the first day of October and shall terminate on the thirtieth day of September of the following year.

Art. 21. The accounts of the Corporation shall be expressed in EUR (Euros).

Art. 22. From the annual net profits of the Corporation, five percent shall be allocated to the reserve required by law.

This allocation shall cease to be required as soon as and as long as such legal reserve amounts to ten percent of the issued capital of the Corporation as stated in Article 5 hereof or as increased or reduced from time to time as provided in Article 7 hereof.

The general meeting of shareholders, upon recommendation of the Board, shall determine how the remainder of the annual net profits shall be disposed of and may declare stock dividends or cash dividends from time to time.

Any shares of the Corporation held by it shall be excluded from receiving dividends or from participating in the net liquidation proceeds.

The Board may, in accordance with the provisions of Luxembourg law and with the approval of the auditor («réviseur d'entreprises agréé»), declare and pay an interim dividend.

Art. 23. In the event of dissolution of the Corporation, liquidation shall be carried out by one or several liquidators (who may be physical persons or legal entities) appointed by the meeting of shareholders effecting such dissolution and which shall determine their powers and their compensation.

Art. 24. These Articles may be amended by a resolution of an extraordinary general meeting of shareholders, subject to the quorum and voting requirements provided by the laws of Luxembourg.

Art. 25. All funds to which shareholders are entitled pursuant to the liquidation of the Corporation and which shall not have been claimed by those entitled thereto before the close of the liquidation operations shall be deposited in favour of whom it may concern at the Caisse des Consignations in Luxembourg.

Art. 26. All matters not governed by these Articles shall be determined in accordance with the 1915 Law as well as with the 2002 Law.

Transitional Dispositions

- 1) The first accounting year shall begin on the date of the formation of the Company and shall terminate on September 30, 2007.
- 2) The first annual general meeting of shareholders shall be held in 2008.

Subscription and Payment

The subscribers have subscribed and have paid in cash the amounts as mentioned hereafter:

1) WELLINGTON MANAGEMENT COMPANY, LLP	2,375 shares
2) Wellington Global Administrator, Ltd	125 shares
Total:	<u>2,500 shares</u>

All the shares have been entirely paid-in so that the amount of one hundred and twenty-five thousand euros (EUR 125,000.-) is as of now available to the Corporation, as it has been justified to the undersigned notary.

Declaration

The undersigned notary herewith declares having verified the existence of the conditions enumerated in article 26 of the law of August 10, 1915, on commercial companies, as amended, and expressly states that they have been fulfilled.

Expenses

The expenses, costs, remunerations or charges in any form whatsoever which shall be borne by the Corporation as a result of its formation are estimated at approximately three thousand five hundred euro.

First Extraordinary General Meeting of Shareholders

The above named parties, representing the entire subscribed capital and considering themselves as duly convened, have immediately proceeded to hold an extraordinary general meeting of shareholders. Having first verified that it was regularly constituted, they have passed the following resolutions by unanimous vote:

1. The address of the Corporation is set 2-8, avenue Charles de Gaulle, L-1635 Luxembourg.
2. The number of directors is fixed at four and the number of auditors at one.
3. The following persons are appointed as directors for a maximum period of six (6) years, their mandate expiring on occasion of the annual general meeting of shareholders to be held in 2012:
 - a. Mr Matthew Coll, born in San Diego, California on October 3, 1965, Director, Wellington Management International Ltd., London, professionally residing at Cardinal Place, 80 Victoria Street, London SW1E 5JL, England;
 - b. Ms Nancy Lukitsh, born in Pittsburgh, Pennsylvania on June 25, 1956, Senior Vice President, Wellington Management Company, LLP, Boston, professionally residing at 75 State Street, Boston, Massachusetts;
 - c. Ms Sara Lou Sherman, born in Boston, Massachusetts on March 12, 1964, Vice President and Counsel, Wellington Management Company, LLP, Boston, professionally residing at 28 State Street, Boston, Massachusetts;
 - d. Mr Neil Medugno, born in Everett, Massachusetts on August 22, 1957, Senior Vice President, Wellington Management Company, LLP, Boston, professionally residing at 200 State Street, Boston, Massachusetts.

4. The following is appointed as independent auditor for the same period:

PricewaterhouseCoopers, S.à.r.l., 400, route d'Esch, B.P. 1443, L-1014 Luxembourg.

The undersigned notary who understands and speaks English, states herewith that on request of the above appearing persons, the present deed is worded in English followed by a French translation; on the request of the same appearing persons and in case of divergences between the English and the French text, the English version will prevail.

Whereof the present notarial deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document.

This deed having been read to the appearing persons, all of whom are known to the notary by their surnames, first names, civil status and residences, the said persons appearing before the Notary signed together with the Notary, the present original deed.

Suit la traduction en français du texte qui précède

L'an deux mille six, le onze décembre.

Par-devant Maître Henri Hellinck, notaire de résidence à Mersch, Luxembourg.

Ont comparu:

1) WELLINGTON MANAGEMENT COMPANY, LLP, une société en nom collectif à responsabilité limitée (limited liability partnership) de droits du Commonwealth de Massachusetts, ayant son siège social à 75 State Street, Boston, Massachusetts 02109, Etats-Unis d'Amérique,

dûment représentée par Monsieur Claude Niedner, avocat, demeurant à Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée à Boston, le 8 décembre 2006.

2) WELLINGTON GLOBAL ADMINISTRATOR, une société à responsabilité limitée (private limited company) de droit des Bermudes, ayant son siège social à Clarendon House, 2 Church Street, Hamilton HM 11, Bermudes,

dûment représenté par Monsieur Claude Niedner, avocat, demeurant à Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée à Boston, le 7 décembre 2006.

Les dites procurations, après avoir été signées ne varietur par le mandataire et par le notaire soussigné, resteront annexées au présent acte pour être soumises avec lui aux formalités de l'enregistrement.

Lesquels comparants, représentés comme indiqué ci-avant, ont requis le notaire instrumentaire d'arrêter les statuts d'une société anonyme qu'ils déclarent constituer entre eux comme suit:

Art. 1. Une société a été créée entre les souscripteurs et les futurs actionnaires sous la forme d'une société anonyme sous la dénomination de Wellington Luxembourg II S.A. (la «Société»).

Art. 2. La Société est constituée pour une durée illimitée. Elle peut être dissoute par décision des actionnaires prise selon les conditions requises pour la modification des présents statuts (les «Statuts»), telles que décrites à l'Article 24 des présentes.

Art. 3. La Société a pour objet la gestion collective de portefeuille d'organismes de placement collectif régis par la partie II de la loi du 20 décembre 2002 portant sur les organismes de placement collectif, telle que modifiée (la «Loi de 2002») et d'autres organismes de placement collectif qui, selon la loi luxembourgeoise, ne sont pas considérés comme étant des organismes de placement collectif en valeurs mobilières dans le sens de la Directive CEE 85/611 du 20 décembre 1985 telle que modifiée (ensemble les «OPCs»), pour le compte de leurs porteurs de parts ou actionnaires, conformément aux dispositions du chapitre 14 de la Loi de 2002.

La gestion collective de portefeuilles des OPCs comprend les fonctions suivantes:

- Gestion de portefeuille. A ce titre, la société de gestion pourra, pour le compte des OPCs, (i) fournir tout conseil en investissement ou prendre toute décision d'investissement, (ii) conclure des contrats, (iii) acheter, vendre, échanger et délivrer tout type de valeurs mobilières et/ou d'autres types d'actifs autorisés, (iv) exercer tout droit de vote relatif aux titres détenus par les OPCs sous gestion. Cette énumération n'est pas exhaustive.

- Administration des OPCs. Cette fonction comprend en particulier (i) l'évaluation des portefeuilles et l'évaluation des actions des OPCs, (ii) l'émission et le rachat d'actions des OPCs, (iii) la tenue du registre des porteurs de parts et/ou des actionnaires des OPCs, et (iv) l'enregistrement et la conservation des opérations. Cette énumération n'est pas exhaustive.

- Commercialisation des parts et/ou actions des OPCs au Luxembourg et à l'étranger.

La Société pourra déléguer tout ou partie de ces activités à des tiers.

La Société peut également gérer ses propres avoirs et effectuer toutes opérations et activités qu'elle estimera utiles à l'accomplissement et au développement de son objet social conformément à la loi du 10 août 1915 portant sur les sociétés commerciales, telle que modifiée (la «Loi de 1915») et au chapitre 14 de la Loi de 2002.

Art. 4. Le siège social de la Société est situé à Luxembourg-Ville, au Grand-Duché de Luxembourg. Il peut être créé par simple résolution du Conseil d'Administration (le «Conseil») des succursales ou autres bureaux tant au Luxembourg qu'à l'étranger.

Le siège social de la Société peut être transféré par une décision du Conseil pour autant que le siège reste situé à Luxembourg-Ville.

Au cas où le Conseil estimerait que des événements extraordinaires d'ordre politique, économique ou social, de nature à compromettre l'activité normale de la Société à son siège social ou la communication aisée entre ce siège et l'étranger, se sont produits ou sont imminents, il pourra transférer provisoirement le siège social à l'étranger jusqu'à la cessation complète de ces circonstances anormales; cette mesure temporaire n'aura toutefois aucun effet sur la nationalité de la Société, laquelle nonobstant le transfert provisoire de son siège restera une entité luxembourgeoise.

Art. 5. Le capital social est fixé à EUR 125.000,- (cent vingt-cinq mille euros), représenté par 2.500 (deux mille cinq cents) actions d'une valeur nominale de EUR 50,- (cinquante euros) chacune (les «Actions»), toutes entièrement libérées.

La Société a un capital autorisé de EUR 5.000.000,- (cinq millions euros) composé de 100.000 (cent mille) actions d'une valeur nominale de EUR 50,- (cinquante euros) chacune.

Le Conseil est autorisé (i) à émettre des actions supplémentaires jusqu'au capital total autorisé par apports en numéraire, apports en nature ou par conversion des bénéfices nets ou d'autres réserves disponibles en capital social, en tout ou en partie, périodiquement, tel que le Conseil peut déterminer discrétionnairement, dans une période expirant cinq ans à dater du jour de la publication des présents Statuts de la Société, et (ii) à déterminer les conditions de chaque augmentation de capital, y inclus, en relation aux apports en numéraire et en nature, le prix par action et les modalités de paiement et de livraison respectivement. Par ailleurs, les apports en nature devront être faits conformément à l'article 26-1 de la Loi de 1915 et ainsi sont soumis à un rapport d'évaluation établi par un réviseur d'entreprises indépendant.

Le Conseil est autorisé, dans la période de cinq ans telle que mentionné ci-dessus, à émettre des billets à ordre convertibles et à accorder des options de souscription d'actions à certaines personnes et selon les modalités et conditions que le Conseil considérera périodiquement comme étant dans le meilleur intérêt de la Société.

Le capital social autorisé et émis de la Société pourra être augmenté ou réduit par une résolution des actionnaires adoptée selon les conditions requises pour la modification des présents statuts.

Par ailleurs, le capital social émis de la Société pourra être augmenté par l'émission de nouvelles actions pour souscription jusqu'au montant du capital autorisé. Chaque fois que le Conseil agit de cette manière pour rendre effective, en tout ou en partie, une augmentation du capital social émis telle que prévue par les présents Statuts, le Conseil devra se charger de la modification du présent article pour refléter une telle augmentation de capital et devra prendre toutes les mesures ou autoriser la prise de toutes les mesures nécessaires afin d'effectuer une telle modification conformément à la loi luxembourgeoise.

Le Conseil pourra périodiquement créer des réserves de capital de la manière qu'il estime adéquate (en plus de celles exigées par la loi) et créera un surplus d'apport de fonds reçus par la Société comme prime d'émission lors de l'émission et la vente de ses actions. Ces réserves et surplus d'apports pourront être utilisées pour prévoir le paiement de toutes les actions que la Société rachètera conformément aux présents Statuts, pour absorber des moins-values réalisées ou potentielles ou pour le paiement de tout dividende ou autre distribution. La Société pourra racheter ses propres actions dans la mesure et selon les modalités permises par la loi.

Art. 6. Les Actions sont et resteront nominatives. Un registre d'Actions (le «Registre») doit être conservé au siège social de la Société. La propriété des Actions est établie par une inscription dans le Registre. Des certificats d'Actions (ci-après « Certificats») ne seront pas émis.

Le paiement de dividendes aux actionnaires se fera à leur adresse inscrite au Registre. Aucun intérêt ne sera payé sur des dividendes mis en paiement et non réclamés ou sur des Actions détenues par la Société.

Toutes les Actions seront inscrites dans le Registre qui sera tenu par la Société.

Tout actionnaire devra fournir à la Société une adresse. Toute notification et avis de la Société à des actionnaires pourront être envoyés à cette adresse qui sera également inscrite au Registre.

Le transfert d'Actions se fera par déclaration écrite de transfert inscrite au Registre. Cette déclaration de transfert devra être datée et signée par le cédant et le cessionnaire ou par des personnes habilitées par un mandat de représentation valide pour agir à cet effet. La Société pourra également accepter à sa discrétion d'autres modes de transfert en guise de preuve.

Excepté le cas de transferts entre entités du Groupe Wellington, les Actions émises par la Société ne pourront être transférées qu'avec l'accord préalable du Conseil.

Art. 7. Le capital social pourra être augmenté ou réduit par décision des actionnaires adoptée de la manière requise pour les modifications des Statuts, selon ce qui est prescrit à l'Article 24 ci-après.

Art. 8. Toute assemblée des actionnaires de la Société régulièrement constituée aura les pouvoirs les plus larges pour ordonner, faire ou ratifier tous actes relatifs aux opérations de la Société.

Art. 9. L'assemblée générale annuelle des actionnaires sera tenue, conformément à la loi luxembourgeoise, à Luxembourg au siège social de la Société, ou à tout autre lieu situé à Luxembourg tel que mentionné dans l'avis de convocation, le troisième mardi du mois de mars à 14 heures.

Si ce jour est un jour férié à Luxembourg, l'assemblée générale annuelle se tiendra le premier jour ouvrable suivant à la même heure. L'assemblée générale pourra se tenir en dehors du Grand-Duché de Luxembourg si, selon l'appréciation définitive et souveraine du Conseil, des circonstances exceptionnelles le requièrent.

D'autres assemblées d'actionnaires pourront se tenir aux heures et lieux spécifiés dans les avis de convocation.

Sauf disposition contraire des Statuts, les quorum et délai prévus par la loi s'appliqueront aux convocations et à la tenue des assemblées d'actionnaires de la Société.

Toute Action donne droit à une voix, sous réserve des restrictions imposées par les présents Statuts. Tout actionnaire pourra prendre part aux assemblées d'actionnaires en désignant par écrit ou par câble, télégramme ou télex une autre personne comme son mandataire.

Dans la mesure où il n'est pas autrement disposé par la loi, les décisions prises lors d'assemblées générales d'actionnaires dûment convoquées seront approuvées à la majorité simple des Actions présentes ou représentées et participant au vote.

Le Conseil peut déterminer toutes autres conditions à remplir par les actionnaires pour prendre part à toute assemblée d'actionnaires.

Art. 10. Les actionnaires se réuniront sur convocation du Conseil ou sur demande d'actionnaires représentant au moins un cinquième du capital social émis de la Société, conformément à une convocation présentant l'ordre du jour, envoyée par courrier au moins huit jours avant la date de l'assemblée générale, à chaque actionnaire, à l'adresse de l'actionnaire indiquée dans le Registre et publiée conformément aux dispositions de la loi luxembourgeoise.

Dans la mesure où toutes les Actions sont nominatives, les convocations peuvent être envoyées uniquement par lettre recommandée.

Toutefois, si tous les actionnaires sont présents ou représentés à une assemblée d'actionnaires et s'ils déclarent avoir été informés de l'ordre du jour de la réunion, celle-ci pourra se tenir sans avis de convocation ou publications préalables.

Art. 11. La Société sera administrée par un Conseil composé d'au moins trois membres, actionnaires ou non de la Société.

Les administrateurs seront élus par les actionnaires réunis en assemblée générale, pour une période maximale de six ans et jusqu'à ce que leurs successeurs aient été élus et aient accepté leurs fonctions, sous réserve de la possibilité de révoquer et/ou de remplacer un administrateur avec ou sans motif à tout moment par résolution approuvée par les actionnaires. En cas de vacance d'un poste d'administrateur pour cause de décès, démission ou toute autre cause, les administrateurs restants pourront se réunir et élire à la majorité des voix, un administrateur pour occuper ce poste vacant jusqu'à la prochaine assemblée d'actionnaires.

Art. 12. Le Conseil désignera parmi ses membres un président et pourra désigner un administrateur délégué. Il pourra aussi désigner un secrétaire qui n'est pas nécessairement un administrateur et qui sera responsable de la tenue des procès-verbaux des réunions du Conseil et des assemblées générales d'actionnaires. Le Conseil se réunira sur la convocation du président ou de deux administrateurs au lieu indiqué dans l'avis de convocation.

Le président présidera toutes les assemblées générales d'actionnaires et toutes les réunions du Conseil. Néanmoins, en son absence, les actionnaires ou le Conseil pourront désigner président de la réunion une autre personne, par un vote à la majorité de ceux présents lors d'une telle réunion.

Le Conseil pourra, de temps à autre, nommer un fondé de pouvoir, dont un directeur général, ou tout autre fondé de pouvoirs qu'il jugera nécessaire(s) à l'activité et à l'administration de la Société.

Ces nominations pourront être révoquées à tout moment par le Conseil.

Les fondés de pouvoirs n'ont pas besoin d'être administrateurs ou actionnaires de la Société. L'autorisation préalable de l'assemblée générale d'actionnaires est requise en cas de délégation de la gestion journalière et de la représentation auprès des tiers de la Société à un administrateur de la Société conformément à l'Article 60 de la Loi de 1915.

Les fondés de pouvoirs auront, sauf disposition contraire des présents Statuts, les pouvoirs et obligations qui leur auront été conférés par le Conseil.

Avis écrit de toute réunion du Conseil sera donné à tous les administrateurs au moins vingt-quatre heures avant l'heure prévue pour la réunion, sauf en cas d'urgence, dont la nature des circonstances sera mentionnée dans l'avis de convocation.

On pourra passer outre à cette convocation à la suite de l'assentiment par écrit ou par câble, télégramme, télex ou message télécopié de chaque administrateur.

Une convocation individuelle ne sera pas requise pour une réunion du Conseil se tenant à une heure et à un endroit déterminés dans une résolution préalablement adoptée par le Conseil.

Un administrateur pourra se faire représenter lors d'une réunion du Conseil en désignant par écrit, par télex, télégramme ou message télécopié un autre administrateur comme son mandataire.

Sous réserve de ce qui sera dit ci-après, le Conseil ne pourra délibérer et agir valablement que si la majorité des administrateurs participe à la réunion (ce qui pourra se faire au moyen d'une conférence organisée par téléphone) ou y est représentée.

Les décisions seront prises à la majorité des voix des administrateurs présents ou représentés lors d'une telle réunion. Au cas où lors d'une telle réunion le nombre de voix en faveur ou opposées à une décision sont équivalentes, le président disposera d'une voix prépondérante.

Les administrateurs pourront également approuver par vote unanime le texte d'une résolution circulaire, en exprimant leur accord sur un ou plusieurs documents séparés par écrit, télex, télégramme ou message télécopié, confirmés par écrit, lesquels constitueront tous ensemble le procès-verbal approprié documentant une telle décision.

Art. 13. Les procès-verbaux des réunions du Conseil seront signés par le président ou, en son absence, par l'administrateur qui aura assumé la présidence temporaire de la réunion.

Les copies ou extraits de ces procès-verbaux destinés à servir en justice ou ailleurs seront signés par le président ou par deux administrateurs.

Art. 14. Le Conseil est investi des pouvoirs les plus larges pour accomplir tous actes d'administration et de disposition dans l'intérêt de la Société.

Tous les pouvoirs non expressément réservés par la loi ou les présents Statuts à l'assemblée générale des actionnaires sont de la compétence du Conseil.

Le Conseil a en particulier le pouvoir de déterminer la politique générale et la conduite des affaires de la Société.

Art. 15. Aucun contrat ou autre transaction entre la Société et d'autres sociétés ou firmes ne sera affecté ou invalidé par le fait qu'un ou plusieurs administrateurs ou fondés de pouvoirs de la Société y sont intéressés, ou en sont administrateur, associé, fondé de pouvoirs ou employé.

Un administrateur ou fondé de pouvoirs de la Société qui remplira en même temps des fonctions d'administrateur, associé, fondé de pouvoirs ou employé d'une autre société ou firme avec laquelle la Société contractera ou entrera autrement en relations d'affaires, ne sera pour le motif de cette appartenance à cette société ou firme, pas empêché de donner son avis et de voter ou d'agir quant à toutes questions relatives à un tel contrat ou opération.

Au cas où un administrateur ou fondé de pouvoirs de la Société aurait un intérêt personnel dans une opération de la Société, il en informera le Conseil et il ne donnera pas d'avis ni ne votera sur une telle opération et cette opération ainsi que l'intérêt qu'un administrateur ou fondé de pouvoirs y a, sont portés à la connaissance de la prochaine assemblée générale des actionnaires.

Art. 16. La Société pourra indemniser tout administrateur ou fondé de pouvoirs ainsi que leurs héritiers, exécuteurs testamentaires ou administrateurs légaux des dépenses raisonnablement encourues par eux en relation avec toute action, procédure ou procès auxquels ils seront partie ou auront été impliqués en raison de la circonstance qu'ils sont ou ont été administrateur ou fondé de pouvoirs de la Société, ou en raison du fait qu'ils l'ont été à la demande de la Société dans une autre société, dans laquelle la Société est actionnaire ou créancier, dans la mesure où ils ne sont pas en droit d'être indemnisés par cette autre entité, sauf pour les matières dans lesquelles ils seront finalement condamnés pour négligence grave ou mauvaise administration délibérée dans le cadre d'une pareille action ou procédure; en cas d'arrangement extrajudiciaire, une telle indemnité ne sera accordée que si la Société est informée par son conseil que la personne à indemniser n'a pas commis un tel manquement à ses devoirs.

Ce droit à indemnisation n'exclura pas d'autres droits individuels dans le chef de ces personnes.

Art. 17. La Société sera engagée valablement envers les tiers par les signatures conjointes de deux administrateurs de la Société, ou par la signature seule ou les signatures conjointes de toute personne dûment autorisée par une résolution du Conseil.

Art. 18. Le Conseil peut déléguer ses pouvoirs afin de traiter la gestion et les affaires quotidiennes de la Société (y inclus le droit d'agir comme signataire autorisé au nom de la Société) et ses pouvoirs d'effectuer tous actes en accord avec la politique et l'objet de la Société à une ou plusieurs personnes physiques ou morales, membres ou non du Conseil, qui auront les pouvoirs déterminés par le Conseil et qui pourront, si le Conseil le leur autorise, sous-déléguer leurs pouvoirs.

Le Conseil pourra également conférer d'autres procurations spéciales par acte notarié ou sous seing privé.

Art. 19. Les opérations de la Société, notamment l'établissement des comptes et l'émission de ses déclarations fiscales et autres rapports requis par la loi luxembourgeoise seront contrôlées par un réviseur d'entreprises agréé indépendant désigné par l'assemblée générale des actionnaires de la Société pour une période qui ne pourra excéder six années et qui demeurera en fonction jusqu'à sa réélection ou jusqu'à ce qu'un successeur soit élu et entre en fonction. Le réviseur d'entreprises agréé sera rémunéré par la Société.

Le réviseur d'entreprises agréé remplira toutes les fonctions prescrites par la Loi de 2002.

Art. 20. L'exercice comptable de la Société commencera le premier octobre et se terminera le trente septembre de l'année suivante.

Art. 21. Les comptes de la Société seront exprimés en EUR (euros).

Art. 22. Sur les bénéfices nets annuels de la Société, il sera prélevé cinq pour cent qui seront attribués à la réserve légale.

Cette attribution cessera d'être requise dès que et aussi longtemps que cette réserve légale s'élèvera à dix pour cent du capital social émis par la Société, tel qu'énoncé à l'Article 5 des présents Statuts ou tel qu'augmenté ou réduit de temps en temps selon ce qui est prévu à l'Article 7 ci-dessus.

L'assemblée générale des actionnaires décidera, sur recommandation du Conseil, de l'usage à faire du solde du bénéfice net annuel et pourra de temps à autre déclarer des dividendes sous forme d'actions gratuites ou sous forme de répartitions en espèces.

Les actions qui seront détenues par la Société seront exclues du droit de toucher des dividendes et du droit de participer au produit net de la liquidation.

Le Conseil pourra, conformément aux dispositions de la loi luxembourgeoise et avec l'accord du réviseur d'entreprises agréé, déclarer et mettre en paiement des dividendes intérimaires.

Art. 23. En cas de dissolution de la Société, il sera procédé à la liquidation par les soins d'un ou de plusieurs liquidateurs (qui pourront être des personnes physiques ou morales) nommés par l'assemblée générale des actionnaires décidant cette dissolution et qui déterminera leurs pouvoirs et leurs émoluments.

Art. 24. Ces Statuts pourront être modifiés par une décision d'une assemblée générale extraordinaire des actionnaires, aux conditions de quorum et de majorité prévues par la loi de Luxembourg.

Art. 25. Tous fonds auxquels les actionnaires auront droit à la suite de la liquidation de la Société et qui n'auront pas été réclamés par ceux auxquels ils reviennent avant la clôture des opérations de liquidation, seront déposés en faveur de qui il appartiendra auprès de la Caisse des Consignations à Luxembourg.

Art. 26. Toutes matières qui ne sont pas régies par ces Statuts seront réglées conformément à la Loi de 1915 ainsi qu'à la Loi de 2002.

Dispositions Transitoires

1) Le premier exercice social commencera le jour de la constitution de la Société et se terminera le 30 septembre 2007.

2) La première assemblée générale annuelle des actionnaires aura lieu en 2008.

Souscription et Libération

Les souscripteurs ont souscrit les actions comme suit:

1)WELLINGTON MANAGEMENT COMPANY, LLP	2.375 actions
2)WELLINGTON GLOBAL ADMINISTRATOR, Ltd	125 actions
Total:	<u>2.500 actions</u>

Toutes les actions ont été entièrement libérées, de sorte que la somme de cent vingt-cinq mille euros (EUR 125,000.-) est dès maintenant à la disposition de la Société, ce dont il a été justifié au notaire soussigné.

Déclaration

Le notaire soussigné déclare avoir vérifié l'existence des conditions énumérées à l'article 26 de la loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et déclare expressément qu'elles sont remplies.

Frais

Le montant des frais, dépenses, rémunérations et charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la Société ou qui sont mis à sa charge à raison de sa constitution sont évalués à environ trois mille cinq cents euros.

Assemblée Générale Extraordinaire

Et aussitôt les actionnaires, représentant l'intégralité du capital souscrit et se considérant comme dûment convoqués, se sont réunis en assemblée générale extraordinaire. Après avoir constaté que celle-ci était régulièrement constituée, ils ont pris à l'unanimité des voix les résolutions suivantes:

1. L'adresse de la Société est établie à 2-8, avenue Charles de Gaulle, L-1635 Luxembourg.

2. Le nombre des administrateurs est fixé à quatre et le nombre des commissaires aux comptes à un.

3. Les personnes suivantes ont été nommées administrateurs pour une durée maximale de six (6) ans, leur mandat expirant lors de l'assemblée générale annuelle des actionnaires de l'année 2012:

a. Monsieur Matthew Coll, né le 3 octobre 1965 à San Diego, Californie, Directeur, Wellington Management International Ltd., Londres, résidant professionnellement à Cardinal Place, 80 Victoria Street, Londres SW1E 5JL, Angleterre;

b. Madame Nancy Lukitsh, née le 25 juin 1956 à Pittsburgh, Pennsylvanie, Vice Présidente, Wellington Management Company, LLP, Boston, résidant professionnellement à 75 State Street, Boston, Massachusetts;

c. Madame Sara Lou Sherman, née le 12 mars 1964 à Boston, Massachusetts, Vice Présidente et Avocate, Wellington Management Company, LLP, Boston, résidant professionnellement à 28 State Street, Boston, Massachusetts;

d. Monsieur Neil Medugno, né le 22 août 1957 à Everett, Massachusetts, Vice Président Senior, Wellington Management Company, LLP, Boston, résidant professionnellement à 200 State Street, Boston, Massachusetts.

4. A été nommé réviseur d'entreprise pour la même période:

116104

PricewaterhouseCoopers, S.à.r.l., 400, route d'Esch, B.P. 1443, L-1014 Luxembourg.

Le notaire soussigné qui comprend et parle l'anglais, constate que sur demande des comparants, le présent acte est rédigé en langue anglaise suivi d'une version française; sur demande des mêmes comparants et en cas de divergences entre le texte français et le texte anglais, le texte anglais fait foi.

Dont acte, passé à Luxembourg, date qu'en tête.

Et après lecture faite et interprétation donné aux comparants, tous connus du notaire instrumentant par leurs noms, prénoms usuels, états et demeures, ceux-ci ont signé avec le notaire le présent acte.

Signé: C. Niedner - H. Hellinckx.

Enregistré à Mersch, le 14 décembre 2006, vol. 440, fol. 24, case 11. – Reçu 1.250,- Euros.

Le Receveur (signé): A. Muller.

Pour copie conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Mersch, le 15 décembre 2006.

H. Hellinckx.

(140058.3/242/555) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 décembre 2006.

euroscript International S.A., Aktiengesellschaft.
Gesellschaftssitz: L-8077 Bertrange, 55, rue de Luxembourg.
H. R. Luxemburg B 122.347.

STATUTEN

Im Jahre zweitausendsechs, den achten Dezember,

Vor dem unterzeichneten Notar Henri Hellinckx, mit Amtssitz in Mersch, Großherzogtum Luxemburg,

Sind erschienen:

SAARBRÜCKER ZEITUNG VERLAG UND DRUCKEREI, GmbH, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet und bestehend nach deutschem Recht, mit Sitz in Gutenbergstraße 11-23, 66117 Saarbrücken, Deutschland, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Saarbrücken unter Nummer HRB 4032 (nachfolgend die «GmbH»), hier vertreten durch Frau Yasmin Gabriel, maître en droit, wohnhaft in Luxemburg, aufgrund einer privatschriftlichen Vollmacht die am 1. Dezember 2006 in Luxemburg ausgestellt wurde.

Die Vollmacht bleibt nach Zeichnung ne varietur durch die Bevollmächtigte und den unterzeichneten Notar gegenwärtiger Urkunde als Anlage beigefügt, um mit derselben eingetragen zu werden.

Die GmbH ersucht den unterzeichneten Notar die Satzung einer Aktiengesellschaft die sie hiermit gründet, wie folgt zu beurkunden:

I. Name, Sitz, Dauer und Zweck

Art. 1. Die Gesellschaft ist eine Aktiengesellschaft nach Luxemburger Recht und führt den Namen euroscript International S.A.

Art. 2. Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

Art. 3. (1) Zweck der Gesellschaft ist die Erbringung von jeglichen Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Erstellung, der Bearbeitung und Übersetzung sowie der Verbreitung von Dokumenten und Daten aller Art einschließlich der Übernahme von Geschäftsprozessen, der Beratung, dem Verkauf von Hardware und Softwarelizenzen, der Softwareentwicklung und -implementierung sowie des Betriebs von Rechenzentren. Die Gesellschaft kann sich an anderen Gesellschaften im In- und Ausland mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck in jeder Weise beteiligen, die Geschäfte solcher Gesellschaften führen und für diese in jeder Weise tätig werden. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die der Erreichung ihres Zwecks förderlich sind und im Rahmen der Bestimmungen des Gesetzes vom zehnten August neunzehnhundertfünfzehn über die Handelsgesellschaften, neue Fassung (das «Gesellschaftsgesetz») zulässig sind.

Art. 4. (1) Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in Bertrange. Durch einfachen Beschluss des Vorstandes mit Zustimmung des Aufsichtsrates können jederzeit Filialen oder Geschäftsstellen sowohl im Großherzogtum Luxemburg als auch im Ausland gegründet werden.

(2) Falls durch außergewöhnliche Ereignisse politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Natur die Gesellschaft nach Ansicht des Vorstandes und des Aufsichtsrates in ihrer Tätigkeit am Gesellschaftssitz eingeschränkt oder der reibungslose Verkehr zwischen dem Sitz der Gesellschaft und dem Ausland behindert wird oder falls eine solche Einschränkung oder Behinderung unmittelbar bevorsteht, kann der Sitz der Gesellschaft durch einfachen Beschluss des Vorstandes mit Zustimmung des Aufsichtsrates vorübergehend bis zur völligen Normalisierung der Verhältnisse in ein anderes Land verlegt werden. Eine solche Maßnahme berührt die luxemburgische Staatszugehörigkeit der Gesellschaft nicht.

II. Kapital - Aktien

Art. 5. (1) Das gezeichnete Kapital beträgt EUR 400.000,- (vierhunderttausend Euro) und ist in 200.000 (zweihunderttausend) Aktien der Klasse 1 mit einem Nominalwert von je EUR 2,- (zwei Euro) eingeteilt.

(2) Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft kann durch Beschluss der Hauptversammlung der Aktionäre, welcher in der für Satzungsänderungen geltenden Form zu fassen ist, erhöht oder herabgesetzt werden. Die Gesellschaft kann innerhalb der gesetzlich zulässigen Beschränkungen eigene Aktien erwerben.

(3) Der Vorstand ist mit Zustimmung des Aufsichtsrats berechtigt, ab dem Datum der Veröffentlichung der Gründungsurkunde der Gesellschaft bis zum 30. Juni 2007 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe von bis zu insgesamt 50.000

(fünfzigtausend) Aktien mit einem Nominalwert von je EUR 2,- (zwei Euro) das gezeichnete Kapital der Gesellschaft gegen Bar- und/oder Sacheinlagen unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu erhöhen.

(4) Die Hauptversammlung der Aktionäre (im Rahmen des Absatz 2) und der Vorstand (im Rahmen des Absatz 3) können Aktien verschiedener Aktienklassen ausgeben. Die mit diesen Aktienklassen zusammenhängenden besonderen Rechte werden durch diese Satzung festgelegt. In dieser Satzung ist jede Bezugnahme auf «Aktien» und «Aktionäre» im Plural wie auch im Singular als Bezugnahme auf «Aktien aller Aktienklassen» und «Aktionäre aller Aktienklassen» zu verstehen, soweit nicht anders vorgesehen.

Art. 6. Die Gesellschaft kann einen oder mehrere Aktionäre haben. Der Tod oder die Auflösung des alleinigen Aktionärs (oder eines anderen Aktionärs) führt nicht zur Auflösung der Gesellschaft.

Art. 7. (1) Die Aktien der Gesellschaft sind Namensaktien.

(2) Es können Aktienzertifikate über Namensaktien ausgestellt werden. Diese Aktienzertifikate sind von zwei Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen.

(3) Die Gesellschaft erkennt nur einen Eigentümer pro Aktie an; sollte das Recht an einer Aktie geteilt, abgeleitet oder streitig sein, müssen diejenigen, die das Recht an der Aktie geltend machen, einen einzigen Bevollmächtigten ernennen um die Aktie gegenüber der Gesellschaft zu vertreten. Die Gesellschaft kann die Wahrnehmung aller Rechte bezüglich dieser Aktie suspendieren, bis eine einzige Person zum Rechtsinhaber an der Aktie im Verhältnis zur Gesellschaft ernannt worden ist.

III. Hauptversammlung der Aktionäre

Art. 8. (1) Die ordnungsgemäß gebildete Hauptversammlung der Aktionäre vertritt alle Aktionäre der Gesellschaft. Sie hat jegliche Befugnis zur Anordnung, Ausführung oder Ratifizierung aller Handlungen im Hinblick auf die Geschäfte der Gesellschaft, welche nicht ausdrücklich dem Vorstand/Aufsichtsrat vorbehalten sind. Besitzt die Gesellschaft lediglich einen Aktionär, übt dieser Aktionär die Funktion der Hauptversammlung der Aktionäre aus.

(2) Die Hauptversammlung wird durch den Vorstand einberufen.

Sie kann auch auf Antrag von Aktionären, welche wenigstens ein Zwanzigstel des Kapitals vertreten, einberufen werden. Aktionäre, die wenigstens 5% (fünf Prozent) des Kapitals der Gesellschaft vertreten, können verlangen, dass ein oder mehrere Punkte auf die Tagesordnung der Hauptversammlung der Aktionäre gesetzt werden. Eine solche Eingabe muss an den Sitz der Gesellschaft geschickt werden und der Gesellschaft wenigstens 5 (fünf) Tage vor dem Datum der Hauptversammlung der Aktionäre zugehen.

Art. 9. (1) Die jährliche Hauptversammlung findet am Sitz der Gesellschaft oder an einem anderen in der Einladung bestimmten Ort in Bertrange jeweils um 12.00 Uhr am letzten Montag des Monats Mai eines jeden Jahres oder, wenn dieser Tag auf einen Feiertag fällt, am nächsten darauf folgenden Werktag statt. Andere Hauptversammlungen können an den in den Einberufungsschreiben bestimmten Zeitpunkten und Orten abgehalten werden.

(2) Die Einberufungsschreiben unterliegen den gesetzlich erforderlichen Fristen, soweit diese Satzung keine anderweitige Regelung trifft.

(3) Aktionäre können an Hauptversammlungen der Aktionäre durch Videokonferenz oder durch andere Kommunikationsmittel teilnehmen, die die Identifizierung der Teilnehmer zulassen, es ihnen erlauben sich ständig gegenseitig zu hören und wirksam teilzunehmen. Die derart beteiligten Aktionäre sind für die Berechnung des Anwesenheitsquorums und der Mehrheit als anwesend anzusehen.

(4) Jede Aktie gewährt eine Stimme. Jeder Aktionär kann sich auf der Hauptversammlung durch einen schriftlich, per Kabel, Telegramm, Telex oder Telefax bevollmächtigten Dritten vertreten lassen. Die Hauptversammlung ist beschlussfähig, wenn die anwesenden oder vertretenen Aktionäre mindestens die Hälfte aller Stimmen haben, soweit nicht durch Gesetz oder Satzung ein anderes Anwesenheitsquorum vorgesehen ist. Beschlüsse auf einer ordnungsgemäß einberufenen Hauptversammlung werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden und vertretenen Stimmen gefasst, sofern das Gesetz oder die gegenwärtige Satzung keine anderweitige Bestimmung treffen.

(5) Der Vorstand kann alle weiteren Bedingungen festlegen, welche von den Aktionären erfüllt werden müssen, um an einer Versammlung der Aktionäre teilnehmen zu können. Sind alle Aktionäre in einer Hauptversammlung anwesend oder vertreten und erklären sie, die Tagesordnung zu kennen, so kann die Versammlung ohne vorherige Einberufung abgehalten werden.

IV. Vorstand

Art. 10. (1) Der Unterparagraf 2 zum § 4 des Gesellschaftsgesetzes ist anwendbar auf die Gesellschaft, soweit in der vorliegenden Satzung nichts anderes bestimmt ist.

(2) Die Gesellschaft wird durch einen Vorstand verwaltet, der aus mindestens drei Mitgliedern besteht, die keine Aktionäre sein müssen. Die Mitglieder werden vom Aufsichtsrat für eine Dauer gewählt, die fünf Jahre nicht überschreiten darf; sie können jederzeit ohne Angabe von Gründen vom Aufsichtsrat abberufen werden; der Aufsichtsrat wählt sie mit einfacher Mehrheit und bestimmt ihre nähere Anzahl und ihre Bezüge. Vorstandsmitglieder können wieder gewählt werden.

(3) Sofern (i) die Gesellschaft nur einen Alleinaktionär hat oder (ii) ihr Aktienkapital geringer als EUR 500.000,- (fünfhunderttausend Euro) ist kann der Vorstand aus nur einem oder mehreren Mitgliedern bestehen.

(4) Scheidet in Folge des Todes, Rücktritts oder aus einem sonstigen Grund ein Vorstandsmitglied aus seinem Amt, so kann das freigewordene Amt gemäß den gesetzlichen Bestimmungen, vorläufig bis zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrates besetzt werden. Besteht der Vorstand nur aus einem Mitglied, so kann im vorausgehenden Fall das freigewordene Amt vorläufig bis zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrates durch ein Mitglied des Aufsichtsrates besetzt werden, welches vom Aufsichtsrat bestimmt wird. Während dieser Zeit ruht für dieses Mitglied des Aufsichtsrates seine Funktion als Auf-

sichtsrat. Die nächste Sitzung des Aufsichtsrates zur endgültigen Neubesetzung findet möglichst zeitnah zur vorbenannten vorläufigen Besetzung statt.

(5) Der Vorstandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden durch den Aufsichtsrat bestellt. Der Vorstand kann einen Sekretär, welcher für die Protokollierung der Sitzungen des Vorstands verantwortlich ist und kein Vorstandsmitglied sein muss, bestimmen. Der Vorsitzende hat den Vorsitz in jeder Sitzung des Vorstands. Im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden übernimmt der Stellvertreter zeitweilig den Vorsitz. Bei Verhinderung des Vorsitzenden und des Stellvertreters bestimmen die anwesenden Vorstandsmitglieder mit einfacher Mehrheit der Stimmen der Anwesenden ein Vorstandsmitglied zum zeitweiligen Vorsitzenden.

(6) Sofern ein Vorstandsmitglied eine juristische Person ist, muss es eine natürliche Person als seinen permanenten Vertreter ernennen, der das Mandat im Namen und für Rechnung der juristischen Person ausübt. Der permanente Vertreter ist für die Ausübung seines Mandates in gleichem Maße haftbar, als wenn er in eigenem Namen und für eigene Rechnung handeln würde, unbeschadet der gesamtschuldnerischen Haftung der durch ihn vertretenen juristischen Person. Letztere kann ihren permanenten Vertreter nur abberufen, wenn sie zur gleichen Zeit einen neuen permanenten Vertreter ernennt.

Art. 11. (1) Der Vorstand wird vom Vorsitzenden, seinem Stellvertreter oder auf Antrag von zwei Vorstandsmitgliedern einberufen.

(2) Die Einberufungen zu jeder Vorstandssitzung erfolgen separat an jedes Mitglied. Außer in Dringlichkeitsfällen, deren Natur und Gründe in dem Einberufungsschreiben erwähnt werden müssen, muss das Einberufungsschreiben wenigstens vierundzwanzig (24) Stunden vor dem Sitzungstermin zugegangen sein.

(3) Auf das Einberufungsschreiben kann durch schriftliche Zustimmung, Kabel, E-Mail, Telegramm, Fax oder ein vergleichbares Kommunikationsmittel seitens jedes Vorstandsmitglieds verzichtet werden. Ein gesondertes Einberufungsschreiben ist auch dann nicht erforderlich, wenn Zeit und Ort der Sitzung in einem vorausgehenden Vorstandsbeschluss festgelegt wurden. Sogar ohne Einberufungsschreiben ist eine Sitzung als rechtmäßig abgehalten zu betrachten, falls alle Vorstandsmitglieder anwesend oder vertreten sind.

(4) Die Sitzungen finden an den im Einberufungsschreiben erwähnten Ort, Tag und Stunde statt.

(5) Der Vorstand ist nur beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend oder vertreten ist. Besteht der Vorstand aus zwei Mitgliedern, so ist der Vorstand nur beschlussfähig, wenn beide Mitglieder anwesend sind. Der Anwesenheit ist gleichzusetzen die Teilnahme per Telefon oder Videokonferenz oder durch ein vergleichbares Kommunikationsmittel, sofern alle teilnehmenden Mitglieder sich untereinander verständigen und verstehen und so effektiv an der Sitzung teilnehmen können.

(6) Jedes Vorstandsmitglied kann sich in einer Sitzung des Vorstands aufgrund einer schriftlich, per Fax, per E-Mail oder in vergleichbarer Weise erteilten Vollmacht durch ein anderes Vorstandsmitglied vertreten lassen. Ein Vorstandsmitglied kann mehrere andere Vorstandsmitglieder vertreten.

(7) Die Beschlüsse des Vorstands werden mit einfacher Stimmenmehrheit der auf der Sitzung anwesenden oder vertretenen Vorstandsmitglieder gefasst. Bei Stimmgleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend (sogenanntes «casting vote»). Dieses casting vote steht nicht dem Stellvertreter des Vorsitzenden oder zeitweiligen Vorsitzenden im Sinne des Artikels 10 Absatz 5 zu. Lässt der Vorsitzende sich bei einer Sitzung durch ein anderes Vorstandsmitglied vertreten, so kann dieses Vorstandsmitglied im Rahmen seiner Vertretungsbefugnis das casting vote für und im Namen des Vorsitzenden ausüben.

(8) Eine Beschlussfassung ist auch im schriftlichen Umlaufverfahren zulässig. Schriftlich gefasste einstimmige Beschlüsse, die von allen Vorstandsmitgliedern genehmigt und unterschrieben sind, sind genauso rechtswirksam wie anlässlich einer Vorstandssitzung gefasste Beschlüsse. Solche Unterschriften können auf einem einzelnen Dokument oder auf mehrfachen Abschriften eines identischen Beschlusses stehen und können bestätigt werden durch Brief, Telegramm oder Fernschreiben; die Gesamtheit aller Unterlagen bildet das Protokoll, das als Nachweis der Beschlussfassung dient.

(9) Ein Vorstandsmitglied, welches entgegengesetzte Interessen hat gegenüber der Gesellschaft in einer Angelegenheit, welche dem Vorstand zu Genehmigung vorgelegt wird, ist verpflichtet, den Vorstand hierüber zu benachrichtigen und muss die diesbezügliche Eintragung in den Sitzungsbericht anstreben. Dieses Vorstandsmitglied wird nicht an dem betreffenden Beschluss des Vorstands teilnehmen. Die Bestimmungen dieses Absatzes finden keine Anwendung, wenn der Vorstand nur aus einem Mitglied besteht. Im letzten Fall wird im Sitzungsprotokoll vermerkt, welche Geschäfte beziehungsweise Handlungen zwischen der Gesellschaft und dem Vorstand gemacht wurden, bei welchen der Vorstand der Gesellschaft entgegen gesetzte Interessen hatte.

(10) Bevor die nächstfolgende Sitzung des Vorstands über andere Punkte zu beschließen hat, müssen die Aktionäre Kenntnis erhalten von den Fällen, in welchen ein Vorstandsmitglied einen Interessenkonflikt gegenüber der Gesellschaft hat.

(11) Für den Fall, dass ein Vorstandsmitglied sich wegen eines Interessenkonfliktes enthält, werden Beschlüsse, welche durch die Mehrheit der anderen Vorstandsmitglieder in solch einer Sitzung gefasst werden, als gültig angesehen.

Art. 12. (1) Die Protokolle der Sitzungen des Vorstands werden vom Vorsitzenden oder in seiner Abwesenheit von zwei Vorstandsmitgliedern unterschrieben. Sofern Vorstandssitzungen durch ein schriftliches Verfahren ersetzt werden, sind die dem schriftlichen Verfahren zugrunde liegenden Unterlagen zusammenzuführen; Satz 1 dieses Absatzes findet entsprechende Anwendung.

(2) Abschriften oder Auszüge der Protokolle, die vor Gericht oder anderweitig vorgelegt werden sollen, werden vom Vorsitzenden oder von zwei Mitgliedern des Vorstands unterzeichnet.

Art. 13. (1) Der Vorstand hat die weitestgehenden Befugnisse um alle Verwaltungs- und Verfügungshandlungen im Interesse der Gesellschaft vorzunehmen. Der Vorstand wird die Gesellschaft vor Gericht als Klägerin oder als Beklagte vertreten. Er kann hierzu geeignete Personen bevollmächtigen.

(2) Der Vorstand ist für alles zuständig, was nicht ausdrücklich durch das Gesellschaftsgesetz und durch die gegenwärtige Satzung der Hauptversammlung oder dem Aufsichtsrat vorbehalten ist.

(3) Die laufende Geschäftsführung der Gesellschaft sowie die diesbezügliche Vertretung Dritten gegenüber können gemäß Artikel 60 des Gesellschaftsgesetzes auf ein oder mehrere Vorstandsmitglieder, leitende Angestellte, Geschäftsführer oder sonstige Vertretungsberechtigte übertragen werden. Ihre Ernennung, Abberufung und sonstigen Befugnisse werden durch Beschluss des Vorstands geregelt.

(4) Ferner kann die Gesellschaft einzelne Aufgaben der Geschäftsführung durch privatschriftliche oder beglaubigte Vollmacht auf ein oder mehrere Vorstandsmitglieder oder auf Dritte übertragen.

Art. 14. (1) Alle Schriftstücke sowie jede Ernennung von Bevollmächtigten verpflichten die Gesellschaft rechtskräftig, wenn dieselben von zwei Vorstandsmitgliedern oder von einem im Rahmen der ihm erteilten Vollmachten handelnden Delegierten des Vorstands unterschrieben werden. Wurde nur ein Vorstandsmitglied gewählt, so genügt die Unterschrift dieses einzelnen Vorstandsmitglieds.

(2) Die Gesellschaft wird durch die gemeinsame Unterschrift von zwei Vorstandsmitgliedern oder durch die Einzelunterschrift jeder entsprechend vom Vorstand bevollmächtigten Person(en) verpflichtet.

V. Aufsichtsrat

Art. 15. (1) Die Gesellschaft wird durch einen Aufsichtsrat überwacht, der aus mindestens drei Mitgliedern besteht, die keine Aktionäre sein müssen. Falls die Gesellschaft einen Alleinaktionär hat oder wenn in einer Hauptversammlung festgestellt wird, dass alle ausgegebenen Aktien der Gesellschaft von einem Aktionär gehalten werden, kann der Aufsichtsrat aus einem oder mehreren Mitgliedern bestehen. Satz 2 dieses Absatzes gilt bis zur ersten jährlichen ordentlichen Hauptversammlung welche auf den Zeitpunkt folgt, an dem die Gesellschaft feststellt, dass die Voraussetzungen von Satz 1 dieses Absatzes nicht mehr vorliegen.

(2) Sofern ein Mitglied des Aufsichtsrates keine natürliche Person ist, muss es eine natürliche Person als seinen permanenten Vertreter ernennen, der das Mandat im Namen und für Rechnung der juristischen Person ausübt. Der permanente Vertreter ist für die Ausübung seines Mandates in gleichem Maße haftbar, als wenn er in eigenem Namen und für eigene Rechnung handeln würde, unbeschadet der gesamtschuldnerischen Haftung der durch ihn vertretenen juristischen Person. Letztere kann ihren permanenten Vertreter nur abberufen, wenn sie zur gleichen Zeit einen neuen permanenten Vertreter ernannt.

(3) Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden von der Hauptversammlung der Gesellschafter für eine Dauer gewählt, die fünf Jahre nicht überschreiten darf; sie können jederzeit ohne Angabe von Gründen von der Hauptversammlung der Gesellschafter abberufen werden. Die Aktionäre der Aktienklasse 1 und die Aktionäre der Aktienklasse 2 sind jeweils berechtigt zwei Personen als Aufsichtsratsmitglied vorzuschlagen. Die Hauptversammlung der Gesellschafter wählt sie mit einfacher Mehrheit und bestimmt ihre Anzahl und ihre Bezüge. Aufsichtsratsmitglieder können wieder gewählt werden.

(4) Der Aufsichtsrat wählt aus dem Kreise seiner Mitglieder einen Vorsitzenden und hat auch die Möglichkeit, einen stellvertretenden Vorsitzenden zu bestellen. Er kann auch einen Sekretär bestellen, welcher nicht Mitglied des Aufsichtsrates sein muss, und welcher für die Protokolle der Sitzungen des Aufsichtsrates verantwortlich ist. Sollte bei der Wahl des Vorsitzenden keine Mehrheit zustande kommen, wählt die Hauptversammlung einen Vorsitzenden.

(5) Die Geschäftsführung des Vorstands wird vom Aufsichtsrat überwacht. Der Aufsichtsrat nimmt nicht an der Geschäftsführung der Gesellschaft teil und hat diesbezüglich keine Befugnisse. Der Aufsichtsrat vertritt die Gesellschaft nicht gegenüber Dritten.

(6) Die folgenden Geschäfte der Gesellschaft und der von ihr beherrschten Unternehmensgruppe bedürfen einer vorherigen Zustimmung durch den Aufsichtsrat:

- (i) alle über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb hinausgehende Geschäftsführungsmaßnahmen
- (ii) Feststellung der jährlich vor Beginn eines Geschäftsjahres aufzustellenden Planung für das folgende Geschäftsjahr, bestehend aus Umsatz- und Ergebnisplan, Finanzplan, Personalplan und Investitionsplan
- (iii) Erwerb, Veräußerung, Auflösung, Kündigung und Belastung von wesentlichen Beteiligungen an anderen Unternehmen
- (iv) Errichtung und Aufgabe von Zweigniederlassungen
- (v) Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Grundstücken und Rechten an solchen, sowie Veräußerung oder Belastung von Teilen der Geschäftsvermögens, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb hinausgehen
- (vi) Vornahme von Investitionen, welche den vom Aufsichtsrat für das einzelne Geschäftsjahr gemäß Artikel 15 (6) (ii) festgesetzten Rahmen - wenn ein solcher nicht festgesetzt ist, den des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs - überschreiten
- (vii) Aufnahme von langfristigen Krediten jeder Art sowie Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder ähnlichen Haftungen, welche den vom Aufsichtsrat für das einzelne Geschäftsjahr gemäß Artikel 15 (6) (ii) festgesetzten Rahmen - wenn ein solcher nicht festgesetzt ist, den des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs - überschreiten
- (viii) Abschluss von Miet- oder sonstigen Dauerschuldverhältnissen - soweit nicht gem. Art. 15 (6) (ii) budgetiert - mit einer Vertragsdauer von mehr als einem Jahr und/oder mit einer Belastung von mehr als EUR 50.000,- (fünfzigtausend Euro)
- (ix) Abschluss und Auflösung von Dienstverträgen mit leitenden Angestellten mit einem Jahresgehalt von mehr als EUR 75.000,- (fünfundszwanzigtausend Euro) brutto und Gehaltserhöhungen über diesen Betrag hinaus
- (x) Bestellung von Organmitgliedern wesentlicher Beteiligungsgesellschaften und Erteilung von Prokura oder ähnlicher Vollmachten anderer Rechtsordnungen
- (xi) Abschluss von Beraterverträgen ab einer Jahressumme von mehr als EUR 75.000,- (fünfundszwanzigtausend Euro)
- (xii) alle Maßnahmen, die der Aufsichtsrat dem Vorstand gegenüber als zustimmungspflichtig bezeichnet

(7) Sollte der Aufsichtsrat seine Zustimmung zu einem dieser Geschäfte nach Absatz 6 verweigern, kann der Vorstand dieses auf der nächsten Hauptversammlung der Aktionäre zur Genehmigung durch die Gesellschafter vorlegen. Sollte die Hauptversammlung ihre Zustimmung erteilen, so gilt die Zustimmung des Aufsichtsrates zu diesem Geschäft als erteilt. Sollte sie ihre Zustimmung verweigern, so gilt die Zustimmung zu diesem Geschäft als endgültig verweigert.

(8) Artikel 10 (4); Artikel 11 und Artikel 12 dieser Satzung sind auf den Aufsichtsrat entsprechend anwendbar mit der Maßgabe, dass (i) jeweils der Begriff «Sitzung des Aufsichtsrates» durch den Begriff «Hauptversammlung der Gesellschafter» und die Begriffe «Vorstand» und «Vorstandsmitglieder» durch die Begriffe «Aufsichtsrat» und «Aufsichtsratsmitglieder» zu ersetzen sind, und (ii) zusätzlich für eine gültige Beschlussfassung des Aufsichtsrates zumindest die Zustimmung eines durch die Aktionäre der Aktienklasse 1 vorgeschlagenen Aufsichtsratsmitglieds erforderlich ist.

(9) Der Vorstand erstattet alle drei (3) Monate dem Aufsichtsrat schriftlich Bericht über die Geschäfte der Gesellschaft und übermittelt nach Maßgabe des Aufsichtsrates diesem zu gegebener Zeit alle Informationen und Dokumente, die einen erheblichen Einfluss auf ihre Geschäfte oder ihre Lage haben können. Der Aufsichtsrat hat ein unbeschränktes Frage- und Auskunftsrecht gegenüber dem Vorstand und kann zu jeder Zeit Einsicht in die Bücher und Gesellschaftsdokumente der Gesellschaft nehmen sowie die alle ihm notwendig erscheinenden Überprüfungen zur Erfüllung seiner Aufgabe vornehmen.

(10) Ein Aufsichtsratsmitglied kann nicht gleichzeitig die Funktion eines Vorstandsmitglieds innehaben.

V. Überwachung

Art. 16. Die Gesellschaft unterliegt der Überwachung durch einen oder mehrere Rechnungsprüfer, die nicht Aktionäre der Gesellschaft sein müssen. Die Hauptversammlung ernennt sie, bestimmt ihre Zahl und setzt ihre Vergütung und die Dauer ihres Mandates, die fünf Jahre nicht überschreiten darf, fest.

VI. Geschäftsjahr - Bilanz

Art. 17. Das Geschäftsjahr beginnt am ersten Januar und endet am einunddreißigsten Dezember eines jeden Jahres.

Art. 18. Es werden jährlich wenigstens 5% (fünf Prozent) des Reingewinnes der Gesellschaft vorab der gesetzlichen Rücklage zugeführt bis diese 10% (zehn Prozent) des in Artikel 5 dieser Satzung vorgesehenen Gesellschaftskapitals betragen. Die Hauptversammlung der Aktionäre bestimmt auf Vorschlag des Vorstandes über die Verwendung des restlichen Betrages des Reingewinns. Der Vorstand kann im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Vorschussdividenden ausschütten.

VII. Auflösung der Gesellschaft

Art. 19. Wird die Gesellschaft durch Beschluss der Hauptversammlung aufgelöst, so wird die Liquidation durch einen oder mehrere Liquidatoren (welche natürliche oder juristische Personen sein können) durchgeführt, welche von der Hauptversammlung ernannt und deren Vergütungen von der Hauptversammlung festgesetzt werden.

VIII. Satzungsänderung

Art. 20. Die gegenwärtige Satzung kann von einer Hauptversammlung der Aktionäre geändert werden, vorausgesetzt die Anwesenheits- und Mehrheitsquoten gemäß Artikel siebenundsechzig-eins (67-1) des Gesellschaftsgesetzes sind gewahrt.

VI. Schlussbestimmungen - Anwendbares Recht

Art. 21. Für sämtliche Fragen, welche durch diese Satzung nicht geregelt werden, gelten die Bestimmungen des Gesellschaftsgesetzes.

Zeichnung und Zahlung der Aktien

Die 200.000 (zweihunderttausend) Aktien der Gesellschaft mit einem Nominalwert von je EUR 2,- (zwei Euro) wurden durch die GmbH, hier vertreten durch Frau Yasmin Gabriel, vorbenannt, zu einem Gesamtpreis, einschließlich des Ausgabeagios, von EUR 510.524,26 (fünfhundertzwehtausendfünfhundertvierundzwanzig Euro und sechsundzwanzig Cent) gezeichnet.

Die durch die GmbH gezeichneten Aktien werden gezahlt durch eine Sacheinlage von (i) 16.000 (sechzehntausend) Anteile, i.e. 100% (hundert Prozent) der bestehenden Anteile der eurosript Luxembourg, S.à r.l., eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach luxemburgischem Recht, mit Sitz in 55, rue de Luxembourg, L-8077 Bertrange, Großherzogtum Luxemburg, eingetragen im Luxemburger Handels- und Gesellschaftsregister unter Nummer B 26.127 und (ii) 1 (einen) Anteil, i.e. 100% der bestehenden Anteile der eurosript Deutschland, GmbH, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach deutschem Recht, mit Sitz in Alt-Moabit 91 D-10559 Berlin, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg unter Nummer HRB 64778 B.

Die Einlage erfolgt zum Buchwert der eingebrachten Beteiligungen von insgesamt EUR 510.524,26 (fünfhundertzwehtausendfünfhundertvierundzwanzig Euro und sechsundzwanzig Cent) wovon EUR 400.000,- (vierhunderttausend Euro) dem Aktienkapital und EUR 110.524,26 (hundertzwehtausendfünfhundertvierundzwanzig EUR und sechsundzwanzig Cent) dem Ausgabeagio zugeteilt werden.

Gemäß Artikel 26-1 des Gesetzes vom zehnten August neunzehnhundertfünfzehn über Handelsgesellschaften, neue Fassung, wurde ein Bericht des Wirtschaftsprüfers Mazars bezüglich der oben genannten Einlage erstellt, dessen Schlussfolgerung wie folgt lautet:

«Auf der Grundlage der von uns vorgenommenen Prüfungshandlungen haben wir keine Kenntnis von Tatbeständen, die uns annehmen lassen, dass der Gesamtwert der eingebrachten Sacheinlagen nicht mindestens der Anzahl und dem Nominalwert der dafür zu gewährenden Gesellschaftsanteile, erhöht um den Ausgabeagio, entspricht.»

Alle erforderlichen Dokumente über die Existenz und den Wert der Einlage wurden dem Notar vorgelegt.

Befreiung von der Kapitalsteuer

Alle Bestimmungen des Artikels 4-2 des Gesetzes vom 29. Dezember 1971, wie geändert, sind erfüllt, so dass die oben genannte Einlage von der Kapitalsteuer zu befreien ist.

Schätzung der Kosten

Die Kosten, Gebühren, Honorare und Auslagen, welche der Gesellschaft aus Anlass gegenwärtiger Urkunde erwachsen, werden auf ungefähr EUR 3.500,- geschätzt.

Übergangsbestimmungen

Das erste Geschäftsjahr beginnt mit der Gründung der Gesellschaft und endet am 31. Dezember 2007. Die erste jährliche Hauptversammlung findet im Jahre 2008 statt.

Bescheinigung

Der unterzeichnete Notar bescheinigt, dass die Bedingungen von Artikel 26 des Gesetzes vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften, neue Fassung, erfüllt sind.

Aktionärsbeschluss

Sodann hat die GmbH als alleiniger Aktionär der Gesellschaft folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird auf zwei (2) festgelegt.
2. Die folgenden Personen werden bis zur jährlichen Hauptversammlung des Jahres 2012 zu Vorstandsmitgliedern ernannt:
 - a) Herr Mark Evenepoel, Managing Director, geboren am 29. Dezember 1962 in Brüssel, Belgien, geschäftsansässig in 55, rue de Luxembourg, 8077 Bertrange, Luxemburg,
 - b) Herr Michael Such, Dipl.-Kaufmann, geboren am 1. Oktober 1970 in Bautzen, Deutschland, geschäftsansässig in 55, rue de Luxembourg, 8077 Bertrange, Luxemburg,
 Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder wird auf zwei (2) festgelegt.
3. Die folgenden Personen werden bis zur jährlichen Hauptversammlung des Jahres 2012 zu Aufsichtsratsmitgliedern ernannt:
 - a) Herr Dr. Thomas Rochel, Dipl.-Informatiker, geboren am 12. Mai 1959 in Osterholz-Scharmbeck, Deutschland, geschäftsansässig in Gutenbergstraße 11-23, D-66117 Saarbrücken,
 - b) Herr Christian Erhorn, Dipl.-Betriebswirt, geboren am 8. Januar 1961 in Hamburg, Deutschland geschäftsansässig in Gutenbergstraße 11-23, D-66117 Saarbrücken,
4. Die Zahl der Rechnungsprüfer wird auf einen (1) festgelegt.
5. Zum Rechnungsprüfer wird ernannt: MAZARS mit Sitz in 10A, rue Henri Schnadt, L-2530 Luxembourg. Das Mandat des Rechnungsprüfers endet mit der Hauptversammlung die über die jährlichen Konten für das Rechnungsjahr 2006-2007 entscheidet.
6. Die Anschrift der Gesellschaft lautet: L-8077 Bertrange, 55, rue de Luxembourg.

Worüber Urkunde, aufgenommen in Luxemburg, am Datum wie eingangs erwähnt.

Nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an den Erschienenen, welcher dem Notar nach Namen, gebräuchlichem Vornamen, sowie Stand und Wohnort bekannt ist, hat der Erschienene mit dem Notar gegenwärtige Urkunde unterschrieben.

Gezeichnet: Y. Gabriel und H. Hellinckx.

Enregistré à Mersch, le 11 décembre 2006, vol. 440, fol. 18, case 10. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): A. Muller.

Für gleichlautende Kopie, zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, erteilt.

Mersch, den 12. Dezember 2006.

H. Hellinckx.

(136950.3/242/345) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 décembre 2006.

SIDERAL HOLDING & CIE S.C.A., Société en Commandité par Actions.

Siège social: L-1449 Luxembourg, 18, rue de l'Eau.

R. C. Luxembourg B 75.968.

Les comptes annuels au 31 décembre 2005 (version abrégée), enregistrés à Luxembourg, le 25 octobre 2006, réf. LSO-BV06572, ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 2 novembre 2006.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signature.

(117807.3//10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 2 novembre 2006.

**FORTIS BANK REINSURANCE LUXEMBOURG, Société Anonyme,
(anc. G-REASSURANCE, SOCIETE DE REASSURANCE DE LA GENERALE DE BANQUE).**

Siège social: L-2951 Luxembourg, 50, avenue J.F. Kennedy.
R. C. Luxembourg B 35.682.

L'an deux mille un, le vingt-deux mai,
Par-devant Maître Paul Frieders, notaire de résidence à Luxembourg,

S'est réunie l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la société anonyme SOCIETE DE REASSURANCE DE LA GENERALE DE BANQUE en abrégé G-REASSURANCE avec siège social à Senningerberg, inscrite au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, section B, numéro 35.682, constituée suivant acte reçu par Maître Reginald Neuman, notaire de résidence à Luxembourg, en date du 13 décembre 1990, publié au Mémorial C, numéro 50 du 6 février 1991. Les statuts ont été modifiés suivant acte reçu par le notaire instrumentaire en date du 30 mars 1995, publié au Mémorial C, numéro 359 du 1^{er} août 1995.

La séance est ouverte sous la présidence de Monsieur Lambert Schroeder, administrateur de sociétés, demeurant à Roder.

Monsieur le Président désigne comme secrétaire Mademoiselle Nadine Thoma, employée privée, demeurant à Oetrange.

L'assemblée choisit comme scrutateur Monsieur Denis Regrain, employé privé, demeurant à Luxembourg.
Le bureau ayant été ainsi constitué, Monsieur le Président expose et prie le notaire instrumentaire d'acter:

I. Que la présente assemblée générale extraordinaire a pour ordre du jour:

1) Transfert du siège social au 50, avenue J.F. Kennedy, L-2951 Luxembourg et modification afférente du 1^{er} alinéa de l'article 2 des statuts.

2) Changement de la dénomination sociale en FORTIS BANK REINSURANCE LUXEMBOURG et modification afférente de l'article 1^{er} des statuts.

3) Suppression de la valeur nominale des actions existantes et conversion du capital social en euro.

4) Modification subséquente de l'article 5 des statuts.

II. Que les actionnaires présents ou représentés, les mandataires des actionnaires représentés et le nombre d'actions qu'ils détiennent sont indiqués sur une liste de présence; cette liste de présence après avoir été signée par les actionnaires présents, les mandataires des actionnaires représentés, les membres du bureau et le notaire instrumentaire, restera annexée au présent procès-verbal pour être soumise avec lui aux formalités.

Resteront pareillement annexées aux présentes les procurations des actionnaires représentés après avoir été signées ne varietur par les membres du bureau et le notaire instrumentaire.

III. Qu'il résulte de ladite liste de présence que les cinq mille (5.000) actions représentatives de l'intégralité du capital social de cinquante millions de francs luxembourgeois (50.000.000,- LUF) sont représentées à la présente assemblée, de sorte qu'il a pu être fait abstraction des convocations d'usage, les actionnaires présents ou représentés se reconnaissant dûment convoqués et déclarant par ailleurs avoir eu parfaitement connaissance de l'ordre du jour.

IV. Que la présente assemblée est donc régulièrement constituée et peut valablement délibérer sur son ordre du jour.
Ces faits exposés et reconnus exacts par l'assemblée, celle-ci passe à l'ordre du jour.

Après délibération, Monsieur le Président met aux voix les résolutions suivantes qui ont été adoptées à l'unanimité:

Première résolution

L'assemblée générale décide de transférer le siège social au 50, avenue J.F. Kennedy à L-2951 Luxembourg et de modifier en conséquence le premier alinéa de l'article 2 des statuts pour lui donner la teneur suivante:

«**Art. 2. alinéa 1^{er}.** Le siège social est établi à Luxembourg.

Deuxième résolution

L'assemblée générale décide de changer la dénomination sociale en FORTIS BANK REINSURANCE LUXEMBOURG et de modifier en conséquence l'article 1^{er} des statuts pour lui donner la teneur suivante:

«**Art. 1^{er}.** Il est formé une société anonyme sous la dénomination de FORTIS BANK REINSURANCE LUXEMBOURG.

Troisième résolution

L'assemblée générale décide de supprimer la valeur nominale des cinq mille (5.000) actions existantes et de convertir la devise d'expression du capital social de francs luxembourgeois (LUF) en euro (EUR), soit de cinquante millions de francs luxembourgeois (50.000.000,- LUF) en un million deux cent trente-neuf mille quatre cent soixante-sept virgule soixante-deux euros (1.239.467,62 EUR).

Quatrième résolution

L'assemblée générale décide de modifier l'article 5 des statuts pour le mettre en concordance avec la résolution qui précède et de lui donner dorénavant la teneur suivante:

«**Art. 5.** Le capital social est fixé à un million deux cent trente-neuf mille quatre cent soixante-sept virgule soixante-deux euro (1.239.467,62 EUR) représenté par cinq mille (5.000) actions sans désignation de valeur nominale, entièrement libérées.»

Plus rien n'étant à l'ordre du jour et personne ne demandant la parole, la séance est levée.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, connus du notaire instrumentaire par noms, prénoms usuels, états et demeures, les membres du bureau ont signé le présent acte avec le notaire.

Signé: L. Schroeder, N. Thoma, D. Re grain, P. Frieders.

Enregistré à Luxembourg, le 23 mai 2001, vol. 129S, fol. 69, case 6. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 18 juin 2001.

P. Frieders.

(039452/212/70) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 21 juin 2001.

**VAN LANSCHOT TRUST COMPANY (LUXEMBOURG) S.A., Société Anonyme,
(anc. F. VAN LANSCHOT TRUST COMPANY (LUXEMBOURG) S.A.).**

Registered office: L-8210 Mamer, 106, route d'Arlon.

R. C. Luxembourg B 35.270.

In the year two thousand and six, on the 15th day in December.

Before Us, Maître Jacques Delvaux, notary residing in Luxembourg.

Is held an Extraordinary General Meeting of the shareholders of the company F. VAN LANSCHOT TRUST COMPANY (LUXEMBOURG) S.A., a société anonyme registered at 106 route d'Arlon, L-8210 Mamer,

incorporated on November 21, 1990, by deed of Maître Francis Kessler, notary residing in Esch-sur-Alzette, Grand Duchy of Luxembourg, deed published in Mémorial 1990, Recueil Spécial des Sociétés et Associations C page 6776, deed modified on November 18, 1991 by a deed of the same notary, modification published in Mémorial, Recueil Spécial des Sociétés et Associations C No 252 of June 11, 1992, deed modified on October 15, 1997 by a deed of the acting notary, modification published in Mémorial, Recueil Spécial des Sociétés et Associations C No 55 of January 24, 1998.

The meeting is presided by Mr L. Bevelander, employee, Mamer,

who appoints as secretary Ms C.A.M. Peuteman, employee, Mamer.

The assembly elects as scrutineer Mr F.H.R. Sonnenschein, employee, Mamer.

The chairman declares and requests the notary to act:

I) The shareholders present or represented and the number of shares held appear on the attendance list signed by the chairman, secretary, scrutineer and notary. The said list as well as the proxies will remain annexed to this document and will be filed at the same time with the registration authorities.

II) It appears from the attendance list that all 250 (two hundred and fifty) issued shares are present or represented at this meeting, which consequently may validly deliberate upon the points of its agenda, without preliminary convocations, all members of the meeting having agreed to meet after been informed on the agenda, without other formalities.

III) The agenda of the Meeting is the following:

1. To change the name of the company from F. VAN LANSCHOT TRUST COMPANY (LUXEMBOURG) S.A. to VAN LANSCHOT TRUST COMPANY (LUXEMBOURG) S.A.

2. Amendment of article No 1 of the articles of association to adopt the resolution taken on the basis of the foregoing agenda.

3. Miscellaneous.

After deliberation, the assembly takes by unanimous vote the following resolutions:

First resolution

The assembly decides to change the name of the company from F. VAN LANSCHOT TRUST COMPANY (LUXEMBOURG) S.A. to VAN LANSCHOT TRUST COMPANY (LUXEMBOURG) S.A. as from January 1, 2007.

Second resolution

In order to adapt the articles of association to the resolution adopted during this meeting, the assembly decides to amend the article 1 of these articles to read it as follows:

Art. 1. Form, Name. The Company will exist under the name of VAN LANSCHOT TRUST COMPANY (LUXEMBOURG) S.A.

Estimation

Fees resulting from these amendments are evaluated at EUR 900.-.

Nothing else being on the agenda, the meeting is closed.

The undersigned notary, who understands and speaks English, states herewith that on request of the above appearing person, the present deed is worded in English followed by a French translation. On request of the same appearing persons and in case of divergencies between the English and French texts, the English version will prevail.

Whereof the present notarial deed is drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document.

The document having been read to the appearing persons, all of whom are known to the notary by names, Christian names, civil statutes and residences, the said persons signed together with the notary the present deed.

Suit la traduction française du texte qui précède:

En l'an deux mille six, le 15^{ème} jour de décembre.

Par-devant, Maître Jacques Delvaux, notaire de résidence à Luxembourg.

Se tient une Assemblée Générale Extraordinaire des actionnaires de la société F. VAN LANSCHOT TRUST COMPANY (LUXEMBOURG) S.A., une société anonyme, domiciliée au 106, route d'Arlon, L-8210 Mamer,

constituée suivant acte reçu le 21 novembre 1990 par Maître Francis Kessler, notaire de résidence à Esch-sur-Alzette, Grand Duché de Luxembourg, acte publié au Mémorial 1990, Recueil Spécial des Sociétés et Associations C page 6776, acte modifié en date du 18 novembre 1991, par le même notaire, modification publiée au Mémorial, Recueil Spécial des Sociétés et Associations C No 252 du 11 juin 1992, acte modifié en date du 15 octobre 1997, par le notaire instrumentant, modification publiée au Mémorial, Recueil Spécial des Sociétés et Associations C No 55 du 24 janvier 1998.

L'assemblée est présidée par M. L. Bevelander, employé, Mamer,
qui nomme comme secrétaire Mme Peuteman, employée, Mamer.

L'assemblée élit comme scrutateur M. F.H.R. Sonnenschein, employé, Mamer.

Monsieur le président déclare et prie le notaire instrumentant d'acter:

I) Que les actionnaires présents ou représentés ainsi que le nombre d'actions qu'ils détiennent sont renseignés sur une liste de présence, signée par le président, le secrétaire, le scrutateur et le notaire instrumentant. Cette liste de présence ainsi que les procurations resteront annexées au présent acte pour être soumises avec lui aux formalités d'enregistrement.

II) Qu'il résulte de cette liste de présence que toutes les 250 (deux cent cinquante) actions émises sont présentes ou représentées à la présente assemblée générale extraordinaire, de sorte que l'assemblée peut valablement décider sur tous les points portés à l'ordre du jour, sans convocations préalables, tous les membres de l'assemblée ayant consenti de se réunir sans autres formalités, après avoir eu connaissance de l'ordre du jour.

III) Que l'ordre du jour de la présente assemblée est le suivant:

1. Modifier le nom de la société de F. VAN LANSCHOT TRUST COMPANY (LUXEMBOURG) S.A. en VAN LANSCHOT TRUST COMPANY (LUXEMBOURG) S.A.

2. Modification de l'article 1^{er} des statuts de la société afin d'adopter la résolution prise sur la base de l'agenda de l'assemblée.

3. Divers.

Après délibérations, l'assemblée générale a pris à l'unanimité des voix, les résolutions suivantes:

Première résolution

L'assemblée décide de modifier le nom de la société de F. VAN LANSCHOT TRUST COMPANY (LUXEMBOURG) S.A. en VAN LANSCHOT TRUST COMPANY (LUXEMBOURG) S.A. à dater du 1^{er} janvier 2007.

Deuxième résolution

Afin d'adapter les statuts à la résolution prise lors de cette assemblée, l'assemblée décide de modifier l'article 1^{er} des statuts de la société afin de lui donner la teneur suivante:

Art. 1^{er}. Forme, Dénomination. La société adopte la dénomination sociale VAN LANSCHOT TRUST COMPANY (LUXEMBOURG) S.A.

Evaluation des frais

Les frais incombant à la société en raison de ces modifications sont estimés à 900,-.

Plus rien ne se trouvant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Le notaire instrumentant qui comprend et parle la langue anglaise, déclare que sur la demande des comparantes, le présent acte est rédigé en langue anglaise, suivi d'une traduction en langue française. Sur la demande des mêmes comparantes et en cas de divergences entre le texte français et anglais, le texte anglais prévaudra.

Dont acte fait et passé à Luxembourg, à la date en tête des présentes.

Et après lecture aux personnes comparantes qui sont toutes connues du notaire par nom, prénom, état et demeure, elles ont signé ensemble avec le notaire le présent acte.

Signé: L. Bevelander, C.A.M. Peuteman, F.H.R. Sonnenschein, J. Delvaux.

Enregistré à Luxembourg, le 18 décembre 2006, vol. 156S, fol. 68, case 4. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour copie conforme, délivrée sur papier libre, à la demande de la société prénommée, aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 22 décembre 2006.

J. Delvaux.

(141426.3/208/102) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 décembre 2006.